



## Schlussbericht 2023

### Teil I

*Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 und des Rechenschaftsberichts 2023 des LWV Hessen*

### Teil II

*Bericht über wesentliche Prüfungen, Beratungen und Projektbegleitungen des LWV Hessen*

### Teil III

*Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2023 und des Konsolidierungsberichts 2023 des LWV Hessen*

**LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN**

Revision

### **Impressum**

*Herausgeber:* Landeswohlfahrtsverband Hessen  
– Revision –  
Ständeplatz 6 – 10  
34117 Kassel

*Druck des Originals:* Druckerei des LWV Hessen

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>6</b>
<b>1. Vorbemerkungen</b>	<b>8</b>
1.1 Zuständigkeit der Revision	8
1.2 Ziel der Prüfung	8
1.3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
1.4 Prüfungsdurchführung	9
1.5 Schlussbericht	10
<b>2. Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsergebnisse</b>	<b>10</b>
<b>3. Prüfungsergebnisse</b>	<b>13</b>
3.1 Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2022	13
3.2 Aufstellung des Jahresabschlusses 2023	13
3.3 Haushalt	13
3.3.1 Beschlussfassung und Genehmigung	14
3.3.2 Bestandteile und Anlagen des Haushaltsplans	14
3.3.3 Erläuterung von Verpflichtungsermächtigungen	15
3.3.4 Investitionen, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen	15
3.3.5 Haushaltsausgleich	15
3.3.6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	16
3.3.7 Ermächtigungsübertragungen	16
3.3.8 Vorläufige Haushaltsführung	17
3.4 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	17
3.4.1 DV-Umgebung	17
3.4.2 Internes Kontrollsystem	18
3.4.3 Risikomanagementsystem	20
3.4.4 Steuerliche Verhältnisse	20
3.4.5 Inventur	21

<b>3.5</b>	<b>Vermögensrechnung</b>	<b>21</b>
3.5.1	Anlagevermögen	21
3.5.2	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31
3.5.3	Forderungen	32
3.5.4	Flüssige Mittel	35
3.5.5	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	36
3.5.6	Eigenkapital	36
3.5.7	Sonderposten	41
3.5.8	Rückstellungen	43
3.5.9	Verbindlichkeiten	47
3.5.10	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	49
<b>3.6</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>	<b>50</b>
3.6.1	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	51
3.6.2	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	51
3.6.3	Erträge aus Transferleistungen	52
3.6.4	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	53
3.6.5	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	53
3.6.6	Sonstige ordentliche Erträge	54
3.6.7	Personalaufwendungen	54
3.6.8	Versorgungsaufwendungen	55
3.6.9	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55
3.6.10	Abschreibungen	56
3.6.11	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	56
3.6.12	Transferaufwendungen	57
3.6.13	Finanzerträge, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58
3.6.14	Außerordentliche Aufwendungen und Erträge	58

<b>3.7</b>	<b>Finanzrechnung</b>	<b>59</b>
<b>3.8</b>	<b>Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung des Integrationsamtes</b>	<b>60</b>
<b>3.9</b>	<b>Anhang</b>	<b>61</b>
<b>3.10</b>	<b>Rechenschaftsbericht</b>	<b>61</b>
<b>4.</b>	<b>Bestätigungsvermerk der Revision</b>	<b>62</b>
	<b>Anlagenverzeichnis</b>	<b>64</b>

## Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
ANLEI	Antragsaufnahme und Leistungsgewährung
BHKW	Blockheizkraftwerk
BMF	Bundesministerium der Finanzen
DV	Datenverarbeitung
FB 102	Fachbereich Datenverarbeitung
FuB 102.0	Funktionsbereich Anwendungsentwicklung Einrichtungen, Finanz- wesen, Personalwesen
FuB 102.5	Funktionsbereich Verwaltungsangelegenheiten
FB 103	Fachbereich Zentrale Verwaltungsangelegenheiten
FB 105	Fachbereich Personal
FB 106	Fachbereich Finanzen
FuB 106.0	Funktionsbereich Haushaltswesen, Vermögens- und Steuerangelegen- heiten
FuB 106.3	Verbandshauptkasse
FB 201	Fachbereich Grundsatz und Steuerung
FB 202	Fachbereich Planung und Vergütung
FB 203	Fachbereich Überregionale Leistungen
FB 204	Fachbereich Teilhabe Nord-Ost
FB 205	Fachbereich Teilhabe Mitte
FB 206	Fachbereich Südwest
FB 207	Fachbereich Teilhabe Südost
FB 301	Fachbereich Beteiligungsmanagement
FB 401	Fachbereich Überregionale Schulen
FB 214	Fachbereich Behinderte Menschen im Beruf/Integrationsamt
GA	Geschäftsanweisung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HMdI	Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
HMdF	Hessisches Ministerium der Finanzen

IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
KVK	Kommunale Versorgungskassen Kurhessen-Waldeck
LOGA	Lohn- und Gehaltsabrechnung
Pos.	Position
SAP	Systeme, Anwendungen, Produkte in der Datenverarbeitung
SAP-Modul PSCD	Kassen- und Einnahmenmanagement (Public Sector Collection and Disbursement)
SGB	Sozialgesetzbücher (SGB I – SGB XIV)
SIP	Sonderinvestitionsprogramm
Stabsstelle 030	Stabsstelle Datenschutz und Korruptionsprävention
Stabsstelle 070	Stabsstelle Controlling
UstG	Umsatzsteuergesetz

## **1. Vorbemerkungen**

### **1.1 Zuständigkeit der Revision**

Die Revision des LWV Hessen ist gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 1 HGO sowie § 128 HGO i. V. m. § 16 Abs. 1 LWV-Gesetz für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts des LWV Hessen zuständig. Das Ergebnis der Prüfung wird in einem Schlussbericht zusammengefasst.

Die als Regiebetrieb geführten Stiftungsforsten Kloster Haina erstellen gemäß den Erlassen des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 29.07.1980, Gz. IV B 11-33 c 020-093-3/80, und 30.11.2006, Gz. IV23 – 15 i 01.01, einen eigenen Jahresabschluss nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Ergebnisse der Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftungsforsten Kloster Haina sind in einem gesonderten Prüfungsbericht enthalten, welcher der Verbandsversammlung zugeht.

### **1.2 Ziel der Prüfung**

Ziel der Prüfung war es festzustellen,

- ob der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind,
- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes darstellt und
- der Rechenschaftsbericht eine zutreffende Vorstellung von der Lage des LWV Hessen vermittelt.

Zudem war hierbei zu prüfen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde. Diese Prüfungen werden gesondert in Teil II des Schlussberichtes 2023 dargestellt.

### **1.3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

Prüfungsgegenstände waren der Haushaltsplan, der Jahresabschluss (bestehend aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Anhang) und der Rechenschaftsbericht des Haushaltsjahres 2023.



Im Jahr 2023 wurden mehrere Kassen- und Geschäftsprüfungen durchgeführt. Dabei wurden Kassenvorgänge und Belege geprüft. Diese Prüfungen dienten nach § 131 Abs. 1 Nr. 2 HGO zur Vorbereitung der Jahresabschlussprüfung. Im Wesentlichen wurde die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung bestätigt. Auf Kapitel 5 des Schlussberichtes 2023 – Teil II wird verwiesen.

Die Prüfung wurde auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes geplant und durchgeführt, so dass Unrichtigkeiten, die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung umfasste auch die Gesetzmäßigkeit. Dabei sollte festgestellt werden, ob die Vorschriften und Grundsätze des Gemeindewirtschaftsrechts einschließlich der LWV-internen Verfügungen und Richtlinien eingehalten worden sind.

Um die Prüfungshandlungen in einem wirtschaftlichen Verhältnis zu dem hierfür erforderlichen Ressourcenaufwand zu halten, wurde in Anlehnung an den IDW-Prüfungsstandard PS 250 der Grundsatz der Wesentlichkeit beachtet.

In Anbetracht der hohen Anzahl von Datensätzen bzw. Bilanzierungssachverhalten erfolgte die Prüfung stichprobenweise. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und zugleich ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen. Unter Berücksichtigung der vorgenommenen Risikoeinschätzung für die einzelnen Jahresabschlusspositionen wurde damit eine ausreichende Grundlage geschaffen, um feststellen zu können, dass der Jahresabschluss insgesamt eine zutreffende Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des LWV Hessen widerspiegelt.

## **1.4 Prüfungsdurchführung**

Der Jahresabschluss und die weiteren zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden von der Revision bei der Verwaltung angefordert. Die notwendigen Unterlagen einschließlich Vollständigkeitserklärung der Landesdirektorin sind der Revision vorgelegt worden. Die Auskunftsbereitschaft der Verwaltung zu Themen des Jahresabschlusses war umfassend.

Die Prüfung erfolgte durch Auswertung der vorgelegten Unterlagen, unter Zuhilfenahme der zur Verfügung gestellten DV-Auswertungen und mit Einsatz der auf die Prüfungszwecke abgestellten Checklisten in der Software AuditSolutions der Firma CaseWare.

Die Prüfungsfeststellungen und die sich daraus ergebenden Korrekturen wurden der Verwaltung mit der Bitte zur Stellungnahme während des Prüfungsverlaufs zugeleitet. Durch diesen prüfungsbegleitenden Kommunikationsaustausch wurde die Verwaltung laufend über die Prüfungsergebnisse zu den einzelnen Prüfungsfeldern informiert.

Die von der Verwaltung bereits umgesetzten Prüfungsfeststellungen sowie Feststellungen mit einer unwesentlichen Bedeutung für eine zutreffende Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage werden in diesem Bericht nicht mehr dargestellt, sind jedoch in den Arbeitspapieren dokumentiert.

Ein Entwurf des Prüfungsberichtes wurde dem Beigeordneten Herr Schütz und dem Fachbereich 106 übersandt.

## 1.5 Schlussbericht

Die Ergebnisse der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts des LWV Hessen sind in diesem Bericht, dem Schlussbericht – Teil I, dargestellt.

Weitere Teile sind der Schlussbericht – Teil II, der die unterjährigen Prüfungen, Beratungen und Projektbegleitungen umfasst, und der Schlussbericht – Teil III, der die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Konsolidierungsberichts betrifft.

## 2. Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsergebnisse

Der Jahresabschluss 2023 wurde im Juni 2024 vom Verwaltungsausschuss aufgestellt. Die gesetzliche Aufstellungsfrist von vier Monaten nach Schluss des Haushaltsjahres wurde nicht eingehalten. Dies hat auch der Hessische Rechnungshof im Rahmen der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ festgestellt. Die Verwaltung gibt hierzu an, dass das zeitlich verzögerte formelle Aufstellen der Jahresabschlüsse zu keinen signifikanten Qualitätsverlusten in den Entscheidungsprozessen des LWV Hessen führen würde. Im Übrigen hat die überörtliche Prüfung die regelmäßig verspätete Vorlage des Haushalts als nicht sachgerecht beurteilt. Die Verwaltung äußert hierzu, dass ein frühzeitiger Beginn des Planungsverfahrens auch angesichts der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Unsicherheiten und der fehlenden Daten des HMdF zu keinen sachgerechteren Planungsgrundlagen führen würde (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

Die Prüfung der Revision hat das Jahresergebnis 2023 des LWV Hessen bestätigt. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 35.316.862,27 EUR. Dieser setzt sich zusammen aus einem ordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 35.311.081,76 EUR und einem außerordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.780,51 EUR.

Das Jahresergebnis 2023 weicht von dem Planergebnis ab. Der fortgeschriebene Ansatz des Haushaltsjahres 2023 weist einen Fehlbetrag von 88.925.998,92 EUR aus und beinhaltet die Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von rd. 17,6 Mio. EUR. Die Differenz des tatsächlich erzielten Ergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz resultiert im

Wesentlichen aus höheren „sonstigen ordentlichen Erträge“, bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen und die Rückzahlung von in Vorjahren geleisteten Aufwendungen, sowie geringeren „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“. In das Folgejahr werden in der Ergebnisrechnung Ermächtigungen in Höhe von rd. 17,7 Mio. EUR übertragen.

Der Ausgleich des Jahresergebnisses 2023 des LWV Hessen erfolgte durch verschiedene Zuführungen und Entnahmen zu bzw. aus den Rücklagen. Gemäß dem Beschluss Nr. XIV/179 der Verbandsversammlung darf der Ausgleich bereits vor dem Feststellungs- und Ergebnisverwendungsbeschluss der Verbandsversammlung gebucht werden. Nach der Verwendung beläuft sich die Position „Ergebnisverwendung“ in der Vermögensrechnung auf 0,00 EUR.

Die Prüfung ergab weiterhin, dass das Jahresergebnis des Integrationsamtes insgesamt 8.276.814,24 EUR beträgt. Dieses Ergebnis wird unter der Position „sonstige Verbindlichkeiten“ auf einem Bilanzausgleichkonto ausgewiesen, das sich auf rd. 164,4 Mio. EUR beläuft.

Die nach der direkten Methode aufgestellte Finanzrechnung schließt mit einem Bestand in Höhe von 599.009.178,46 EUR und stimmt dies bezüglich mit den flüssigen Mitteln in der Vermögensrechnung überein. In dem Bestand sind die flüssigen Mittel des Integrationsamtes in Höhe von 175.618.154,96 EUR, der Stiftungsforsten Kloster Haina, des Landeshospitalsfonds Hofheim und des Nassauischen Zentralwaisenfonds in Höhe von 32.225.739,97 EUR sowie der Vitos Gesellschaften in Höhe von 98.368.269,82 EUR enthalten.

Der Anhang enthält die notwendigen Erläuterungen der Vermögens-, der Ergebnis- und der Finanzrechnung, insbesondere die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Der Rechenschaftsbericht vermittelt eine zutreffende Darstellung von der Lage des Verbandes und stellt einzelne Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung dar. Ein dokumentiertes Risikomanagementsystem, welches Risiken systematisch und vollständig erfasst sowie bewertet und alle Organisationseinheiten umfasst, ist jedoch noch nicht vorhanden. Die Stabstelle 070 führte aus, die Implementierung des Risikomanagements weiterzuverfolgen.

Im Hinblick auf die Konsistenz der Berichterstattung gegenüber den Gremien wurde der Verwaltung empfohlen, dass im Rechenschaftsbericht die Risiken und Chancen, wie sie sich aus der Einbringung des Haushalts des Folgejahres und der Einbringung der Eckwerteplanung des übernächsten Jahres ergeben, dargestellt werden. Die Verwaltung führte hierzu aus, dass diese Empfehlung nicht umgesetzt wird, da eine Wiederholung von bereits kurz vorher den Gremien in einem aktuelleren Zusammenhang zu Kenntnis gegebenen Unwägbarkeiten unter Bezug auf die Übersichtlichkeit und konzentrierte Darstellung im Rechenschaftsbericht als entbehrlich angesehen wird.

Die Ermittlung der Verbandsumlage erfolgte anhand der vorgegebenen Umlagegrundlagen des Hessischen Ministeriums für Finanzen. Die anteilig den einzelnen Trägern zugewiesenen Verbandsumlagebeträge wurden rechnerisch richtig ermittelt. Das Gesamtaufkommen der Verbandsumlage wurde aus der Differenz der ordentlichen Erträge und der ordentlichen Aufwendungen unter Einbeziehung der geplanten Rücklagenentnahme ermittelt.

Für den nach § 12 Abs. 1 GemHVO erforderlichen Wirtschaftlichkeitsvergleich bei Investitionen und erheblichen Instandhaltungsmaßnahmen lagen weiterhin keine mit den Gremien abgestimmten Verfahrensregelungen vor. Der Fachbereich 106 führt hierzu aus, dass der vorgesehene Austausch mit dem Rechnungshof im Rahmen der Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ nicht zustande kam, auch weil dieser Themenkomplex kein Prüfungsgegenstand war. Der Fachbereich 106 sicherte zu, die Thematik weiterzuverfolgen.

Durch die AG SAP wurde das Projekt „SAP-Hana“ initiiert. Das Projekt beinhaltet die Umstellung auf SAP-Hana bis 2026. In 2023 wurde ein Wechsel der Datenbank und ein Wechsel des Server-Betriebssystems vorgenommen. Die Programmprüfung wurde im Rahmen einer begleitenden Prüfung durchgeführt. Feststellungen ergaben sich hierzu nicht.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wurden der Aufbau und die Funktion des internen Kontrollsystems (IKS) im Funktionsbereich 106.0 geprüft. Hierzu wurden fragebogengestützt die Verantwortlichkeiten, Aufgaben, Evaluationsintervalle und Kommunikationswege erhoben. Zusammenfassend ist festzustellen, dass das IKS im Funktionsbereich 106.0 vorhanden und funktionsfähig ist.

Im Zusammenhang mit der Prüfung des IKS im Funktionsbereich 106.3 für die Darlehen ist aufgefallen, dass die Bearbeitung der diesbezüglich bestehenden offenen Posten nicht zeitnah erfolgt. Die Verwaltung wurde gebeten, künftig eine zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten und hierzu entsprechende Kontrollhandlungen vorzusehen. Die Verwaltung sicherte zu, entsprechende IKS-Handlungen vorzunehmen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass der Hessische Rechnungshof im Rahmen der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ empfiehlt, die vorhandene IKS-Matrix in ein Gesamtkonzept einzubetten und zu einem vollständigen internen Kontrollsystem weiterzuentwickeln. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass das Gesamtkonzept des hiesigen IKS zusätzlich in der Art optimiert werde, dass für einen fachkundigen Dritten das Zusammenspiel der bestehenden Regelungen, der dadurch definierten Verfahrensschritte und der danach verantwortlichen Personen transparent und nachvollziehbar ersichtlich wird. Zeitlich sei dies vorgesehen, sobald das IKS im Verwaltungsbereich in seinen wesentlichen Teilen zur Anwendung gebracht ist (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

### **3. Prüfungsergebnisse**

#### **3.1 Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2022**

Der Jahresabschluss 2022 wurde von der Verbandsversammlung am 26.06.2024 beschlossen und in der am 15.07.2024 erschienenen Ausgabe des Staatsanzeigers des Landes Hessen Nr. 29 sowie auf der Homepage des LWV Hessen öffentlich bekanntgemacht. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit von 16. bis 24.07.2024 in den Räumen der Hauptverwaltung in Kassel. Gemäß § 114 Abs. 2 HGO wurden der Schlussbericht 2022 – Teil I, II und III – der Revision, der Beschluss über den Jahresabschluss und Gesamtabchluss 2022 sowie die Entlastung des Verwaltungsausschusses dem HMdI mit Schreiben vom 03.07.2024 vorgelegt.

#### **3.2 Aufstellung des Jahresabschlusses 2023**

Gemäß § 112 Abs. 1 Satz 1 HGO ist der LWV Hessen verpflichtet, für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Dabei soll der Verwaltungsausschuss den Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Haushaltsjahres aufstellen.

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 26.06.2024 den Jahresabschluss 2023 und den Rechenschaftsbericht aufgestellt und der Revision zur Prüfung weitergeleitet. Somit ist der LWV Hessen der formellen Terminbestimmung zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht nachgekommen.

Der Hessische Rechnungshof hat dies im Rahmen der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ ebenfalls aufgegriffen und empfohlen, Jahresabschlüsse fristgerecht fertigzustellen, um sicherzustellen, dass künftige Entscheidungen auf validen Ist-Zahlen beruhen. Die Verwaltung gibt hierzu an, dass das zeitlich verzögerte formelle Aufstellen der Jahresabschlüsse zu keinen signifikanten Qualitätsverlusten in den Entscheidungsprozessen des LWV Hessen führen würde. Da die Aufstellung des Haushalts zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt erfolgt, werde der Empfehlung, "dass künftige Entscheidungen auf validen Ist-Zahlen beruhen", insoweit Rechnung getragen (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

#### **3.3 Haushalt**

Der Haushalt des LWV Hessen ist das jährliche Planungswerk für alle voraussichtlichen Aufwendungen und Erträge, Aus- und Einzahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr. Gemäß § 95 HGO dient der Haushaltsplan als Grundlage für die Haushaltswirtschaft und ist verbindlich für die Haushaltsführung.

### 3.3.1 Beschlussfassung und Genehmigung

Die Verbandsversammlung hat am 08.03.2023 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen des LWV Hessen für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen. Die Genehmigung wurde vom HMdI am 10.07.2023 erteilt.

Die beschlossene Haushaltssatzung soll mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Dieser formellen Terminbestimmung ist der LWV Hessen im Prüfungsjahr 2023 nicht nachgekommen. Der ehemalige Landesdirektor Brückmann hat hierzu mit Schreiben vom 28.06.2017 entschieden, dass das seit vielen Jahren im LWV Hessen praktizierte Haushaltsaufstellungsverfahren in Abstimmung mit dem HMdI ohne zusätzliche aufsichtsbehördliche Bestätigung weiterhin angewandt werden kann.

Der Hessische Rechnungshof hat im Rahmen der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ die verspätete Vorlage des Haushalts als nicht sachgerecht beurteilt. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass die beim LWV Hessen praktizierte Verfahrensweise transparent mit dem HMdI erörtert wurde. Um für die Aufstellung der Haushalte der Träger des LWV Hessen Planungssicherheit zu erlangen, würden im Rahmen der Eckwertebeschlussfassung die voraussichtlichen Kerndaten und die Höhe der Verbandsumlage insgesamt bereits im Sommer vor dem Haushaltsjahr frühzeitig ermittelt und mitgeteilt werden. Insofern sei eine sachgerechte Grundlage für die Träger des Verbandes etabliert und ein frühzeitiger Beginn des Planungsverfahrens würde auch angesichts der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Unsicherheiten und der fehlenden Daten des HMdF zu keinen sachgerechteren Planungsgrundlagen führen (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

### 3.3.2 Bestandteile und Anlagen des Haushaltsplans

Der Haushaltsplan besteht gemäß § 1 Abs. 1 GemHVO aus dem Gesamthaushalt, den Teilhaushalten und dem Stellenplan. Nach § 1 Abs. 2 GemHVO ist der Gesamthaushalt in den Ergebnis- und den Finanzhaushalt gegliedert.

In den Teilhaushalten sollen gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden. Im Haushaltsplan 2023 wurden entsprechende produktbezogene Zielformulierungen und Zielgrößen benannt.

In den Teilergebnishaushalten sind gemäß § 4 Abs. 3 GemHVO die Kosten und Erlöse aus internen Leistungsverrechnungen darzustellen. Diese sind im Haushaltsplan 2023 abgebildet.

In den Teilfinanzhaushalten sind gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO die Ein- und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit darzustellen. Diese sind im Haushaltsplan 2023 abgebildet.



### **3.3.3 Erläuterung von Verpflichtungsermächtigungen**

Gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO ist die Notwendigkeit und Höhe von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan zu erläutern. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen ist im Haushaltsplan 2023 angegeben. Erläuterungen zur Notwendigkeit der Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsplan aufgeführt.

### **3.3.4 Investitionen, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen**

Bevor Investitionen von erheblicher Bedeutung beschlossen werden, ist gemäß § 12 Abs. 1 GemHVO unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, mindestens einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Folgekosten, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln. Für erhebliche Instandhaltungs-, Instandsetzungsmaßnahmen und vergleichbare Maßnahmen gilt dies entsprechend.

Verfahrensregelungen für den Wirtschaftlichkeitsvergleich liegen bisher nur im Entwurf vor und sind noch nicht mit den Gremien abgestimmt. Der Fachbereich 106 führt hierzu aus, dass der vorgesehene Austausch mit dem Rechnungshof im Rahmen der Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ nicht zustande kam, auch weil dieser Themenkomplex kein Prüfungsgegenstand war. Der Fachbereich 106 sicherte zu, die Thematik weiterzuverfolgen.

Bis dahin sind die Fachbereiche dazu aufgerufen, die bisherige Verfahrensweise fortzuführen. Konkret wird in der Haushaltsaufstellungsverfügung auf die Regelungen des § 12 GemHVO verwiesen und ergänzend die vorläufigen Schwellenwerte für die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen benannt:

- bei Immobilien ein Volumen von 5 Mio. EUR,
- bei Software ein Volumen von 500.000 EUR (ohne ANLEI),
- bei beweglichen Anlagegütern ein Volumen von 250.000 EUR (ab 2024 Anhebung auf 500.000 EUR).

### **3.3.5 Haushaltsausgleich**

Der Haushalt soll in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Nach § 92 Abs. 5 Nr. 1 und Nr. 2 HGO ist er in Planung ausgeglichen,

- wenn der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung der Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge im ordentlichen Ergebnis ausgeglichen ist oder der Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Rücklagen ausgeglichen werden kann und
- im Finanzhaushalt der Saldo des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens so hoch ist, dass daraus die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von

Krediten sowie an das Sondervermögen "Hessenkasse" geleistet werden können, soweit die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Investitionskrediten nicht durch zweckgebundene Einzahlungen gedeckt sind.

Der Ergebnishaushalt 2023 wurde mit einem ordentlichen Fehlbedarf in Höhe von 71.300.000 EUR und einem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 0,00 EUR festgesetzt. Der Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnishaushalt ist in voller Höhe durch eine Entnahme aus der Rücklage aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre gedeckt. Somit ist im Ergebnishaushalt der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich umgesetzt worden.

Für den Finanzhaushalt 2023 ist festzustellen, dass der Saldo des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht so hoch ist, dass daraus die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten geleistet werden können. Hierzu hat das HMdI im Rahmen seiner Genehmigung festgehalten, dass im Hinblick auf die Regelungen im Finanzplanungserlass und den hohen Liquiditätsbestand Anfang 2023 ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist.

### **3.3.6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen erhöhen den Planansatz im laufenden Haushaltsjahr. Im Haushaltsjahr 2023 wurde überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 101.300 EUR eingegangen. Die Genehmigungen hierzu wurden erteilt.

### **3.3.7 Ermächtigungsübertragungen**

Eine Ausnahme vom Grundsatz der zeitlichen Bindung stellt die zeitliche Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln dar.

Im Rahmen der Prüfung wurde stichprobenartig geprüft, ob die Ermächtigungsübertragungen von 2023 nach 2024 in Höhe von rd. 17,7 Mio. EUR aus dem Ergebnishaushalt und in Höhe von rd. 25,3 Mio. EUR aus dem Finanzhaushalt für Investitionen nach den gesetzlichen Vorgaben vorgenommen wurden. Die Übertragungen sind ordnungsgemäß erfolgt. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Baumaßnahmen nicht in dem Maße durchgeführt werden, wie sie veranschlagt bzw. als Ermächtigung übertragen werden.



### **3.3.8 Vorläufige Haushaltsführung**

Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekanntgemacht, so darf die Verwaltung gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 HGO nur die finanziellen Leistungen erbringen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Finanzhaushaltes fortsetzen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren. Der LWV Hessen hat sich bis einschließlich dem 03.08.2023 in der vorläufigen Haushaltsführung befunden. Die Prüfung der vorläufigen Haushaltsführung hat zu keinen wesentlichen Feststellungen geführt.

## **3.4 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

### **3.4.1 DV-Umgebung**

Beim LWV Hessen sind verschiedene finanzrelevante DV-Verfahren im Einsatz.

Im Bereich der Finanzbuchhaltung wird das Programm SAP, im Bereich der Lohnbuchhaltung das Programm P&I LOGA und im Bereich der Leistungsabrechnung das selbst entwickelte Programm ANLEI angewandt. ANLEI und P&I LOGA sind dabei über Schnittstellen mit SAP verbunden. Im Rahmen diverser Prüfungen wurde festgestellt, dass diese Programme den Grundsätzen zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form (GoBD) entsprechen.

In 2023 wurde durch die AG SAP das Projekt „SAP-Hana“ initiiert. Das Projekt beinhaltet die Umstellung auf SAP-Hana bis 2026. In 2023 wurde ein Wechsel der Datenbank und ein Wechsel des Server-Betriebssystems vorgenommen. Die Programmprüfung wurde im Rahmen einer begleitenden Prüfung durchgeführt. Feststellungen ergaben sich hierzu nicht. Weitergehende Informationen zur Prüfung der DV-Verfahren können aus dem Schlussbericht 2023 – Teil II, Kapitel 8, entnommen werden.

In Bezug auf das Programm P&I LOGA ist festzuhalten, dass der Rechnungshof im Rahmen der Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ empfiehlt, zur Umsetzung der Funktionstrennung die Zugriffsrechte zu differenzieren, die Übertragung von Zahlungsdaten zu automatisieren und die Zahlungsdaten vor der Weitergabe an das Rechnungswesen zu kontrollieren. Der Fachbereich Personal führt aus, dass künftig monatlich Auswertungen aus dem Abrechnungsprogramm zu Änderungen an Bankdaten bzw. Ein- und Austrittslisten erstellt und kontrolliert werden. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Zugriffsrechte und die Übertragung von Zahlungsdaten sollen Gespräche mit dem Softwareanbieter ekom21 geführt werden (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Empfehlungen wurde in der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 stichprobenweise für die Monate April, August und Dezember ein Abgleich der Zahlungen laut Zahlungsträgerbegleitzettel aus dem Lohnbuchhaltungsprogramm P&I LOGA mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen aus dem Electronic-Banking-System Multicash vorgenommen. Es ergaben sich keine Abweichungen.

### **3.4.2 Internes Kontrollsystem**

Ein IKS besteht aus systematisch gestalteten und aufeinander abgestimmten organisatorischen und technischen Maßnahmen und Kontrollen in operativen Prozessen. Diese sollen die Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sicherstellen und einen Schutz gegen Schäden darstellen, die durch das eigene Personal oder durch Dritte verursacht werden können. Das Ziel der Prüfung ist eine Analyse der bestehenden internen Kontrollen, insbesondere eine Bewertung, ob und inwiefern eine bestimmte Kontrollmaßnahme geeignet ist, wesentliche falsche Angaben in den Geschäftsvorfällen, Kontensalden sowie Angaben in Abschlussposten und den damit zusammenhängenden Aussagen zu verhindern bzw. aufzudecken und zu korrigieren. Des Weiteren wird die Funktion der bestehenden Kontrollen überprüft.

Für den LWV Hessen wurde eine GA „Einführung eines internen Kontrollsystems (IKS)“ in Kraft gesetzt. Diese dokumentiert in einer Risiko-Kontroll-Matrix eine Vielzahl von Kontrollmaßnahmen inklusive einer Risikobewertung und wird kontinuierlich fortgeschrieben.

#### **3.4.2.1 Prüfung ausgewählter Einzelelemente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems**

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wurden der Aufbau und die Funktion des IKS im Funktionsbereich 106.0 geprüft.

Hierzu wurden fragebogengestützt die Verantwortlichkeiten, Aufgaben, Evaluationsintervalle und Kommunikationswege erhoben. In den funktionsbereichsinternen Besprechungen wird der Umsetzungsstand der einzelnen IKS-Maßnahmen erörtert. Die Ergebnisse dieser Erörterungen werden in der Leitungsrunde des Fachbereichs 106 besprochen.

Die den Funktionsbereich 106.0 betreffenden Risiken und Kontrollen sind in der GA „Einführung eines internen Kontrollsystems (IKS)“ definiert. Die Fortschreibung der Risiken und Kontrollen erfolgt anlassbezogen. Die Risiken im Bereich des Finanzwesens sind insbesondere durch die dezentrale Organisation der Buchhaltung bedingt. Im Rahmen der Prüfung wurden die in diesem Zusammenhang definierten Kontrollaktivitäten im Hinblick auf die tatsächliche Durchführung, die geeignete Dokumentation und die Angemessenheit der Kontrolle stichprobenweise geprüft. Zusammenfassend ist festzustellen, dass das IKS im Funktionsbereich 106.0 vorhanden und wie beschrieben angewandt worden ist.

Außerdem wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung das IKS im Funktionsbereich 106.3 für die Darlehen betrachtet. Dabei war festzustellen, dass die Bearbeitung der offenen Posten aus Darlehen nicht zeitnah erfolgt. Die Verwaltung wurde gebeten, künftig eine zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten und hierzu entsprechende Kontrollhandlungen vorzusehen. Die Verwaltung sicherte zu, entsprechende IKS-Handlungen vorzunehmen.

Aus der Prüfung des Vorjahres stand seitens der Verwaltung noch eine Klärung aus, ob eine Verpflichtung zur Reisekostenabrechnung für Dienstreisen erforderlich ist. Das hessische Reisekostengesetz sieht zwar prinzipiell keine Verpflichtung zur Abgabe einer Reisekostenabrechnung vor, jedoch könnte dies im Hinblick auf die steuerlichen Auswirkungen erforderlich sein, da Mahlzeiten, die arbeitstäglich unentgeltlich oder verbilligt an die Arbeitnehmer abgegeben werden, mit dem anteiligen amtlichen Sachbezugswert nach der Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendungen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt zu bewerten sind. Die Klärung ist teilweise erfolgt. Über die GA Dienstreisen wurde neu festgesetzt, dass in jedem Fall eine Reisekostenabrechnung durchzuführen ist, wenn eine Fahrkarte bzw. Bahncard über das Selbstbucherportal der Deutschen Bahn gebucht wurde oder wenn eine Kostenübernahmeerklärung für die Unterkunft vom Fachbereich Personal erteilt wurde. Seitens der Verwaltung ist zum Prüfungszeitpunkt noch nicht geklärt worden, ob für Dienstreisen unter acht Stunden Abwesenheit bei unentgeltlicher Gewährung einer Mahlzeit auch eine Pflicht zur Reisekostenabrechnung einzuführen ist.

Im Zusammenhang mit dem IKS Finanzen und Kasse hat der Hessische Rechnungshof im Zuge der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ noch empfohlen, dass Rechnungen schon beim Posteingang digitalisiert und in den Workflow eingebunden werden. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass das im Aufbau befindliche Dokumentenmanagementsystem die prozesshafte Digitalisierung beim Posteingang vorsehen wird (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

#### **3.4.2.2 Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems**

Gemäß des Inkraftsetzungsschreibens der GA „Einführung eines internen Kontrollsystems (IKS)“ vom 28.07.2015 wurde der Fachbereich 106 beauftragt, die Koordination der schrittweisen Übertragung des IKS auf alle Organisationseinheiten des LWV Hessen zu übernehmen.

Zum Prüfungszeitpunkt sind in der vorgenannten Geschäftsanweisung die IKS der Stabsstelle 030, der Fachbereiche/Funktionsbereiche 102.0, 102.5, 105, 106, 201 bis 207, 214, 301, 401, der zentralen Vergabestelle und der Revision erfasst. Das IKS des Fachbereichs 103 lag zum Prüfungszeitpunkt im Entwurf vor.

Der Fachbereich 106 berichtet, dass die restlichen Funktionsbereiche 102 und die Stiftungsforsten Kloster Haina weiterhin mit der Beschreibung des IKS beschäftigt sind.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass der Rechnungshof im Rahmen der Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ empfiehlt, die vorhandene IKS-Matrix in ein Gesamtkonzept einzubetten und zu einem vollständigen internen Kontrollsystem weiterzuentwickeln. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass das Gesamtkonzept des hiesigen IKS zusätzlich in der Art optimiert werde, dass für einen fachkundigen Dritten das Zusammenspiel der bestehenden Regelungen, der dadurch definierten Verfahrensschritte und der danach verantwortlichen Personen transparent und nachvollziehbar ersichtlich wird. Zeitlich sei dies vorgesehen, sobald das IKS im Verwaltungsbereich in seinen wesentlichen Teilen zur Anwendung gebracht ist (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

### 3.4.3 Risikomanagementsystem

Ein Risikomanagement umfasst sämtliche Maßnahmen zur systematischen Erkennung, Analyse, Bewertung, Überwachung und Kontrolle von Risiken.

Gemäß § 51 Abs. 2 GemHVO sind wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung im Rechenschaftsbericht darzustellen. Darüber hinaus ist der LWV Hessen gemäß § 92 Abs. 1 HGO verpflichtet, seine Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung seiner Aufgaben gesichert ist. Diese gesetzlichen Vorgaben erfordern ein Risikomanagement.

Im Rahmen des Projektes Gesamtsteuerung Teilhabe wurde ein Konzept zur Implementierung eines Risikomanagementsystems erarbeitet und im Bericht „Projekt Gesamtsteuerung Teilhabe – Ergebnisse der Voruntersuchung“ der externen Beratungsgesellschaft dargestellt. Zum Prüfungszeitpunkt ist ein solches System noch nicht implementiert. Die Stabstelle 070 führte aus, den Sachverhalt weiterzuverfolgen.

### 3.4.4 Steuerliche Verhältnisse

Der LWV Hessen wendet seit dem 01.01.2023 den § 2b UstG an. Dies bedeutet, dass grundsätzlich alle Umsätze, die auf privatrechtlichen Verträgen basieren, der Umsatzsteuer unterliegen.

Zum Prüfungszeitpunkt lag die Umsatzsteuererklärung für 2023 noch nicht vor, da die Frist zur Abgabe der Steuererklärung verlängert wurde. Daher wurde die für das Vorjahr erstellte Umsatzsteuererklärung mit den entsprechenden Buchungsdaten abgestimmt. Es ergaben sich keine Feststellungen.

Unterjährig wurde im Rahmen der Prüfung der Zahlstellen, Handvorschüsse und Geldanahmestellen betrachtet, ob in den Schulverwaltungsverbänden und dem Fachbereich 103 die Rechnungsstellung unter Beachtung der steuerlichen Regelungen ordnungsgemäß erfolgt. Die stichprobenweise Prüfung der ausgestellten Rechnungen ergab, dass diese die nach § 14

UStG erforderlichen Pflichtangaben enthielten und die notwendige Auszeichnung mit Steuerkennzeichen in den steuerpflichtigen Sachverhalten gegeben war.

Im März 2023 wurde ein Tax Compliance Management System (TCMS) im LWV Hessen in Kraft gesetzt. Die Etablierung eines TCMS minimiert das Risiko, bei Berichtigungen eine leichtfertige oder gar vorsätzliche Steuerverkürzung vorgeworfen zu bekommen. Der hessische Rechnungshof empfiehlt im Rahmen der überörtlichen Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ zur Ergänzung, den Mitarbeitenden ein Steuerhandbuch als Leitfaden zusammenzustellen. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass mit dem TCMS die Rahmenregelungen, Aufgaben und Verantwortungsbereiche der Organisationseinheit im Hinblick auf die steuerlichen Sachverhalte beschrieben werden. Außerdem wurden Rundschreiben und Buchungsanweisungen zur Unterstützung der Mitarbeitenden abgefasst. Der Empfehlung werde daher bereits Rechnung getragen (vgl. Vorlage V83/2024/XVII an die Verbandsversammlung).

### **3.4.5 Inventur**

Eine körperliche Bestandsaufnahme wird im LWV Hessen für die mit einem Festwert bewerteten Vorräte des Umlaufvermögens alle drei Jahre, für die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens alle fünf Jahre durchgeführt.

Für den Jahresabschluss 2023 war unter Berücksichtigung dieser Zeitintervalle keine körperliche Bestandsaufnahme des Anlagevermögens bzw. der Vorräte erforderlich.

## **3.5 Vermögensrechnung**

Die Vermögensrechnung enthält Vermögensgegenstände (Aktivseite) sowie Schulden (Passivseite). Aus der Differenz dieser Größen resultiert das Eigenkapital.

### **3.5.1 Anlagevermögen**

Ein Posten der Aktivseite ist das Anlagevermögen. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Das Anlagevermögen unterteilt sich in

- immaterielle Vermögensgegenstände,
- Sachanlagen,
- Finanzanlagen.

**3.5.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögensteile, die nicht körperlich bzw. nicht gegenständlich sind, sondern Rechte oder andere wirtschaftliche Werte darstellen. Die Entwicklung der Bilanzansätze ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.720.105,28	1.637.387,13	-82.718,15
geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	30.120.604,24	30.779.862,19	659.257,95
<b>Summe</b>	<b>31.840.709,52</b>	<b>32.417.249,32</b>	<b>576.539,80</b>

Bei der Prüfung des immateriellen Anlagevermögens wurden u. a. die Sachkontenzuordnung, der bilanzielle Ausweis, die Bewertung sowie die Abgrenzung zwischen Investitionen und laufendem Aufwand geprüft. Prüfungsgegenstand waren außerdem die korrespondierenden Ergebnisrechnungspositionen (z. B. Abschreibungen).

**3.5.1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte**

Diese Bilanzposition weist im Wesentlichen entgeltlich erworbene Softwarelizenzen, Zuckerrübenlieferrechte sowie Belegungsrechte zur Sicherung von Wohnraum für Menschen mit Behinderungen aus.

Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Softwarelizenzen	1.474.003,98	1.332.708,77	-141.295,21
ähnliche Rechte und Werte	14.303,06	9.543,71	-4.759,35
Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	231.798,24	295.134,65	63.336,41
<b>Summe</b>	<b>1.720.105,28</b>	<b>1.637.387,13</b>	<b>-82.718,15</b>

Bei den Softwarelizenzen ergaben sich Zugänge in Höhe von rd. 0,6 Mio. EUR. Im Berichtsjahr wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von rd. 0,7 Mio. EUR vorgenommen.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

### **3.5.1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse**

Dieser Bilanzansatz weist die Investitionszuschüsse der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, der Eingliederungshilfe und der Ausgleichsabgabe aus.

<b>geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
geleistete Investitionszuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	1.745.900,40	1.274.433,91	-471.466,49
geleistete Investitionszuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen – Sonderkonjunkturprogramm des Bundes für Krankenhäuser	5.308.705,42	4.996.428,63	-312.276,79
geleistete Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	23.065.998,42	24.508.999,65	1.443.001,23
<b>Summe</b>	<b>30.120.604,24</b>	<b>30.779.862,19</b>	<b>659.257,95</b>

Die vom LWV Hessen geleisteten Investitionszuschüsse betreffen die Förderung von Neu-, Erweiterungs- und Umbauten von Einrichtungen, die Ausstattung von Arbeitsplätzen sowie die einzelfallbezogene Hilfestellung, wie z. B. für Möbel und Kfz.

Die geleisteten Investitionszuschüsse werden gemäß § 43 Abs. 5 GemHVO jährlich mit einem Zehntel abgeschrieben. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse von untergeordneter Bedeutung werden direkt im Aufwand erfasst. Hierzu hat die Verwaltung eine Betragsgrenze von 20.000 EUR festgesetzt.

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus planmäßigen Abschreibungen und den Zugängen, d. h. aus den im Berichtsjahr geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüssen.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.



**3.5.1.2 Sachanlagen**

Bei Sachanlagen handelt es sich um körperliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens. Hierzu gehören Grundstücke, Bauten, Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Bestände der Sachanlagen werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Sachanlagen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	24.499.183,74	24.499.183,74	0,00
Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	101.205.451,42	100.845.642,54	-359.808,88
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.052.747,31	1.050.967,48	-1.779,83
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	1.615.564,70	1.507.236,70	-108.328,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.406.317,62	9.854.660,33	1.448.342,71
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.717.295,30	6.434.553,37	1.717.258,07
<b>Summe</b>	<b>141.496.560,09</b>	<b>144.192.244,16</b>	<b>2.695.684,07</b>

Bei der Prüfung der Sachanlagen wurden u. a. die sachlich richtige Kontenzuordnung, der bilanzielle Ausweis, die Bewertung sowie die Abgrenzung zwischen Investitionen und laufendem Aufwand geprüft. Prüfungsgegenstand waren außerdem die korrespondierenden Ergebnisrechnungspositionen (z. B. Abschreibungen).



### 3.5.1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Diese Position weist die bebauten und unbebauten Grundstücke sowie die erhaltenen Erbbau-rechte aus. Die Entwicklung im Jahr 2023 ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

<b>Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>Zugänge in EUR</b>	<b>Abgänge in EUR</b>	<b>Umbuchungen in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>
unbebaute Grundstücke	1.211.900,43	0,00	0,00	0,00	1.211.900,43
unbebaute Grundstücke – Stiftung Landeshospital Hofheim	2.771.111,70	0,00	0,00	0,00	2.771.111,70
unbebaute Grundstücke – Nass. Zentralwaisenfonds	188.411,00	0,00	0,00	0,00	188.411,00
bebaute Grundstücke – mit eigenen Bauten	19.047.542,09	0,00	0,00	0,00	19.047.542,09
bebaute Grundstücke – mit fremden Bauten	8,00	0,00	0,00	0,00	8,00
bebaute Grundstücke – fremde Bau- ten – Stiftung Landeshospital Hof- heim	1.250.560,52	0,00	0,00	0,00	1.250.560,52
bebaute Grundstücke – fremde Bau- ten – Nass. Zentralwaisenfonds	29.644,00	0,00	0,00	0,00	29.644,00
grundstücksgleiche Rechte	6,00	0,00	0,00	0,00	6,00
<b>Summe</b>	<b>24.499.183,74</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>24.499.183,74</b>

In 2023 ergaben sich keine Veränderungen bei den Grundstücken. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 ist zutreffend.

**3.5.1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken**

Diese Bilanzposition weist die Schul-, Verwaltungs-, Betriebs- und Wohngebäude einschließlich der Parkplätze, Sport- und Außenanlagen des LWV Hessen aus.

Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Schulgebäude	61.530.513,85	61.384.471,15	-146.042,70
Sportanlagen, Schwimm- und Hallenbäder	4.666.042,12	4.550.872,72	-115.169,40
sonstige Betriebsgebäude	4.035.330,40	3.864.887,73	-170.442,67
sonstige Gebäude Stiftung Landeshospital Hofheim	1.537.210,69	1.516.726,74	-20.483,95
Verwaltungsgebäude	23.618.112,39	24.050.313,53	432.201,14
Mietereinbauten	1.015,05	145,01	- 870,04
Außenanlagen	4.852.685,41	4.551.478,93	-301.206,48
Parkplätze	434.025,23	410.128,67	-23.896,56
Wohngebäude	530.516,28	516.618,06	-13.898,22
<b>Summe</b>	<b>101.205.451,42</b>	<b>100.845.642,54</b>	<b>-359.808,88</b>

In 2023 ergaben sich Abschreibungen in Höhe von rd. 2,8 Mio. EUR und Zugänge/Umbuchungen in Höhe von rd. 2,4 Mio. EUR.

Bei den Schulgebäuden wurden gem. Anlagenspiegel im laufenden Jahr Zugänge in Höhe von rd. 1,2 Mio. EUR erfasst. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um weitere Nachaktivierungen zum Neubau der Hermann-Herzog-Schule. Da bei den Schulgebäuden zugleich planmäßige Abschreibungen in Höhe von rd. 1,3 Mio. EUR erfolgten, hat der Buchwert der Schulgebäude um rd. 0,1 Mio. EUR abgenommen.

Bei den Verwaltungsgebäuden wurden gem. Anlagenspiegel Umbuchungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. EUR aus Anlagen im Bau sowie weitere Zugänge im laufenden Jahr in Höhe von rd. 0,1 Mio. EUR erfasst. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Herstellungskosten des Außenaufzugs am Ständehaus. Da bei den Verwaltungsgebäuden zugleich planmäßige Abschreibungen in Höhe von rd. 0,7 Mio. EUR erfolgten, hat der Buchwert der Verwaltungsgebäude um rd. 0,4 Mio. EUR zugenommen.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

Diese Position weist u. a. Waldflächen, Friedhöfe und die T4-Busgarage der Gedenkstätte Hadamar aus.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Kulturgüter	113.315,86	111.536,03	-1.779,83
Friedhofsanlagen	1,00	1,00	0,00
Friedhofsanlagen – Stiftung Landeshospital Hofheim	1,00	1,00	0,00
Wald (Grundstück inkl. Aufwuchs)	305.695,29	305.695,29	0,00
Wald (Grundstück inkl. Aufwuchs) – Stiftung Landeshospital Hofheim	633.734,16	633.734,16	0,00
<b>Summe</b>	<b>1.052.747,31</b>	<b>1.050.967,48</b>	<b>-1.779,83</b>

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus planmäßigen Abschreibungen.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

Unter der Position „Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung“ werden Vermögensgegenstände bilanziert, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Herstellung von Leistungen bzw. Erzeugnissen stehen. Als Beispiele sind hier die Photovoltaikanlagen, Blockheizkraftwerke, Lastenaufzüge, Vernetzungseinrichtungen und Lehrküchen zu nennen.

Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Anlagen der Energieversorgung und Betriebstechnik (BHKW, Photovoltaik)	718.240,93	674.087,24	-44.153,69
Anlagen für Wärme, Kälte und chemische Prozesse	29.420,08	32.854,09	3.434,01
Transport-, Verpackungs- und ähnliche Anlagen	57.395,75	49.642,19	-7.753,56
Betriebsvorrichtungen	810.507,94	750.653,18	-59.854,76
<b>Summe</b>	<b>1.615.564,70</b>	<b>1.507.236,70</b>	<b>-108.328,00</b>

Das Geschäftsjahr ist von planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 0,2 Mio. EUR sowie Zugängen in Höhe von rd. 0,1 Mio. EUR geprägt. Die Zugänge betreffen u. a. eine Lüftungsanlage für die Kantine in Kassel und eine Wandladesäule in Wiesbaden.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Bilanzposition „andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ weist Fahrzeuge, Büromaschinen, Datenverarbeitungs- und Kommunikationsanlagen, Büromöbel und Schulausstattungen aus.

andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Fuhrpark	182.936,54	259.012,06	76.075,52
Betriebsausstattung	942,94	58.823,79	57.880,85
Büromaschinen	2.942.284,70	3.470.787,39	528.502,69
Büromöbel	458.655,83	481.789,33	23.133,50
sonstige Ausstattungsgegenstände	1.900.666,08	2.549.267,44	648.601,36
technische Geräte, Maschinen und Werkzeuge	92.502,21	74.933,35	-17.568,86
sonstige Geschäftsausstattung (SIP)	73.700,17	56.630,19	-17.069,98
geringwertige Wirtschaftsgüter	2.754.629,15	2.903.416,78	148.787,63
<b>Summe</b>	<b>8.406.317,62</b>	<b>9.854.660,33</b>	<b>1.448.342,71</b>

Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus Zugängen in Höhe von rd. 4,5 Mio. EUR sowie den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 3,1 Mio. EUR. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen die DV-, Büro- und Schulausstattungen sowie Fahrzeuge.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Diese Bilanzposition weist Anzahlungen auf Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens bzw. Baumaßnahmen, bei denen eine Inbetriebnahme noch nicht erfolgt ist, aus.

geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	01.01.2023 in EUR	Zugänge in EUR	Umbuchungen in EUR	31.12.2023 in EUR
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.717.295,30	2.737.085,42	-1.019.827,35	6.434.553,37

Die zum 31.12.2023 ausgewiesenen Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen den Umbau des Hauses 8 an der Hermann-Schafft-Schule, die Dachflächen der Klosterkirche Haina und die Neukonzeption der Gedenkstätte Hadamar.

Aus der Prüfung der Bilanzansätze ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

### **3.5.1.3 Finanzanlagen**

Finanzanlagen sind Werte des Anlagevermögens, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken bzw. Unternehmensverbindungen dienen. Dazu gehören Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Wertpapiere des Anlagevermögens sowie sonstige Ausleihungen. Entscheidend für die Zuordnung zum Anlagevermögen ist der Zweck, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

<b>Finanzanlagevermögen</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Anteile an verbundenen Unternehmen	179.450.113,51	179.450.113,51	0,00
Beteiligungen	5.754.518,71	5.754.518,71	0,00
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	47.728.314,26	44.912.749,09	-2.815.565,17
Wertpapiere des Anlagevermögens	1,00	1,00	0,00
sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	24.553.379,77	18.447.481,51	-6.105.898,26
<b>Summe</b>	<b>257.486.327,25</b>	<b>248.564.863,82</b>	<b>-8.921.463,43</b>

#### **3.5.1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen**

Anteile an verbundenen Unternehmen sind Finanzanlagen an rechtlich selbstständigen Unternehmen, auf die ein beherrschender Einfluss ausgeübt wird. Dies ist gegeben, wenn die Anteile an einem Unternehmen mehr als 50 % betragen.

Unter diesem Teilbilanzansatz werden die Vitos gGmbH, die ANLEI-Service GmbH und die Stiftungsforsten Kloster Haina in Höhe von rd. 179,5 Mio. EUR ausgewiesen. Auf die Stiftungsforsten Kloster Haina entfallen Anteile in Höhe von rd. 84,4 Mio. EUR. Hierzu ist festzuhalten, dass das Forsteinrichtungswerk, welches die Bewertungsgrundlage für das Waldvermögen der Stiftungsforsten Kloster Haina darstellt, noch aus 2005 stammt. Ein neues Forsteinrichtungswerk könnte zu Veränderungen der Vermögenswerte führen und somit auch die Werthaltigkeit der gehaltenen Anteile beeinflussen.

Im Übrigen haben die Prüfungshandlungen keine weiteren Hinweise ergeben, die auf eine voraussichtlich dauernde Wertminderung schließen würden. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO war somit nicht erforderlich.

Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wird zutreffend abgebildet.

**3.5.1.3.2 Beteiligungen**

Beteiligungen stellen Anteile an Gesellschaften und sonstigen juristischen Personen dar, die nicht zu den verbundenen Unternehmen gehören, deren Anteilsbesitz aber auf Dauer angelegt ist.

Unter diesem Teilbilanzansatz werden die Beteiligungen an den Vitos Gesellschaften in Höhe von 5.754.518,71 EUR ausgewiesen.

Die Prüfungshandlungen haben keine Hinweise ergeben, die auf eine voraussichtlich dauernde Wertminderung schließen würden. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO war somit nicht erforderlich.

Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wird zutreffend abgebildet.

**3.5.1.3.3 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Dieser Bilanzansatz weist Darlehen an die Vitos Gesellschaften aus.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	01.01.2023 in EUR	Zugang in EUR	Rückzahlung in EUR	31.12.2023 in EUR
Vitos Gießen-Marburg gGmbH	46.515,56	0,00	12.080,27	34.435,29
Vitos Weil-Lahn gGmbH	2.978.521,42	0,00	162.272,26	2.816.249,16
Vitos Haina gGmbH	4.492.137,02	0,00	1.065.882,43	3.426.254,59
Vitos Südhessen gGmbH	11.962.895,24	0,00	437.397,24	11.525.498,00
Vitos Hochtaunus gGmbH	5.208.320,32	0,00	203.741,46	5.004.578,86
Vitos OKK gGmbH	11.669.778,89	0,00	485.388,16	11.184.390,73
Vitos Herborn gGmbH	7.522.182,24	0,00	313.891,16	7.208.291,08
Vitos Rheingau gGmbH	3.847.963,57	0,00	134.746,87	3.713.216,70
Abzinsung	0,00	0,00	0,00	-165,32
<b>Summe</b>	<b>47.728.314,26</b>	<b>0,00</b>	<b>2.815.399,85</b>	<b>44.912.749,09</b>

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultieren aus der Tilgung von Darlehen. Der Nachweis und die Abstimmung der Ausleihungen zum 31.12.2023 erfolgte durch die Vertragsunterlagen und Saldenbestätigungen. Bei der Prüfung wurden keine Differenzen festgestellt.

**3.5.1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens**

Wertpapiere sind Teil des Anlagevermögens, wenn die Absicht besteht, die Wertpapiere dauerhaft zu halten.

Der LWV Hessen hat über Nachlässe verschiedene Wertpapiere erhalten, die dauerhaft gehalten werden sollen. Für diese unentgeltlich erworbenen Wertpapiere wurde gegenüber der Eröffnungsbilanz unverändert ein Erinnerungswert von 1,00 EUR angesetzt.

### **3.5.1.3.5 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)**

Dieser Teilbilanzansatz weist insbesondere Darlehen aus den Bereichen

- Ausgleichsabgabe,
- soziale Entschädigung und
- Wohnungsbauförderung

aus. Es ergaben sich Zugänge in Höhe von rd. 0,4 Mio. EUR und Abgänge in Form von Tilgungen in Höhe von rd. 6,5 Mio. EUR.

Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Ausleihungen mit einer vereinbarten Laufzeit von mehr als drei Jahren sind mit ihrem Barwert anzusetzen. Als niedrig verzinst gelten die Ausleihungen, die mit einem jährlichen Zinssatz verzinst werden, der weniger als zwei Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszins der Europäischen Zentralbank liegt. Diese Vorgaben wurden bei der Abzinsung der Darlehen grundsätzlich eingehalten. Im Übrigen hat die Verwaltung mit dem HMdI abgestimmt, dass bei den Darlehen des LWV Hessen an die Stiftung Landeshospital Haina und an die Vitos Gesellschaften keine Abzinsung erforderlich ist. Soweit aber das Integrationsamt Darlehen an Vitos gewährt, wird eine Abzinsung vorgenommen.

Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wird zutreffend abgebildet.

### **3.5.2 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

Die Position „Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ weist insbesondere Büromaterialien und Tonerkartuschen aus.

Vorräte	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	43.362,33	43.362,33	0,00

Die Vorräte sind mit einem Festwert bewertet, welcher zuletzt im Rahmen einer Inventur für den Jahresabschluss 2021 ermittelt wurde.

Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wird zutreffend abgebildet.

### 3.5.3 Forderungen

Eine Forderung ist der Anspruch gegenüber einem Dritten aus einem Schuldverhältnis. Das Schuldverhältnis kann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich bestehen.

Forderungen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	33.767.374,04	29.751.451,78	-4.015.922,26
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	207,00	0,00	- 207,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	137.942,79	133.424,48	-4.518,31
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	14.115.054,48	14.575.582,52	460.528,04
sonstige Vermögensgegenstände	13.425.723,08	20.084.697,21	6.658.974,13
<b>Summe</b>	<b>61.446.301,39</b>	<b>64.545.155,99</b>	<b>3.098.854,60</b>

Bei den Forderungen wird u. a. zwischen Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und sonstigen Forderungen unterschieden.

Von den Forderungen in Höhe von insgesamt 64,5 Mio. EUR werden rd. 33,0 Mio. EUR über das SAP-Modul PSCD (Buchungen über Geschäftspartner) abgewickelt. Eine Analyse der Posten aus dem SAP-Modul PSCD ergab die in der nachfolgenden Tabelle dargestellte Altersstruktur. Zu beachten ist, dass es sich um Werte vor Wertberichtigung handelt.

Altersklasse in Jahren ab Nettofälligkeit	offener Betrag zum 31.12.2023 in EUR (aus PSCD)	davon noch offen zum 20.08.2024 in EUR	davon bereits geklärt zum 20.08.2024 in EUR	Anteil der geklärten Positionen zum 20.08.2024
> 10 Jahre	1.917.215,53	1.663.600,79	253.614,74	13,23 %
> 5 bis 10 Jahre	2.762.697,79	2.498.842,84	263.854,95	9,55 %
> 1 bis 5 Jahre	9.536.708,13	7.888.344,68	1.648.363,45	17,28 %
bis 1 Jahr	7.089.118,62	3.255.325,90	3.833.792,72	54,08 %
Fälligkeit nach 31.12.2023	11.741.081,39	2.532.864,58	9.208.216,81	78,43 %
<b>Gesamtsumme</b>	<b>33.046.821,46</b>	<b>17.838.978,79</b>	<b>15.207.842,67</b>	<b>46,02 %</b>



Die Daten der obigen Tabelle lassen darauf schließen, dass aktuelle Forderungsfälle zeitnah bearbeitet und geklärt wurden. Je älter die Forderungen sind, desto geringer ist die entsprechende Klärungsquote.

### **3.5.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und -beiträgen**

Unter die Position „Forderungen aus Transferleistungen“ fallen insbesondere die Forderungen aus den Bereichen der Ausgleichsabgabe und der Eingliederungshilfe.

Die Ansprüche aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen werden in der Regel im DV-Programm ANLEI erfasst sowie bearbeitet, und dann in das SAP-System übertragen. Die Sachverhaltsbearbeitung, Prüfung und Klärung von offenen Forderungsposten erfolgt daher hauptsächlich durch den Leistungsbereich.

Im Jahresabschluss 2023 wurden sowohl Einzel- als auch Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Dadurch wird dem sich aus der Werthaltigkeit von Forderungsbeständen ergebenden Risiko entgegengesteuert. Durch die Wertberichtigung wird eine zutreffende Darstellung der Vermögenslage erreicht, ohne dass der Forderungsanspruch erlischt oder nicht weiterverfolgt wird. Die Forderungen werden lediglich in ihrem Wert korrigiert. Die Höhe der pauschalen Wertberichtigung richtet sich nach der Altersstruktur der Forderungen. Bei Einzelwertberichtigungen wird die einzelne Forderung dann wertberichtigt, wenn kein Zahlungseingang mehr zu erwarten ist. Dies ist z. B. bei Unternehmensinsolvenzen der Fall. Im Ergebnis war festzustellen, dass die im Geschäftsjahr 2023 vorgenommene Wertberichtigung in Übereinstimmung mit der LWV-internen Regelung zur Wertberichtigung auf Forderungen erfolgte.

### **3.5.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen**

Über die Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Umlagen wird die Verbandsumlage abgewickelt. Hierzu ergaben sich keine Feststellungen.

### **3.5.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

Unter der Position der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden privatrechtliche Forderungen ausgewiesen.

Im Rahmen der Prüfung wurden von ausgewählten Kunden Saldenbestätigungen angefordert, um zu überprüfen, ob der Bilanzausweis zum 31.12.2023 zutreffend erfolgt ist. Hieraus ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.

### 3.5.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen

Die Forderungen gegenüber den verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen betreffen überwiegend Zahlungsansprüche aus den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für aktive Beamte in Höhe von rd. 1,1 Mio. EUR sowie für Versorgungsempfänger in Höhe von rd. 13,1 Mio. EUR. Die Beträge werden in gleicher Höhe bei der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bilanziert, so dass bilanztechnisch ein Gleichgewicht der wirtschaftlichen Belastungen erzielt wird.

Die Prüfung erfolgte durch eine Abstimmung der Forderungen mit den vorgelegten Saldenbestätigungen der Vitos Gesellschaften, der ANLEI Service GmbH und der Stiftungsforsten Kloster Haina. Es ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.5.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände

Diese Teilbilanzposition weist im Wesentlichen Forderungen aus Zinserträgen, Nebenforderungen aus Mahngebühren und Säumniszuschlägen, Forderungen aus der Versorgungsrücklage und Forderungen gegenüber Mitarbeitenden aus.

sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Forderungen aus der Versorgungsrücklage	10.463.837,32	11.118.292,15	654.454,83
Forderungen aus Zinserträgen	121.246,23	343.826,29	222.580,06
sonstige Forderungen	2.840.639,53	8.622.578,77	5.781.939,24
<b>Summe</b>	<b>13.425.723,08</b>	<b>20.084.697,21</b>	<b>6.658.974,13</b>

Die Bewertung der Forderungen aus gesetzlicher Versorgungsrücklage gegen die Beamtenversorgungskasse erfolgte in Höhe der eingezahlten Beträge.

Die Forderungen aus Zinserträgen betreffen Geldanlagen mit Laufzeiten über den Jahreswechsel hinaus.

Das Ausfallrisiko des Forderungsbestands wurde durch die Vornahme einer Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Aus der Prüfung ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.

### 3.5.4 Flüssige Mittel

Unter der Position der flüssigen Mittel werden

- die Girokontenbestände,
- die Tages- und Festgelder,
- die Freistempelwerte und Briefmarken sowie
- die Kassenbestände der Zahlstellen einschließlich der Handvorschüsse

ausgewiesen.

Der in dem Jahresabschluss ausgewiesene Bestand an flüssigen Mitteln teilt sich in die Mittel des LWV Hessen, der Ausgleichsabgabe, der Stiftungen und der Vitos Gesellschaften auf. Gegenüber dem Vorjahr wurden in der Aufstellung auch die flüssigen Mittel des Landeshospitalfonds Hofheim und des Nassauischen Zentralwaisenfonds berücksichtigt. Im Übrigen haben die Vitos Gesellschaften seit 2023 wieder Gelder über den LWV Hessen angelegt:

<b>flüssige Mittel</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
LWV Hessen	318.122.519,41	292.797.013,71	-25.325.505,70
Mittel der Ausgleichsabgabe	165.686.867,36	175.618.154,96	9.931.287,60
Stiftungsforsten Kloster Haina, Landeshospitalfonds Hofheim, Nassauischer Zentralwaisenfonds	28.694.739,58	32.225.739,97	3.531.000,39
Vitos Gesellschaften	0,00	98.368.269,82	98.368.269,82
<b>Summe</b>	<b>512.504.126,35</b>	<b>599.009.178,46</b>	<b>86.505.052,11</b>

Neben der Jahresabschlussprüfung wurden im Rahmen der unterjährig durchgeführten unvermuteten Kassenprüfungen der Zahlstellen, Handvorschüsse, Geldannahmestellen sowie der Verbandshauptkasse die Liquiditätsbestände aufgenommen und Belegprüfungen durchgeführt. Diese laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge dienten zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 2 HGO. Im Wesentlichen wurde die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung bestätigt. Auf Kapitel 5 des Schlussberichtes 2023 – Teil II wird verwiesen.

Im Übrigen umfasste die Prüfung eine Abstimmung der Bestände mit den Kontoauszügen der entsprechenden Kreditinstitute bzw. den von der Revision angeforderten Saldenbestätigungen. Des Weiteren erfolgte eine Plausibilisierung der mit den Geldanlagen zusammenhängenden Zinserträge und -aufwendungen.

Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 und die entsprechenden Ergebnisrechnungspositionen wurden zutreffend abgebildet.

### 3.5.5 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten stellt ein Instrument zur periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen dar. Die aktive Rechnungsabgrenzung entsteht, wenn ein Aufwand des folgenden Jahres bereits im aktuellen Jahr eine Ausgabe (Auszahlung oder Verbindlichkeit) verursacht.

aktive Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Rechnungsabgrenzungsposten	19.832.795,30	15.321.487,97	-4.511.307,33

In dieser Position werden u. a. die gezahlten Ansparraten und Sonderbeiträge für Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds, die bereits im Dezember 2023 für Januar 2024 gezahlten Beamtenbezüge sowie für Abrechnungszeiträume nach dem Bilanzstichtag gezahlte Transferleistungen ausgewiesen.

Im Rahmen der Prüfung erfolgte eine Abstimmung mit den Belegen bzw. begründenden Unterlagen und den gebuchten Abgrenzungsposten. Dabei wurde überprüft, ob die Abgrenzung von Aufwendungen periodengerecht vorgenommen wurde, so dass der bilanzierte aktive Rechnungsabgrenzungsposten der Höhe und dem Grunde nach zutreffend ist. Es ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.5.6 Eigenkapital

Das Eigenkapital resultiert aus der Differenz zwischen Aktiva (Vermögen) und den Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite der Vermögensrechnung.

Das Eigenkapital des LWV Hessen ist entsprechend einer Erlassregelung des HMdI vom 19.10.2006 ohne die Überschüsse und Kapitalbestände der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX auszuweisen. Diese Bestände sollen auf der Passivseite der Bilanz als sonstige Verbindlichkeiten im Bereich des Fremdkapitals dargestellt werden, was auch im Rahmen der Prüfung festgestellt werden konnte.

Gemäß Beschluss Nr. XIV/179 der Verbandsversammlung darf der Ausgleich des Jahresergebnisses bereits vor dem Feststellungs- und Ergebnisverwendungsbeschluss der Verbandsversammlung nach Maßgabe der Festsetzung der jeweiligen Haushaltssatzung gebucht werden. Die Entwicklung des Eigenkapitals im Berichtsjahr ist durch das erzielte ordentliche Ergebnis geprägt. Im Einzelnen hat sich der Bestand des Eigenkapitals wie folgt entwickelt:

<b>Eigenkapital</b>	<b>Bestand zum 31.12.2022 in EUR</b>	<b>Bestand zum 31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Netto-Position	4.722.960,11	4.722.960,11	0,00
Kapitalrücklagen (rechtlich selbständige Stiftungen)	19.897.963,71	20.332.171,98	434.208,27
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	176.323.560,93	140.779.541,72	-35.544.019,21
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.544.436,32	1.538.655,81	-5.780,51
zweckgebundene Rücklagen	7.034.729,33	6.784.391,72	-250.337,61
Sonderrücklagen (Vermächtnisse)	2.267.603,85	2.310.042,63	42.438,78
Stiftungskapital (Stockhausen-Mettingh-, Wimschult-, Schwarz'sche Stiftung)	324.164,16	330.792,17	6.628,01
<b>Summe</b>	<b>212.115.418,41</b>	<b>176.798.556,14</b>	<b>-35.316.862,27</b>

### 3.5.6.1 Netto-Position

Die Netto-Position stellt das Basiskapital des LWV Hessen dar. Für 2023 ergab sich keine Veränderung.

### 3.5.6.2 Kapitalrücklagen

Die Bestände der rechtlich selbstständigen Stiftungen werden gesondert im Bereich der Kapitalrücklagen ausgewiesen. Der LWV Hessen nimmt die Verwaltungs- und Vertretungsbefugnis für die Stiftung Landeshospital Hofheim, den Nassauischen Zentralwaisenfonds und für das Landeshospital Haina wahr. Die Kapitalrücklagen bilden grundsätzlich das Grund- und Barvermögen der Stiftungen ab.

Die Entwicklung der Kapitalrücklagen ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

<b>Kapitalrücklagen</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Stiftung Landeshospital Hofheim	17.740.610,55	18.123.107,81	382.497,26
Nassauischer Zentralwaisenfonds	2.157.353,16	2.209.064,17	51.711,01
Landeshospital Haina	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>19.897.963,71</b>	<b>20.332.171,98</b>	<b>434.208,27</b>

Aus der Verwaltung der Stiftung Landeshospital Hofheim und des Nassauischen Zentralwaisenfonds entstanden Überschüsse, welche den Rücklagen zugeführt wurden.

Aus der Verwaltung der Stiftung Landeshospital Haina entstand ein Fehlbetrag. Aufgrund des fehlenden Rücklagenbestands konnte dieser nicht über die Kapitalrücklagen gedeckt werden.

Die Rücklagen betragen daher zum Bilanzstichtag weiterhin 0,00 EUR.

In dem Gutachten zur Rechtsform der Stiftung Landeshospital Haina vom 14.09.2017 wurde ausgeführt, dass die Altstiftung des LWV Hessen, bei der es sich um eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts handelt und für die folglich das Hessische Stiftungsgesetz gilt, eine Stiftungssatzung zu erhalten hat. Auf Nachfrage, ob eine Satzung gefasst worden ist, hat die Verwaltung mitgeteilt, dass eine Satzung für die rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts zur Vorprüfung an die Stiftungsaufsicht zur Abstimmung übersandt wurde, sich jedoch Fragestellungen ergeben haben, die derzeit in Klärung sind.

### 3.5.6.3 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital

Nach den Regelungen der GemHVO wird zwischen Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses, Sonderrücklagen und Stiftungskapital unterschieden.

#### 3.5.6.3.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

Die Position „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ weist Rücklagen aus, die zum Ausgleich von Fehlbeträgen zur Verfügung stehen.

Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	176.274.096,99	140.738.424,29	-35.535.672,70
Budgetrücklagen/Budgetrücklage (verwendet)	49.463,94	41.117,43	-8.346,51
<b>Summe</b>	<b>176.323.560,93</b>	<b>140.779.541,72</b>	<b>-35.544.019,21</b>

Die Veränderung dieser Bilanzposition resultiert im Wesentlichen aus der Rücklagenentnahme zum Ausgleich des ordentlichen Jahresfehlbetrags des Haushaltsjahres 2023 unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Ergebnisverwendungsbuchungen.

Die Budgetrücklage (verwendet) vermindert sich jährlich um die angefallenen Abschreibungsbeträge für die aus der Budgetrücklage finanzierten Anlagegüter.

Der Bilanzansatz wurde zum 31.12.2023 insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.6.3.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

Diese Bilanzposition enthält Überschüsse, die im Rahmen von außerordentlichen (d. h. einmaligen, nicht regelmäßigen) Geschäftsvorfällen erzielt wurden.

Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.544.436,32	1.538.655,81	-5.780,51

Die Veränderung dieser Bilanzposition resultiert aus der Rücklagenentnahme zum Ausgleich des außerordentlichen Jahresfehlbetrags des Haushaltsjahres 2023.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

### 3.5.6.3.3 Zweckgebundene Rücklagen

Die Position „zweckgebundene Rücklagen“ weist die Rücklagen aus Erlösen aus ehemaligen Grundstücksverkäufen und Überschüssen der Gutsbetriebe aus.

Soweit zweckgebundene Rücklagen für Investitionen verwendet worden sind, wurde eine Rücklage gebildet, welche sich jährlich um die angefallenen Abschreibungsbeträge für die aus den zweckgebundenen Rücklagen finanzierten Anlagegüter vermindert.

zweckgebundene Rücklagen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Überschüsse der Gutsbetriebe	214.070,75	214.070,75	0,00
zweckgebundene Rücklage (verwendet)	6.820.658,58	6.570.320,97	-250.337,61
<b>Summe</b>	<b>7.034.729,33</b>	<b>6.784.391,72</b>	<b>-250.337,61</b>

Aus den zweckgebundenen Rücklagen (verwendet) erfolgte eine Entnahme in Höhe von 250.337,61 EUR zur Finanzierung von Abschreibungen für die aus zweckgebundenen Rücklagen finanzierten Anlagengüter.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

**3.5.6.3.4 Sonderrücklagen**

Bei der Bilanzposition Sonderrücklagen handelt es sich um die zugeflossenen und noch nicht verwendeten Bestände der Vermächtnisse. Soweit Sonderrücklagen für Investitionen verwendet worden sind, wurde eine Sonderrücklage (Nachlässe verwendet) gebildet, welche sich jährlich um die angefallenen Abschreibungsbeträge für die aus den Nachlässen finanzierten Anlagegüter vermindert.

Sonderrücklagen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Sonderrücklagen/Sonderrücklage (verwendet)	2.267.603,85	2.310.042,63	42.438,78

Den Sonderrücklagen wurden erhaltene Nachlässe, Dividenden für geerbte Wertpapiere, Zinsen sowie sonstige Erträge aus erhaltenen Vermächtnissen in Höhe von 60.037,81 EUR zugeführt. Entnahmen ergaben sich in aus der Finanzierung von laufenden Aufwendungen und Abschreibungen für die aus Sonderrücklagen finanzierten Anlagengütern in Höhe von 17.599,03 EUR.

Aus der Prüfung ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Der Bilanzansatz zum 31.12.2023 wurde insgesamt zutreffend fortgeschrieben.

**3.5.6.3.5 Stiftungskapital**

Beim LWV Hessen werden die Bestände

- der von Stockhausen-Mettingh-Stiftung,
- der Wimschult-Stiftung und
- der Schwarz'schen Stiftung

als Stiftungskapital ausgewiesen.

Stiftungskapital	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Stockhausen-Mettingh-Stiftung	275.648,13	282.208,56	6.560,43
Wimschult-Stiftung	45.676,62	45.676,62	0,00
Schwarz'sche Stiftung	2.839,41	2.906,99	67,58
<b>Summe</b>	<b>324.164,16</b>	<b>330.792,17</b>	<b>6.628,01</b>

In 2023 wurden den Rücklagen Zinsen in Höhe von 6.628,01 EUR zugeführt.



Für die Stockhausen-Mettingh-Stiftung wurde bereits bei vorhergehenden Jahresabschlussprüfungen festgestellt, dass die Klärung der Zweckbindung offen ist. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass eine Aufarbeitung der Stiftungen in Abhängigkeit der Bedeutung sukzessive erfolgt.

#### **3.5.6.4 Ergebnisverwendung**

Aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Gesamtbetrag der Erträge und dem Gesamtbetrag der Aufwendungen ergibt sich der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2023 des LWV Hessen in Höhe von 35.316.862,27 EUR. Dieser besteht aus dem ordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 35.311.081,76 EUR und dem außerordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.780,51 EUR. Durch die verschiedenen Zuführungen und Entnahmen zu bzw. aus den Rücklagen beträgt die Position „Ergebnisverwendung“ 0,00 EUR.

Dies steht im Einklang mit dem Beschluss Nr. XIV/179 der Verbandsversammlung, wonach der Ausgleich des Jahresergebnisses bereits vor dem Feststellungs- und Ergebnisverwendungsbeschluss der Verbandsversammlung nach Maßgabe der Festsetzung der jeweiligen Haushaltssatzung gebucht werden darf.

#### **3.5.7 Sonderposten**

Die empfangenen, verwendeten Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge werden gemäß § 38 Abs. 4 GemHVO als Sonderposten in der Vermögensrechnung ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der finanzierten Vermögensgegenstände aufgelöst.

<b>Sonderposten</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	90.170.950,42	90.591.669,38	420.718,96
Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	36.562,07	32.112,18	-4.449,89
Investitionsbeiträge	16.756.906,64	19.121.919,82	2.365.013,18
<b>Summe</b>	<b>106.964.419,13</b>	<b>109.745.701,38</b>	<b>2.781.282,25</b>

**3.5.7.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich**

Als Zuweisungen vom öffentlichen Bereich werden insbesondere die in der Vergangenheit erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen sowie die anteilig für Investitionen verwendete allgemeine Finanzzuweisung ausgewiesen.

Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
allgemeine Investitionspauschale	2.267.106,09	1.305.051,52	-962.054,57
Schulbaupauschale	22.741.316,07	22.024.879,76	-716.436,31
allgemeine Zuweisung – verwendet für Investitionen der Verwaltung	14.594.322,35	15.202.355,22	608.032,87
allgemeine Zuweisung – verwendet für Investitionen der Schulen	29.772.842,90	31.921.819,95	2.148.977,05
Zuweisungen aus den Sonderinvestitionsprogrammen	7.190.945,60	6.779.319,50	-411.626,10
sonstige Zuweisungen	13.604.417,41	13.358.243,43	-246.173,98
<b>Summe</b>	<b>90.170.950,42</b>	<b>90.591.669,38</b>	<b>420.718,96</b>

Im Zusammenhang mit dem Anlagevermögen wurde geprüft, ob entsprechende Sonderposten gebildet und über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands aufgelöst werden. Es ergaben sich keine Feststellungen.

**3.5.7.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich**

Diese Position weist empfangene Spenden aus, sofern aus diesen Mitteln aktivierungspflichtige Maßnahmen finanziert worden sind.

Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Zuschüsse von übrigen Bereichen	36.562,07	32.112,18	-4.449,89

Feststellungen zu dieser Bilanzposition ergaben sich nicht.

**3.5.7.3 Investitionsbeiträge**

Diese Position weist die für Investitionszuschüsse verwendeten Mittel der Ausgleichsabgabe aus.

Die Ausgleichsabgabe darf zur Bezuschussung von Investitionen im Rahmen der institutionellen Förderung in Werkstätten für behinderte Menschen und im Rahmen des Aufbaus und der Erweiterung von Integrationsprojekten verwendet werden.

Investitionsbeiträge	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Beiträge der Ausgleichsabgabe	16.756.906,64	19.121.919,82	2.365.013,18

Der ausgewiesene Sonderposten entspricht dem Restbuchwert der im Anlagevermögen des Integrationsamts aktivierten Investitionszuweisungen. D. h. sämtliche gewährten Zuschüsse wurden aus der Ausgleichsabgabe finanziert. Es ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.5.8 Rückstellungen

Mit der Bildung einer Rückstellung wird eine zum Zeitpunkt der Bildung hinsichtlich des Bestehens oder der Höhe noch ungewisse Verbindlichkeit der Rechnungsperiode zugeordnet, in der sie rechtlich bzw. wirtschaftlich verursacht wurde, so dass der Mittelabfluss ganz oder teilweise nicht zu einem Aufwand in dem späteren Haushaltsjahr führt. Die Rückstellungen setzen sich aus den Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen sowie den sonstigen Rückstellungen zusammen. Eine Übersicht über die bilanzierten Rückstellungen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Rückstellungen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	228.944.892,71	240.389.459,17	11.444.566,46
sonstige Rückstellungen	135.516.622,45	166.141.242,07	30.624.619,62
<b>Summe</b>	<b>364.461.515,16</b>	<b>406.530.701,24</b>	<b>42.069.186,08</b>

#### 3.5.8.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Diese Bilanzposition weist die Verpflichtungen aus Pensionen, Beihilfen, Altersteilzeit und Lebensarbeitszeitkonten aus.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Pensionsverpflichtungen	180.498.278,00	190.170.216,00	9.671.938,00
Beihilfeverpflichtungen	42.593.200,00	44.240.186,00	1.646.986,00
Altersteilzeit/Lebensarbeitszeitkonten	5.853.414,71	5.979.057,17	125.642,46
<b>Summe</b>	<b>228.944.892,71</b>	<b>240.389.459,17</b>	<b>11.444.566,46</b>

Der Prüfungsnachweis der Verpflichtungen aus Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit erfolgte durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der KVK Beamtenversorgungskasse.

Die durchgeführten Prüfungshandlungen betrafen u. a.

- die Prüfung der dem Pensionsgutachten zugrunde gelegten Daten,
- die Berechnungsgrundlagen der Verpflichtungen für die Lebensarbeitszeitkonten,
- die Plausibilitätskontrolle der Bewertung der Pensionsverpflichtungen sowie die Feststellung der dem Pensionsgutachten zugrunde gelegten Bewertungsmethoden,
- den bilanziellen Ausweis auf den entsprechenden Sachkonten und
- die Abstimmung der Zuführungen und Auflösungen mit den entsprechenden Ertrags- und Aufwandskonten.

Die Prüfung ergab, dass

- die Pensionsrückstellungen gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO im Wesentlichen zutreffend mit dem Barwert nach dem Teilwertverfahren angesetzt wurden. Bei den Rückstellungen sind dabei auch die Verpflichtungen für die an die Beteiligungen überlassenen Beamten berücksichtigt,
- die dem Pensionsgutachten zugrunde gelegten Daten vollständig waren,
- für die als kaufmännisch buchender Regiebetrieb geführten Stiftungsforsten Kloster Haina keine Pensionsrückstellung in der Vermögensrechnung des LWV Hessen ausgewiesen wurde, da die Stiftungsforsten Kloster Haina diese Rückstellung in ihrer Bilanz darstellen. Diese Tatsache wird im Anhang erläutert. Die Bewertung der Rückstellung bei den Stiftungsforsten Kloster Haina erfolgte nach handelsrechtlichen Grundsätzen,
- die Rückstellungen für Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung vom Dienst im Rahmen von Altersteilzeit mit dem Pauschalwertverfahren entsprechend dem BMF-Schreiben vom 28. März 2007 (IV B 2 – S 2175/07/0002) bewertet wurden,
- die Rückstellungen für Zeitguthaben aus den Lebensarbeitszeitkonten von der Verwaltung anhand von Durchschnittspersonalkosten zutreffend errechnet wurden,
- das zur Pensionsrückstellungsbilanzierung zugrunde gelegte versicherungsmathematische Gutachten der Beamtenversorgungskasse von einem Rechnungszinsfuß in Höhe von 6 % ausgeht. Dies entspricht der Vorgabe gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO,
- der nach § 41 Abs. 6 GemHVO anzuwendende Rechnungszinsfuß von 6 % höher als der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungszinssatz nach § 253 Abs. 2 HGB ist. Eine entsprechende Angabe über die sich daraus ergebenden höheren Rückstellungswerte ist im Anhang zum Jahresabschluss enthalten. Die Alternativberechnung beinhaltet die Verpflichtungen aus Pensionen und Beihilfen,
- die versicherungsmathematischen Gutachten der Beamtenversorgungskasse unter Anwendung der Heubeck-Richttafeln 2018 G zur Pensionsrückstellungsbilanzierung zugrunde gelegt wurden,

- die Aufwendungen aus der Zuführung und die Erträge aus der Auflösung der Rückstellungen durch Gegenüberstellung der aktuellen Werte und der Vorjahreswerte ermittelt und eingebucht werden. Diese Buchungsweise stellt lediglich eine Vereinfachung dar, da tatsächliche Angaben zu Auflösung, Verbrauch und Zuführung zu den Rückstellungen in den jeweiligen Gutachten nicht enthalten sind. Das Pensionsgutachten wurde inhaltlich nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen erstellt und ist eine standardisierte sowie hessenweit vielfach verwendete Grundlage zur Bilanzierung von Pensionsrückstellungen.

### 3.5.8.2 Sonstige Rückstellungen

Unter dieser Bilanzposition werden Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, ungewisse Verbindlichkeiten aus Transferleistungen, Verpflichtungen zum Schadensausgleich und für anhängige Gerichtsverfahren ausgewiesen.

sonstige Rückstellungen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	134.078.213,63	164.579.682,98	30.501.469,35
Rückstellungen für Schadensausgleich	348.817,26	307.102,39	-41.714,87
Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren	1.060.090,37	1.218.907,56	158.817,19
weitere sonstige Rückstellungen	29.501,19	35.549,14	6.047,95
<b>Summe</b>	<b>135.516.622,45</b>	<b>166.141.242,07</b>	<b>30.624.619,62</b>

Die sonstigen Rückstellungen sind maßgeblich durch die ungewissen Verbindlichkeiten aus Transferleistungen geprägt. Es handelt sich hierbei um Wahl-Rückstellungen nach § 39 Abs. 2 GemHVO.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich insbesondere die Rückstellungen für noch zu leistende Transferaufwendungen erhöht.

Die Prüfungshandlungen umfassten neben Plausibilitätsprüfungen anhand von Zeitreihenvergleichen die Abstimmung bezüglich Verbrauch, Auflösung und Neubildung der Rückstellung mit den begründenden Unterlagen. Es wurde geprüft, ob

- die in Anspruch genommenen Beträge nachgewiesen und in der Vorjahresrückstellung enthalten waren,
- bei den Auflösungen der Grund für die Rückstellung entfallen war,
- für die Neubildungen eine Inanspruchnahme wahrscheinlich erscheint, der Verpflichtungstatbestand am Bilanzstichtag rechtlich entstanden und wirtschaftlich verursacht war und die Bewertung nach vernünftiger Abwägung aller Umstände erfolgte und plausibel ist.

Bei der Prüfung wurde u. a. festgestellt, dass

- die im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildete Rückstellung zur Schadensregulierung aus der ehemaligen Eigenschadenversicherung des LWV Hessen bis zu ihrem vollständigen Verbrauch weiter besteht,
- weitere Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, die nach § 39 Abs. 2 GemHVO freiwillig gebildet werden können (z. B. für Urlaubsansprüche, geleistete Überstunden, Aufbewahrung von Unterlagen), nicht ausgewiesen wurden,
- Rückstellungen für die im Haushaltsjahr unterlassenen Aufwendungen für die Instandhaltung von Gegenständen des Sachanlagevermögens nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO nicht gebildet werden. Für wesentliche geplante und nicht durchgeführte Instandhaltungsmaßnahmen werden Ermächtigungsübertragungen eingestellt,
- die Bewertung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus Transferleistungen auf der Grundlage von Auswertungen der in ANLEI erfassten Kalkulationssätze erfolgt. Diese werden von der Sachbearbeitung bei einer möglichen/wahrscheinlichen Bewilligung in ANLEI erfasst. Zur Berechnung der Rückstellungshöhe erfolgt eine Abfrage der Daten über das integrierte Berichtssystem. Aus Sicht der Revision stellen die Kalkulationssätze begründbare Schätzgrößen dar,
- bei der einzelfallbezogenen Stichprobenprüfung von Kalkulationssätzen unzutreffende Eingaben in ANLEI zu Grunde lagen. Dadurch sind in der Rückstellung Bestandteile enthalten, die der Höhe oder dem Grunde nach unzutreffend sind. Die Verwaltung hat eine Korrektur im Folgejahr vorgenommen,
- zum Bilanzstichtag aufgrund von Arbeitsrückständen in der Einzelfallhilfe nicht verrechnete Abschläge in Höhe von rd. 272.4 Mio. EUR bestanden haben, welche von den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Abzug gebracht worden sind. Aus Sicht der Revision besteht das Risiko, dass zu hohe Abschläge geleistet werden bzw. eine korrekte Verrechnung aufgrund der Vielzahl nicht mehr nachvollziehbar ist. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass nur 85 % des durchschnittlichen monatlichen Volumens bei der Berechnung der gezahlten Abschläge berücksichtigt werden, so dass diesbezügliche Überzahlungen nicht zu erwarten sind. Etwaiger Differenzen bei der Verrechnung der Abschläge, welche beispielsweise bei großen Leistungserbringern mit sehr vielen leistungsberechtigten Menschen entstehen können, würden mit den jeweiligen Leistungserbringern jeweils einvernehmlich erörtert und einer entsprechenden Lösung zugeführt werden,
- der Prozess zur Bildung der Rückstellung für anhängige Gerichtsverfahren im SGB-Bereich im Hinblick auf die erforderlichen Eingaben in ANLEI sowie die beteiligten Organisationseinheiten komplex und fehleranfällig ist. Hierzu wurde der Verwaltung empfohlen, den Prozess zu vereinfachen. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass wegen der Umstellung der Leistungs- und Finanzierungsstruktur bis auf weiteres von einer Änderung der Verfahrensweise abgesehen wird.

### 3.5.9 Verbindlichkeiten

Eine Verbindlichkeit ist der Anspruch eines Dritten gegen den LWV Hessen aus einem Schuldverhältnis. Das Schuldverhältnis kann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich bestehen. Ihr Wertansatz erfolgt zum Rückzahlungsbetrag.

Bei den Verbindlichkeiten wird u. a. zwischen Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen, Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und sonstigen Verbindlichkeiten unterschieden.

Verbindlichkeiten	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	18.434.324,16	14.187.638,64	-4.246.685,52
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	128.443.706,12	104.577.213,91	-23.866.492,21
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.845.409,31	3.833.190,47	987.781,16
Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	21.635.686,98	120.198.758,89	98.563.071,91
sonstige Verbindlichkeiten	169.472.806,95	168.017.174,35	-1.455.632,60
<b>Summe</b>	<b>340.831.933,52</b>	<b>410.813.976,26</b>	<b>69.982.042,74</b>

#### 3.5.9.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen bestehen gegenüber Kreditinstituten, öffentlichen Kreditgebern und sonstigen Kreditgebern.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	11.866.309,44	8.420.801,21	-3.445.508,23
Verbindlichkeiten ggü. öffentlichen Kreditgebern	2.793.233,78	2.464.653,85	-328.579,93
sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	3.774.780,94	3.302.183,58	-472.597,36
<b>Summe</b>	<b>18.434.324,16</b>	<b>14.187.638,64</b>	<b>-4.246.685,52</b>

Die Prüfung umfasste einen Abgleich mit der Darlehensbuchhaltung, eine Plausibilisierung der mit diesen Krediten zusammenhängenden Zinsaufwendungen sowie die Analyse der Ein- und Auszahlungen durch Tilgungs- und Zinsleistungen. Die einzelnen Bestände der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wurden durch Kontoauszüge der entsprechenden Kreditinstitute nachgewiesen.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen.



### **3.5.9.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und -beiträgen**

Die Bilanzposition beinhaltet Verbindlichkeiten aus Transferleistungen, die beim LWV Hessen insbesondere in den Bereichen der Ausgleichsabgabe und der Eingliederungshilfe entstehen.

Transferleistungen sind bestimmte Geld- oder Sachleistungen, die aufgrund rechtlicher Regelungen ohne Gegenleistung an Leistungsberechtigte gezahlt werden. Diese Verbindlichkeiten werden in der Regel im DV-Programm ANLEI erfasst, bearbeitet und dann über eine Schnittstelle in das SAP-System übertragen. Die Sachverhaltsbearbeitung, Prüfung und Klärung von offenen Verbindlichkeitsposten erfolgt hauptsächlich durch den Leistungsbereich.

Einen weiteren wesentlichen Anteil bilden die Verbindlichkeiten der noch nicht für Investitionen verwendeten Mittel der allgemeinen Zuweisung nach dem Finanzausgleichsgesetz.

Aus der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen.

### **3.5.9.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Als Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind sämtliche Verpflichtungen auszuweisen, bei denen der LWV Hessen Leistungsempfänger ist. Dabei hat der Vertragspartner seinen Teil der Leistung bereits erbracht, die eigene Gegenleistung steht noch aus. Hierunter fallen auch Sicherheitseinbehalte.

Im Rahmen der Prüfung wurden von ausgewählten Lieferanten Saldenbestätigungen angefordert, um zu überprüfen, ob der Bilanzausweis zum 31.12.2023 zutreffend erfolgt ist. Hieraus ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.

### **3.5.9.4 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen beinhalten u. a. die vom LWV Hessen verwalteten liquiden Mittel der Stiftungsforsten Kloster Haina sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber den Vitos Gesellschaften und der ANLEI-Service GmbH.

Die Prüfung erfolgte durch eine Abstimmung der Verbindlichkeiten mit den vorgelegten Saldenbestätigungen der Vitos Gesellschaften, der ANLEI-Service GmbH und der Stiftungsforsten Kloster Haina. Hieraus ergaben sich keine Feststellungen.



### **3.5.9.5 Sonstige Verbindlichkeiten**

Diese Bilanzposition weist u. a. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer, Verwahrungen, erhaltene Anzahlungen, noch nicht zweckentsprechend verwendete Spenden, Kautionen, Verbindlichkeiten gegenüber dem Personal und das Jahresergebnis des Integrationsamtes aus.

Die sich aus dem Vermögen und den Schulden ergebenden Jahresergebnisse des Integrationsamtes werden unter dieser Position mit einem Betrag von rd. 164,4 Mio. EUR bilanziert. Darin ist das Ergebnis des Integrationsamtes für das Jahr 2023 in Höhe von rd. 8,3 Mio. EUR bereits enthalten. Mit dieser Buchungsweise soll gemäß einem Erlass des Landes Hessen vom 19.10.2006 das Netto-Vermögen der Ausgleichsabgabe als Verbindlichkeit des LWV Hessen gezeigt werden. Die Prüfung ergab, dass diese Vorgaben für das Haushaltsjahr 2023 umgesetzt wurden und das Jahresergebnis des Integrationsamtes zutreffend als Verbindlichkeit abgebildet wurde.

Darüber hinaus enthält diese Position auch Zahlungseingänge, für die eine Klärung der buchhalterischen Zuordnung noch aussteht. Darunter fallen alle Zahlungseingänge, bei denen zunächst unbekannt ist, welchem Personenkonto der Zahlungseingang zuzuordnen ist (sogenanntes Verwahrgeld). Weiterhin sind hier Zahlungseingänge ausgewiesen, bei denen eine Zuordnung zu einem Personenkonto möglich ist, aber für die auf dem Personenkonto keine entsprechende Forderung erfasst wurde (sogenanntes Akonto). Zum Bilanzstichtag betragen diese sich in Klärung befindlichen Zahlungseingänge rd. 2,3 Mio. EUR (Akonto und Verwahrgeld unter Berücksichtigung der Korrekturkonten). Die Verwahrgelder und Akonto-Bestände unterliegen einer ständigen Veränderung, da laufend Zahlungen eingehen bzw. diese von der Verbandshauptkasse in Verbindung mit den Fachbereichen geklärt werden. Die Verwaltung hat im Rahmen der Prüfung nachgewiesen, dass die Aufklärung dieser Posten betrieben wird.

### **3.5.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Rechnungsabgrenzungsposten stellt ein Instrument zur periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen dar. Die passive Rechnungsabgrenzung entsteht, wenn ein Ertrag des folgenden Jahres bereits im aktuellen Jahr eine Einnahme (Einzahlung, Forderung) darstellt.

<b>passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>31.12.2022 in EUR</b>	<b>31.12.2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	276.896,01	204.607,03	-72.288,98

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Renten-, Miet- und Pachteinahmen ausgewiesen, die Abrechnungszeiträume in Folgejahren betreffen. Es ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.6 Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung sind die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge den Aufwendungen gegenüberzustellen. Dabei gilt gemäß § 46 GemHVO, dass Erträge und Aufwendungen nicht miteinander verrechnet werden dürfen.

Die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen des Jahres 2023 belaufen sich insgesamt auf 2.182.096.265,88 EUR. Die Transferaufwendungen stellen mit einem Anteil von rd. 88 % an den Gesamtaufwendungen den größten Posten dar. Die ordentlichen und außerordentlichen Erträge des Jahres 2023 belaufen sich insgesamt auf 2.146.779.403,61 EUR. Die Erträge aus der Erhebung der Verbandsumlage stellen mit einem Anteil von rd. 76 % an den Gesamterträgen den größten Posten dar. Aus der Differenz zwischen den Erträgen und den Aufwendungen ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 35.316.862,27 EUR. Die Zusammenfassung der Ergebnisse ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

Gesamtergebnisrechnung	Jahresergebnis 2022 in EUR	Jahresergebnis 2023 in EUR	Veränderung in EUR
Verwaltungsergebnis	-79.672.733,80	45.757.432,73	125.430.166,53
Finanzergebnis	-924.908,88	-10.446.350,97	-9.521.442,09
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>-80.597.642,68</b>	<b>35.311.081,76</b>	<b>115.908.724,44</b>
außerordentliches Ergebnis	-48.227,20	5.780,51	54.007,71
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-80.645.869,88</b>	<b>35.316.862,27</b>	<b>115.962.732,15</b>
Verwendung der Rücklagen zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	80.597.642,68	-35.311.081,76	-115.908.724,44
Verwendung der Rücklagen zum Ausgleich des außerordentlichen Ergebnisses	48.227,20	-5.780,51	-54.007,71
<b>Jahresergebnis nach Rücklagenverwen- dung</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

In der Ergebnisrechnung stehen ein negativer Betrag für Ertrag/Überschuss und ein positiver Betrag für Aufwand/Fehlbetrag.

Die Prüfung ergab, dass

- der Aufbau der dem Jahresabschluss beigefügten Gesamtergebnisrechnung dem gesetzlichen Muster entspricht. Dieses Muster wurde erweitert, um eine ausgeglichene Gesamtergebnisrechnung vorlegen zu können,
- die Teilergebnisrechnungen mit der Gesamtergebnisrechnung übereinstimmen. Damit wurde eine vollständige Abbildung der Gesamtergebnisrechnung gewährleistet,
- Erlöse und Kosten aus internen Leistungsbeziehungen in den Teilergebnisrechnungen dargestellt worden sind,

- das Jahresergebnis im Rahmen der Ergebnisverwendung durch entsprechende Zuführungen und Entnahmen zu bzw. aus den Rücklagen ausgeglichen wurde. Gemäß dem Beschluss Nr. XIV/179 der Verbandsversammlung darf der Ausgleich des Jahresergebnisses bereits vor dem Feststellungs- und Ergebnisverwendungsbeschluss der Verbandsversammlung gebucht werden,
- den Posten der Ergebnisrechnung gemäß § 46 Abs. 2 GemHVO die fortgeschriebenen Planansätze des Ergebnishaushalts gegenübergestellt wurden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Positionen der Gesamtergebnisrechnung dargestellt.

### **3.6.1 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Die Kostenersatzleistungen und -erstattungen beziehen sich auf Kostenbeteiligungen anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften des Bundes, des Landes oder der Gemeinden sowie Kostenerstattungen der Vitos Gesellschaften für die vom LWV Hessen erbrachten Dienstleistungen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
3	548 - 549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-22.910.476,17	-19.957.890,88	2.952.585,29

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Kostenerstattungen durch Bund und Land für den Bereich der sozialen Entschädigung vermindert. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

### **3.6.2 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen**

Eine Hauptsäule der Finanzierung der Aufgaben des LWV Hessen stellt die Verbandsumlage dar. Diese ist von den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten als Mitglieder des LWV Hessen zu zahlen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	-1.569.103.908,00	-1.625.140.863,00	-56.036.955,00

Die Prüfung der Verbandsumlage führte zu folgenden Ergebnissen:

- Die Umlagegrundlagen des Hessischen Ministeriums für Finanzen wurden vom Fachbereich 106 korrekt in die internen Berechnungsblätter übernommen.
- Die Träger des LWV Hessen wurden vollständig erfasst.

- Die ermittelten Verbandsumlagebeträge stimmen mit den Festsetzungsbescheiden überein.
- Der Hebesatz wurde in § 5 der Haushaltssatzung des LWV Hessen festgelegt.
- Das Gesamtaufkommen der Verbandsumlage wurde aus der Differenz des Gesamtbetrages der ordentlichen Erträge und des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen unter Einbeziehung der geplanten Rücklagenentnahme ermittelt.
- Die anteilig den einzelnen Trägern zugewiesenen Verbandsumlagebeträge wurden rechnerisch richtig ermittelt.
- Die Verbandsumlage wurde auf dem zutreffenden Sachkonto gebucht.
- Die Verbandsumlage wurde bis auf geringfügige Differenzen vollständig gezahlt.
- Die Höhe der Verbandsumlage ist auch davon abhängig, wieviel der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in der Planung entnommen werden soll. Der Bestand dieser Rücklage hat sich zum 31.12.2023 auf rd. 140,7 Mio. EUR vermindert. Für das Haushaltsjahr 2024 wird gemäß Haushaltssatzung eine Verwendung aus der Rücklage in Höhe von 66,2 Mio. EUR festgesetzt.

### 3.6.3 Erträge aus Transferleistungen

Die Erträge aus Transferleistungen resultieren im Wesentlichen aus Erstattungs- bzw. Ersatzansprüchen im Bereich der Eingliederungshilfe, Sozialhilfe sowie der Ausgleichsabgabe. Darüber hinaus werden Kostenerstattungen im Zusammenhang mit den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Blindenhilfen oder Hilfen für gehörlose Menschen erfasst.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
6	547	Erträge aus Transferleistungen	-259.535.512,52	-259.145.299,45	390.213,07

Auf Grund der risikoorientierten Prüfungsplanung hat die Revision 2023 eine erneute repräsentative Stichprobenprüfung der Transferaufwendungen und -Erträge des Produktes 10305027 bezüglich der Leistungen in besonderen Wohnformen durchgeführt.

Aus dem Prüffeld wurden die Betreuungsakten von 399 LB ausgewählt. Die Stichprobengröße von 399 Fällen lässt als mathematisch-statistische Kenngröße ein Vertrauensniveau (Konfidenzniveau) von 95 % und eine Fehlergrenze von 95 % zu. Die Auswahl der geprüften Leistungsfälle erfolgte per Zufall.

Die Prüfung führte zur Feststellung von finanziellen Risiken, die die monetäre Wesentlichkeitsgrenze des Prüfungsfeldes mit einer 95 % Wahrscheinlichkeit unter der Berücksichtigung von 5 % Fehlerrisiko überstiegen. Die geprüften Organisationseinheiten haben jedoch bereits im Verlauf der Prüfung begonnen, die mit der Revision diesbezüglich vereinbarten Maßnahmen zur Reduzierung dieser finanziellen Risiken erfolgreich umzusetzen. Zur Sicherstellung der

weiteren Risikominimierung wird die Revision den Umsetzungsprozess der vereinbarten Maßnahmen abschließend verfolgen.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen beurteilt die Revision die Erträge aus Transferleistungen 2023 daher als ordnungsgemäß.

### **3.6.4 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen**

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen stellen eine weitere Finanzierungssäule des LWV Hessen dar. Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der allgemeinen Finanzaufweisung.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
7	540 - 543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-163.097.563,37	-171.372.113,34	-8.274.549,97

In den vorstehenden Erträgen ist die Finanzaufweisung an den LWV Hessen in Höhe von 165 Mio. EUR enthalten. Feststellungen haben sich zu dieser Position nicht ergeben.

### **3.6.5 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionsaufweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**

Empfangene Investitionsaufweisungen, -zuschüsse und -beiträge wirken sich ergebniserhöhend aus, wenn sie aufgelöst werden. Sie sind gemäß § 38 Abs. 4 GemHVO nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis zeitbezogen oder über einen Zeitraum von zehn Jahren, sofern ein Maßnahmenbezug nicht herstellbar ist, aufzulösen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionsaufweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-11.805.846,07	-12.731.570,22	-925.724,15

Im Rahmen der Prüfung war festzustellen, dass die Auflösung der Sonderposten analog zu der Abschreibung der bezuschussten Gegenstände zutreffend erfolgt ist.

### 3.6.6 Sonstige ordentliche Erträge

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
9	53	sonstige ordentliche Erträge	-72.632.254,54	-45.607.284,90	27.024.969,64

Die Position enthält u. a. Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen. Die Auflösung wirkt sich ergebniserhöhend aus und ist gemäß § 39 Abs. 3 GemHVO nur dann vorzunehmen, wenn der Grund für ihre Rückstellungsbildung entfallen ist und die Rückstellung nicht verbraucht wurde.

Die Erträge aus der Auflösung der Rückstellungen für Transferaufwendungen betragen rd. 18,0 Mio. EUR und die Erträge aus der Auflösung der Pensions-, Beihilfen- und Altersteilzeitrückstellungen rd. 3,2 Mio. EUR. Die Prüfung erfolgte innerhalb des korrespondierenden Postens im Prüfungsfeld Rückstellungen. Auf die Gliederungsziffer [3.5.8](#) wird verwiesen.

Ein weiterer Bestandteil der Position sonstige ordentliche Erträge sind die Erträge aus Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Transferleistungen. Diese belaufen sich auf rd. 19,5 Mio. EUR. Im Rahmen der Prüfung ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.6.7 Personalaufwendungen

Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem beim LWV Hessen beschäftigten Personal entstehen, werden unter dieser Position der Ergebnisrechnung erfasst. Hierzu gehören insbesondere die Entgelte für Beschäftigte und die Bezüge der Beamten. Darüber hinaus sind in den Personalaufwendungen auch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen und aus Lebensarbeitszeitkonten enthalten.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
11	62, 63, 640 - 643, 647 - 649, 65	Personalaufwendungen	91.254.949,62	95.829.963,31	4.575.013,69

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wurde stichprobenartig überprüft, ob die im Personalabrechnungsprogramm LOGA erfassten Daten zutreffend nach SAP übergeleitet wurden. Des Weiteren wurden Plausibilitätsprüfungen durch Zeitreihenvergleiche und Relationen von z. B. Aufwand für den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung zum Entgelt für geleistete Arbeitszeit durchgeführt. Aus der Prüfung haben sich keine Feststellungen ergeben.

Im Übrigen wird auf die Prüfungen im Personalwesen im Schlussbericht 2023 – Teil II, Kapitel 7, verwiesen.

### **3.6.8 Versorgungsaufwendungen**

Diese Position enthält Aufwendungen, die im Wesentlichen aus der Zuführung zu den Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen, den Aufwendungen für Dienstherrnwechsel sowie den laufenden Aufwendungen für Versorgungsbezüge und Beihilfen resultieren.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
12	644 - 646	Versorgungsaufwendungen	30.516.479,20	35.185.253,25	4.668.774,05

Die in den Versorgungsaufwendungen enthaltenen Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen wurden im Zusammenhang mit der Bilanzposition der Rückstellungen geprüft. Auf die Gliederungsziffer [3.5.8](#) wird verwiesen.

Die Bearbeitung der Beihilfen und Versorgungsfälle erfolgt durch die KVK Kassel. Die Revision der KVK Kassel teilte mit, dass die Prüfung der Festsetzung der Versorgungsfälle für das Jahr 2023 zu keinen Beanstandungen geführt hat.

### **3.6.9 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Die Sach- und Dienstleistungen bilden die regelmäßig wiederkehrenden, im Rahmen der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit des LWV Hessen anfallenden Aufwendungen ab. Hierzu gehören u. a. die Instandhaltungsaufwendungen der Gebäude und Außenanlagen, die Schülerbeförderungskosten, die Aufwendungen für Sachverständige sowie die nicht investive Büroausstattung. Darüber hinaus werden auch die Zuweisungen an die Fraktionen in dieser Position ausgewiesen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
13	60, 61, 67 - 69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.483.344,11	36.427.429,90	3.944.085,79

Die Abbildung von einzelnen Geschäftsvorfällen in der Rechnungslegung einschließlich der Abstimmung mit begründenden Unterlagen wurde stichprobenweise geprüft. Wesentliche Feststellungen haben sich nicht ergeben.



### 3.6.10 Abschreibungen

In dieser Position sind die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Wertberichtigungen und Abschreibungen auf die Forderungen enthalten.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
14	66	Abschreibungen	14.067.355,61	14.350.436,39	283.080,78

Im Zusammenhang mit der Prüfung des Anlagevermögens wurden die festgesetzten Nutzungsdauern, die Daten zum Abschreibungsbeginn und die sich daraus ergebenden Abschreibungsbeträge stichprobenweise geprüft. Außerdem wurde die Anlagenbuchhaltung mit der Finanzbuchhaltung bezüglich der ausgewiesenen Abschreibungsbeträge abgestimmt. Es ergaben sich keine Feststellungen.

Die Wertberichtigungen wurden im Zusammenhang mit den Forderungen geprüft. Im Ergebnis war festzustellen, dass die im Geschäftsjahr 2023 vorgenommene Wertberichtigung in Übereinstimmung mit der LWV-internen Regelung zur Wertberichtigung auf Forderungen erfolgte.

### 3.6.11 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse beinhalten die Zuweisungen für laufende Zwecke sowie die Zuweisungen für Investitionen von untergeordneter Bedeutung. Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung einer Investitionszuweisung hat die Verwaltung eine Betragsgrenze von 20.000 EUR festgesetzt. Darüber hinaus wird über diese Position auch der Ergebnisausgleich des Integrationsamtes abgewickelt.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	80.408.702,99	86.680.025,68	6.271.322,69

Von rd. 86,7 Mio. EUR Jahresaufwand entfallen rd. 85,1 Mio. EUR auf den Bereich des Integrationsamtes.

In 2023 hat die Revision in den Prüfungsfeldern, die diese Aufwendungen des Integrationsamtes betreffen, Kenntnis von allen wesentlichen Vorlagen des Fachbereichs 214 an den Verwaltungsausschuss genommen. Außerdem wurden im Bereich der Ausgleichsabgabe die flächendeckende Einrichtung von Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitsgeber (EAA) sowie die Durchführung des Projektes „Fachberatung für Inklusion“ mit den Handwerkskammern Kassel, Wiesbaden und Frankfurt-Rhein-Main sowie mit den Industrie- und Handelskammern Kassel-



Marburg und Gießen-Friedberg. Wesentliche Fehler wurden bei den Kenntnissnahmen der Vorlagen und der Prüfungen nicht festgestellt.

In 2023 hat das Integrationsamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.276.814,24 EUR erzielt. Dieser wird in den Positionen der vorstehenden Aufwendungen für Zuweisungen ergebnismindernd dargestellt und den sonstigen Verbindlichkeiten zugeführt. Mit dieser Buchungsweise soll gemäß einem Erlass des Landes Hessen vom 19.10.2006 das Netto-Vermögen der Ausgleichsabgabe als Verbindlichkeit des LWV Hessen gezeigt werden.

### **3.6.12 Transferaufwendungen**

In den Transferaufwendungen werden die Eingliederungshilfen, Blindenhilfen, Hilfen für gehörlose Menschen, Sozialhilfeleistungen, Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten etc. ausgewiesen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
17	72	Transferaufwendungen	1.770.660.403,67	1.911.213.362,91	140.552.959,24

Auf Grund der risikoorientierten Prüfungsplanung hat die Revision 2023 eine erneute repräsentative Stichprobenprüfung der Transferaufwendungen und -erträge des Produktes 10305027 bezüglich der Leistungen in besonderen Wohnformen durchgeführt.

Aus dem Prüfungsfeld wurden die Betreuungsakten von 399 Leistungsberechtigte ausgewählt. Die Stichprobengröße von 399 Fällen lässt als mathematisch-statistische Kenngröße ein Vertrauensniveau (Konfidenzniveau) von 95 % und eine Fehlergrenze von 95 % zu. Die Auswahl der geprüften Leistungsfälle erfolgte per Zufall.

Die Prüfung führte zur Feststellung von finanziellen Risiken, die die monetäre Wesentlichkeitsgrenze des Prüfungsfeldes mit einer 95 % Wahrscheinlichkeit unter der Berücksichtigung von 5 % Fehlerrisiko überstiegen. Die geprüften Organisationseinheiten haben jedoch bereits im Verlauf der Prüfung begonnen, die mit der Revision diesbezüglich vereinbarten Maßnahmen zur Reduzierung dieser finanziellen Risiken erfolgreich umzusetzen. Zur Sicherstellung der weiteren Risikominimierung wird die Revision den Umsetzungsprozess der vereinbarten Maßnahmen abschließend verfolgen.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen beurteilt die Revision die Transferaufwendungen 2023 daher als ordnungsgemäß.

**3.6.13 Finanzerträge, Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Das Finanzergebnis in der Ergebnisrechnung umfasst die Finanzerträge und die Zinsen und ähnliche Aufwendungen.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
21	56, 57	Finanzerträge	-1.712.734,34	-12.701.541,68	-10.988.807,34
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	787.825,46	2.255.190,71	1.467.365,25

Die Finanzerträge betreffen mit rd. 11,8 Mio. EUR die Zinsen aus der Bewirtschaftung des Kassenbestands und mit rd. 0,9 Mio. EUR die Zinsen für gewährte Darlehen.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die Zinsen für Kredite in Höhe von rd. 0,3 Mio. EUR, die Auflösung der Ansparraten in Höhe von 0,1 Mio. EUR und die Verzinsung der Abrechnungskonten der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Die aus Krediten resultierenden Zinsaufwendungen wurden durch Berechnungen auf der Grundlage der Kreditvertragsbedingungen plausibilisiert. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

**3.6.14 Außerordentliche Aufwendungen und Erträge**

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge sind im Einzelfall erhebliche Aufwendungen und Erträge, die selten oder unregelmäßig anfallen oder die wirtschaftlich andere Haushaltsjahre betreffen. Zu den außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen gehören auch Aufwendungen und Erträge aus dem Abgang bzw. der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Pos.	Konten	Bezeichnung	31.12.2022 in EUR	31.12.2023 in EUR	Veränderung in EUR
27	59	außerordentliche Erträge	-140.930,06	-122.690,14	18.239,92
28	79	außerordentliche Aufwendungen	92.702,86	128.470,65	35.767,79

Die Position außerordentliche Erträge enthält im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens, bedingt durch Anlagenabgänge.

Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich um die Aufwendungen aus dem Abgang von Restbuchwerten des Anlagevermögens.

Geprüft wurde, ob die vorgenommene Zuordnung der Buchungen zum außerordentlichen Ergebnis zutreffend ist. Hieraus ergaben sich keine Feststellungen.

### 3.7 Finanzrechnung

Beim LWV Hessen kommt die direkte Gesamtf finanzrechnung zur Anwendung.

Die Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

<b>Gesamtf finanzrechnung</b>	<b>Ergebnis des Haushaltsjahres 2022 in EUR</b>	<b>Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 in EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	-77.600.841,23	2.325.125,29	79.925.966,52
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	26.165.157,37	9.261.714,89	-16.903.442,48
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	-58.882,25	4.826.964,56	4.885.846,81
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-6.177.410,20	-102.918.856,85	-96.741.446,65
<b>Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haus- haltsjahres</b>	<b>-454.832.150,04</b>	<b>-512.504.126,35</b>	<b>-57.671.976,31</b>
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres	-57.671.976,31	-86.505.052,11	-28.833.075,80
<b>Zahlungsmittelbestand am Ende des Haus- haltsjahres</b>	<b>-512.504.126,35</b>	<b>-599.009.178,46</b>	<b>-86.505.052,11</b>

In der Finanzrechnung stehen ein negativer Betrag für Einzahlung/Überschuss und ein positiver Betrag für Auszahlung/Fehlbetrag.

Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass

- das Ergebnis des Haushaltsjahres zutreffend dargestellt wurde,
- die Zusammenfassung der Finanzrechnung des LWV Hessen ohne Integrationsamt mit der Finanzrechnung Integrationsamt zur Finanzrechnung LWV Hessen rechnerisch korrekt erfolgte,
- sich die Finanzrechnungen des Jahresabschlusses aus der Finanzbuchhaltung (SAP) ableiten lassen,
- der Zahlungsmittelbestand der Gesamtf finanzrechnung und der Bestand der flüssigen Mittel in der Bilanz zum Stichtag 31.12.2023 übereinstimmen,
- die Gliederung der Finanzrechnung den Vorgaben des § 47 Abs. 1 GemHVO entspricht,
- den Posten der Finanzrechnung gemäß § 47 Abs. 2 GemHVO die fortgeschriebenen Planansätze des Finanzhaushalts gegenübergestellt und die Planabweichungen dargestellt wurden.

### 3.8 Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung des Integrationsamtes

Für die vom Fachbereich 214 verwaltete Ausgleichsabgabe wird unter Anwendung der für den LWV Hessen geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsregelungen der GemHVO eine gesonderte Vermögens-, Finanz- und Ergebnisrechnung geführt. Diese gesonderten Rechnungen ergeben zusammen mit den Rechnungen für die Verwaltung und die Schulen des LWV Hessen die Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung des Verbandes, die von der Versammlung beschlossen wird.

Bereich	Vermögensrechnung 2023 Bilanzsumme in EUR	Finanzrechnung 2023 Zahlungsmittelbestand in EUR	Ergebnisrechnung 2023 Jahresergebnis in EUR
Integrationsamt	215.992.229,57	-175.618.154,96	0,00
LWV Hessen ohne Integrationsamt	888.101.312,48	-423.391.023,50	35.316.862,27
<b>LWV Hessen</b>	<b>1.104.093.542,05</b>	<b>-599.009.178,46</b>	<b>35.316.862,27</b>

In der Ergebnisrechnung stehen ein negativer Betrag für Ertrag/Überschuss und ein positiver Betrag für Aufwand/Fehlbetrag.  
In der Finanzrechnung stehen ein negativer Betrag für Einzahlung/Überschuss und ein positiver Betrag für Auszahlung/Fehlbetrag.

Die Buchung der Geschäftsvorfälle des Integrationsamtes erfolgt im SAP-System über den Buchungskreis 2000. Der LWV Hessen ohne das Integrationsamt wird im Buchungskreis 1000 abgebildet.

Auf der Aktivseite der Vermögensrechnung der Ausgleichsabgabe werden im Wesentlichen die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse, Darlehen sowie die Forderungen aus Transferleistungen und die flüssigen Mittel ausgewiesen. Für die flüssigen Mittel des Integrationsamtes sind eigene Bankkonten eingerichtet. Auf der Passivseite der Vermögensrechnung der Ausgleichsabgabe werden im Wesentlichen Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten aus Transferleistungen und sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Prüfung dieser Positionen erfolgte innerhalb der in Gliederungsziffer [3.5](#) bis [3.7](#) dargestellten Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnungspositionen.

Zu erwähnen ist die Bilanzierungsweise des vom Integrationsamt erzielten Jahresergebnisses. Dieses wird unter Bezug auf den Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 19.10.2006 in der Gesamtbilanz als sonstige Verbindlichkeit bilanziert. Der sich für das Jahr 2023 ergebende Überschuss in Höhe von 8.276.814,24 EUR wurde ergebniswirksam in die sonstigen Verbindlichkeiten umbucht, so dass die Ergebnisrechnung für das Integrationsamt ausgeglichen ist, d. h. mit 0,00 EUR abschließt. Das Eigenkapital des LWV Hessen wird somit durch die Ausgleichsabgabe nicht berührt.

### **3.9 Anhang**

Der Anhang ist gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO dem Jahresabschluss als Anlage beizufügen. Im Anhang sind die wesentlichen Posten der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung zu erläutern.

Der dem Jahresabschluss 2023 des LWV Hessen beigefügte Anhang enthält Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, den einzelnen Posten der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie weitere Angaben zu den Organen, dem Personalbestand, den Beteiligungen und den Haftungsverhältnissen. Die Erläuterungen sind umfassend und entsprechen den gesetzlichen Regelungen.

Im Übrigen wurden dem Anhang die nach § 50 Abs. 2 GemHVO, § 52 GemHVO und § 112 HGO erforderlichen Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten, die fremden Zahlungsmittel und die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beigefügt. Außerdem wurde von der Verwaltung eine Übersicht über das Eigenkapital erstellt.

Die Prüfung ergab, dass der Anhang

- mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- die wesentlichen Posten der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung angemessen erläutert,
- die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden insgesamt zutreffend darstellt sowie
- alle weiteren nach § 50 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

### **3.10 Rechenschaftsbericht**

Im Rechenschaftsbericht sind gemäß § 51 Abs. 1 GemHVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

Gemäß § 51 Abs. 2 GemHVO soll der Rechenschaftsbericht auch Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien, Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung sowie wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen enthalten.

Die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken umfasst die Bereiche Eingliederungshilfe, soziale Entschädigung, Ausgleichsabgabe, Kapitalmarkt sowie Schulen und Beteiligungen.

Die Beschreibung des Verlaufes der Haushaltswirtschaft sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragsentwicklung wird zusätzlich um eine kennzahlenbasierte Jahresabschlussanalyse ergänzt, welche sowohl rechnerisch als auch schriftlich dargestellt wird. Die im Haushalt dargestellten Ziele sowie ihre Zielerreichung sind weiterer Bestandteil des Rechenschaftsberichtes.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des LWV Hessen vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nachvollziehbar darstellt sowie
- alle weiteren nach § 51 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Im Hinblick auf die Konsistenz der Berichterstattung gegenüber den Gremien wurde der Verwaltung empfohlen, dass im Rechenschaftsbericht die Risiken und Chancen, wie sie sich aus der Einbringung des Haushalts des Folgejahres und der Einbringung der Eckwerteplanung des übernächsten Jahres ergeben, dargestellt werden. Die Verwaltung führte hierzu aus, dass diese Empfehlung nicht umgesetzt wird, da eine Wiederholung von bereits kurz vorher den Gremien in einem aktuelleren Zusammenhang zu Kenntnis gegebenen Unwägbarkeiten unter Bezug auf die Übersichtlichkeit und konzentrierte Darstellung im Rechenschaftsbericht als entbehrlich angesehen wird.

Im Übrigen ist festzustellen, dass ein dokumentiertes Risikomanagementsystem, welches Risiken systematisch und vollständig erfasst sowie bewertet und alle Organisationseinheiten umfasst, noch nicht vorhanden ist. Auf die Gliederungsziffer [3.4.3](#) wird verwiesen.

#### **4. Bestätigungsvermerk der Revision**

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Revision dem Jahresabschluss, dem Rechenschaftsbericht sowie der Haushaltswirtschaft zum 31.12.2023 folgenden Bestätigungsvermerk:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung des Rechenschaftsberichtes und der Haushaltswirtschaft des LWV Hessen für das Haushaltsjahr 2023 geprüft. Die Aufstellung von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht sowie die Haushaltswirtschaft liegen in der Verantwortung des Verwaltungsausschusses. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten

Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss, den Rechenschaftsbericht und die Haushaltswirtschaft abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach § 128 HGO vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

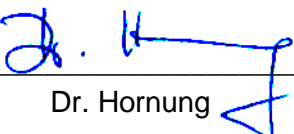
Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des LWV Hessen sowie die Erwartungen möglicher Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in dem Jahresabschluss, dem Rechenschaftsbericht und der Haushaltswirtschaft überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Verwaltungsausschusses sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses, des Rechenschaftsberichts und der Haushaltswirtschaft. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unter Berücksichtigung der Prüfungsergebnisse ist festzustellen, dass der Haushaltsplan eingehalten und die Haushaltswirtschaft ordnungsgemäß geführt wurde. Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen des LWV Hessen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes. Der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes und stellt einzelne Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung dar.

Kassel, 04.11.2024

Die Leiterin der Revision  
des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

  
\_\_\_\_\_  
Dr. Hornung

Der Leiter des  
Prüfungsbereichs Finanzwesen

  
\_\_\_\_\_  
Peter

## **Anlagenverzeichnis**

Anlage I:     geprüfte Vermögensrechnung  
Anlage II:    geprüfte Ergebnisrechnung  
Anlage III:   geprüfte Finanzrechnung



# geprüfte Vermögensrechnung

# Anlage I

Pos.	Bezeichnung	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR	Pos.	Bezeichnung	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	<b>Aktiva</b>				<b>Passiva</b>		
1.	<b>Anlagevermögen</b>	425.174.357,30	430.823.596,86	1.	<b>Eigenkapital</b>	176.798.556,14	212.115.418,41
1.1	<b>immaterielle Vermögensgegenstände</b>	32.417.249,32	31.840.709,52	1.1	<b>Netto-Position</b>	4.722.960,11	4.722.960,11
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.637.387,13	1.720.105,28	1.2	<b>Kapitalrücklagen (rechtlich selbständige Stiftungen)</b>	20.332.171,98	19.897.963,71
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	30.779.862,19	30.120.604,24	1.3	<b>Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital</b>	151.743.424,05	187.494.494,59
1.2	<b>Sachanlagen</b>	144.192.244,16	141.496.560,09	1.3.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	140.779.541,72	176.323.560,93
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	24.499.183,74	24.499.183,74	1.3.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.538.655,81	1.544.436,32
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	100.845.642,54	101.205.451,42	1.3.3	zweckgebundene Rücklagen	6.784.391,72	7.034.729,33
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.050.967,48	1.052.747,31	1.3.4	Sonderrücklagen	2.310.042,63	2.267.603,85
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	1.507.236,70	1.615.564,70	1.3.5	Stiftungskapital (rechtlich unselbständige Stiftungen)	330.792,17	324.164,16
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.854.660,33	8.406.317,62	1.4	<b>Ergebnisverwendung</b>	0,00	0,00
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.434.553,37	4.717.295,30	2.	<b>Sonderposten</b>	109.745.701,38	106.964.419,13
1.3	<b>Finanzanlagen</b>	248.564.863,82	257.486.327,25	2.1	<b>Sonderposten für erhaltene Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionsbeiträge</b>	109.745.701,38	106.964.419,13
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	179.450.113,51	179.450.113,51	2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	90.591.669,38	90.170.950,42
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	32.112,18	36.562,07
1.3.3	Beteiligungen	5.754.518,71	5.754.518,71	2.1.3	Investitionsbeiträge	19.121.919,82	16.756.906,64
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	44.912.749,09	47.728.314,26	2.2	<b>Sonderposten für den Gebührenaussgleich</b>	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1,00	1,00	2.3	<b>Sonderposten für Umlagen nach § 50 Abs. 3 FAG</b>	0,00	0,00
1.3.6	sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	18.447.481,51	24.553.379,77	2.4	<b>sonstige Sonderposten</b>	0,00	0,00
1.4	<b>sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	0,00	0,00	3.	<b>Rückstellungen</b>	406.530.701,24	364.461.515,16
2.	<b>Umlaufvermögen</b>	663.597.696,78	573.993.790,07	3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	240.389.459,17	228.944.892,71
2.1	<b>Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	43.362,33	43.362,33	3.2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz	0,00	0,00
2.2	<b>fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren</b>	0,00	0,00	3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
2.3	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	64.545.155,99	61.446.301,39	3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen	29.751.451,78	33.767.374,04	3.5	<b>sonstige Rückstellungen</b>	166.141.242,07	135.516.622,45
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	0,00	207,00	4.	<b>Verbindlichkeiten</b>	410.813.976,26	340.831.933,52
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	133.424,48	137.942,79	4.1	<b>Verbindlichkeiten aus Anleihen</b>	0,00	0,00
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	14.575.582,52	14.115.054,48	4.2	<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</b>	14.187.638,64	18.434.324,16
2.3.5	sonstige Vermögensgegenstände	20.084.697,21	13.425.723,08	4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr: 2.429.892,25 EUR)	8.420.801,21	11.866.309,44
2.4	<b>flüssige Mittel</b>	599.009.178,46	512.504.126,35	4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern (davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr: 307.894,30 EUR)	2.464.653,85	2.793.233,78
3.	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	15.321.487,97	19.832.795,30	4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern (davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr: 257.183,58 EUR)	3.302.183,58	3.774.780,94
				4.3	<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung</b>	0,00	0,00
				4.4	<b>Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</b>	0,00	0,00
				4.5	<b>Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen</b>	104.577.213,91	128.443.706,12
				4.6	<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	3.833.190,47	2.845.409,31
				4.7	<b>Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnliche Abgaben</b>	0,00	0,00
				4.8	<b>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen</b>	120.198.758,89	21.635.686,98
				4.9	<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	168.017.174,35	169.472.806,95
				5.	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	204.607,03	276.896,01
	<b>Summe AKTIVA</b>	1.104.093.542,05	1.024.650.182,23		<b>Summe PASSIVA</b>	1.104.093.542,05	1.024.650.182,23

## geprüfte Ergebnisrechnung

## Anlage II

Pos.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2022 EUR	fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2023 EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 EUR	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/Ergebnis Sp. 5./6 EUR
1	2	3	4	5	6	7
1	50	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
2	51	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	-150,00	150,00
3	548 - 549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-22.910.476,17	-24.004.362,00	-19.957.890,88	-4.046.471,12
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-1.569.103.908,00	-1.625.209.654,00	-1.625.140.863,00	-68.791,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	-259.535.512,52	-270.008.129,00	-259.145.299,45	-10.862.829,55
7	540 - 543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-163.097.563,37	-170.631.039,00	-171.372.113,34	741.074,34
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-11.805.846,07	-12.110.280,00	-12.731.570,22	621.290,22
9	53	sonstige ordentliche Erträge	-72.632.254,54	-16.560.879,00	-45.607.284,90	29.046.405,90
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)</b>	<b>-2.099.085.560,67</b>	<b>-2.118.524.343,00</b>	<b>-2.133.955.171,79</b>	<b>15.430.828,79</b>
11	62, 63, 640 643, 647 - 649, 65	Personalaufwendungen	91.254.949,62	101.677.471,00	95.829.963,31	5.847.507,69
12	644 - 646	Versorgungsaufwendungen	30.516.479,20	30.850.686,00	35.185.253,25	-4.334.567,25
13	60, 61, 67 - 69 (697)	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen davon: Einstellungen in Sonderposten	32.483.344,11 0,00	71.953.852,92 0,00	36.427.429,90 0,00	35.526.423,02 0,00
14	66	Abschreibungen	14.067.355,61	14.722.904,00	14.350.436,39	372.467,61
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	80.408.702,99	76.223.905,00	86.680.025,68	-10.456.120,68
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	72	Transferaufwendungen	1.770.660.403,67	1.913.186.618,00	1.911.213.362,91	1.973.255,09
18	70, 74, 76	sonstige ordentliche Aufwendungen	21.591,67	35.205,00	26.133,08	9.071,92
19		<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 bis 18)</b>	<b>2.019.412.826,87</b>	<b>2.208.650.641,92</b>	<b>2.179.712.604,52</b>	<b>28.938.037,40</b>
20		<b>Verwaltungsergebnis (Position 10 ./. Position 19)</b>	<b>-79.672.733,80</b>	<b>90.126.298,92</b>	<b>45.757.432,73</b>	<b>44.368.866,19</b>
21	56, 57	Finanzerträge	-1.712.734,34	-1.551.900,00	-12.701.541,68	11.149.641,68
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	787.825,46	351.600,00	2.255.190,71	-1.903.590,71
23		<b>Finanzergebnis (Position 21 ./. Position 22)</b>	<b>-924.908,88</b>	<b>-1.200.300,00</b>	<b>-10.446.350,97</b>	<b>9.246.050,97</b>
24		<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Positionen 10 und 21)</b>	<b>-2.100.798.295,01</b>	<b>-2.120.076.243,00</b>	<b>-2.146.656.713,47</b>	<b>26.580.470,47</b>
25		<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 19 und 22)</b>	<b>2.020.200.652,33</b>	<b>2.209.002.241,92</b>	<b>2.181.967.795,23</b>	<b>27.034.446,69</b>
26		<b>Ordentliches Ergebnis (Position 24 ./. Position 25)</b>	<b>-80.597.642,68</b>	<b>88.925.998,92</b>	<b>35.311.081,76</b>	<b>53.614.917,16</b>
27	59	Außerordentliche Erträge	-140.930,06	0,00	-122.690,14	122.690,14
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	92.702,86	0,00	128.470,65	-128.470,65
29		<b>Außerordentliches Ergebnis (Position 27 ./. Position 28)</b>	<b>-48.227,20</b>	<b>0,00</b>	<b>5.780,51</b>	<b>-5.780,51</b>
30		<b>Jahresergebnis (Positionen 26 und 29)</b>	<b>-80.645.869,88</b>	<b>88.925.998,92</b>	<b>35.316.862,27</b>	<b>53.609.136,65</b>
<b>Ausgleich des Jahresergebnisses</b>						
31		Verwendung der Rücklagen zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	80.597.642,68		-35.311.081,76	
32		Verwendung der Rücklagen zum Ausgleich des außerordentlichen Ergebnisses	48.227,20		-5.780,51	
33		<b>Jahresergebnis nach Rücklagenverwendung (Positionen 30, 31 und 32)</b>	<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	
nachrichtlich: Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge (ErgVJ + VVJ)						

## Schlussbericht 2023

– Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 und  
des Rechenschaftsberichts 2023 des LWV Hessen –

# geprüfte Finanzrechnung

# Anlage III

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2022 EUR	fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2023 EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 EUR	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/Ergebnis Sp. 4./5 EUR
1	2	3	4	5	6
1	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
2	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-500,00	0,00	-100,00	100,00
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-23.269.978,51	-24.004.362,00	-19.791.791,37	-4.212.570,63
4	Steuern und steuerähnliche Einzahlungen einschließlich Einzahlungen aus gesetzlichen Umlagen	-1.569.103.701,00	-1.625.209.654,00	-1.625.141.070,00	-68.584,00
5	Einzahlungen aus Transferleistungen	-260.001.115,01	-270.008.129,00	-260.504.125,44	-9.504.003,56
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-162.991.260,89	-170.631.039,00	-171.051.703,64	420.664,64
7	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-919.606,54	-1.521.400,00	-9.712.627,52	8.191.227,52
8	sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	-17.521.219,63	-15.319.329,00	-24.685.271,08	9.365.942,08
9	<b>Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)</b>	<b>-2.033.807.381,58</b>	<b>-2.106.693.913,00</b>	<b>-2.110.886.689,05</b>	<b>4.192.776,05</b>
10	Personalauszahlungen	90.348.290,02	101.102.571,00	95.226.389,59	5.876.181,41
11	Versorgungsauszahlungen	20.895.342,83	22.001.586,00	20.569.224,19	1.432.361,81
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.708.473,50	71.953.852,92	35.815.565,83	36.138.287,09
13	Auszahlungen für Transferleistungen	1.747.411.771,31	1.913.186.618,00	1.888.624.349,05	24.562.268,95
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	64.004.982,54	66.454.136,00	70.693.906,34	-4.239.770,34
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	22.089,83	35.205,00	25.993,08	9.211,92
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	815.590,32	351.600,00	2.256.386,26	-1.904.786,26
17	sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	<b>Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 10 bis 17)</b>	<b>1.956.206.540,35</b>	<b>2.175.085.568,92</b>	<b>2.113.211.814,34</b>	<b>61.873.754,58</b>
19	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Position 9 ./. Position 18)</b>	<b>-77.600.841,23</b>	<b>68.391.655,92</b>	<b>2.325.125,29</b>	<b>66.066.530,63</b>
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	-485.364,97	-1.304.400,00	-445.544,21	-858.855,79
	davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	-67.744,43	0,00	-71.724,38	71.724,38
21	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	-50.826,57	0,00	-3.355,00	3.355,00
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	-5.915.124,31	-5.124.792,00	-5.302.529,87	177.737,87
23	<b>Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Positionen 20 bis 22)</b>	<b>-6.451.315,85</b>	<b>-6.429.192,00</b>	<b>-5.751.429,08</b>	<b>-677.762,92</b>
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	10.036,93	251.950,41	0,00	251.950,41
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.511.845,16	24.405.768,34	4.239.431,46	20.166.336,88
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	8.122.401,13	20.369.306,17	10.761.692,51	9.607.613,66
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	20.972.190,00	55.000,00	12.020,00	42.980,00
28	<b>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Positionen 24 bis 27)</b>	<b>32.616.473,22</b>	<b>45.082.024,92</b>	<b>15.013.143,97</b>	<b>30.068.880,95</b>
29	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Position 23 ./. Position 28)</b>	<b>26.165.157,37</b>	<b>38.652.832,92</b>	<b>9.261.714,89</b>	<b>29.391.118,03</b>
30	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Positionen 19 und 29)</b>	<b>-51.435.683,86</b>	<b>107.044.488,84</b>	<b>11.586.840,18</b>	<b>95.457.648,66</b>
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-3.544.599,01	-281.000,00	-270.876,42	-10.123,58
32	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.485.716,76	4.782.700,00	5.097.840,98	-315.140,98
	davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	3.446.304,80	0,00	5.045.243,62	-5.045.243,62
33	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Position 31 ./. Position 32)</b>	<b>-58.882,25</b>	<b>4.501.700,00</b>	<b>4.826.964,56</b>	<b>-325.264,56</b>
34	<b>Änderung des Zahlungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Position 30 und Position 33)</b>	<b>-51.494.566,11</b>	<b>111.546.188,84</b>	<b>16.413.804,74</b>	<b>95.132.384,10</b>
35	haushaltsunwirksame Einzahlungen	-6.397.240,05	0,00	-107.250.799,33	107.250.799,33
36	haushaltsunwirksame Auszahlungen	219.829,85	0,00	4.331.942,48	-4.331.942,48
37	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Position 35 ./. Position 36)</b>	<b>-6.177.410,20</b>	<b>0,00</b>	<b>-102.918.856,85</b>	<b>102.918.856,85</b>
38	<b>Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres</b>	<b>-454.832.150,04</b>	<b>-512.504.126,35</b>	<b>-512.504.126,35</b>	<b>0,00</b>
39	<b>Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Position 34 und Position 37)</b>	<b>-57.671.976,31</b>	<b>111.546.188,84</b>	<b>-86.505.052,11</b>	<b>198.051.240,95</b>
40	<b>Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Position 38 und Position 39)</b>	<b>-512.504.126,35</b>	<b>-400.957.937,51</b>	<b>-599.009.178,46</b>	<b>198.051.240,95</b>

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>1</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>1. Allgemeines</b>	<b>7</b>
1.1 Revision	8
1.2 Zielsetzung der Tätigkeit der Revision beim LWV Hessen	8
1.3 Aufbauorganisation	8
1.4 Fortbildung	9
1.5 Überörtliche Prüfung	9
1.5.1 Besondere Feststellungen der überörtlichen Prüfung	10
1.5.2 Allgemeine Feststellungen der überörtlichen Prüfung	10
<b>2. Beteiligung an Projekten bzw. Mitarbeit in Arbeitsgruppen</b>	<b>12</b>
2.1 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe SAP und deren Untergruppen	12
2.2 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe SOZABIS	12
<b>3. Produktbereiche</b>	<b>13</b>
3.1 Produktbereich innere Verwaltung – Fraktionsmittel	13
3.2 Produktbereich Schulträgeraufgaben	14
3.3 Produktbereich Kultur und Wissenschaften	14
3.4 Produktbereich soziale Leistungen	15
3.4.1 Prüfungen in den Fachbereichen „Leistungen SGB“	15
3.5 Prüfung im Fachbereich soziale Entschädigung – Fachbereich 213	20
3.6 Prüfungen im Fachbereich 214	21
3.6.1 Kenntnisnahme von VA-Vorlagen durch die Revision	21
3.6.2 Prüfung der Fachberatenden für Inklusion bei hessischen Handwerkskammern (HWK) und hessischen Industrie- und Handelskammern (IHK)	22
3.6.3 Prüfung der EAA	22
3.7 Fachbereichsübergreifende Prüfungen in den Fachbereichen Leistungen SGB, soziale Entschädigung und Integrationsamt	23
3.7.1 Prüfung der zentralen Adressdatei hinsichtlich Mehrfachanlagen von Leistungsberechtigten	24

3.7.2	IKS-Prüfungen Datenanalyse Bankverbindungen Leistungen SGB	25
3.7.3	Risikoanalyse der Transferleistungsprozesse vom Antragseingang bis zur Abrechnung	25
<b>4.</b>	<b>Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina</b>	<b>27</b>
<b>5.</b>	<b>Unvermutete Kassen- und Geschäftsprüfungen</b>	<b>28</b>
5.1	Gesetzliche Grundlagen	28
5.2	Prüfung der Verbandshauptkasse	28
5.2.1	Kassenbestandsaufnahmen, Vollständigkeitsprüfungen, Bewirtschaftung der Kassenmittel	29
5.2.2	Prüfung des internen Kontrollsystems	29
5.2.3	Dauernde Überwachung der Verbandshauptkasse	30
5.2.4	Geldannahmestellen der Zentralverwaltungen	31
5.3	Prüfungen der Zahlstellen der Verbandshauptkasse	32
5.3.1	Kassenbestandsaufnahme	33
5.3.2	Tagesabschlüsse	33
5.3.3	Kassenbuchführung	33
5.3.4	Belegprüfung	34
5.3.5	Zahlungsverkehr	34
5.3.6	Kassenaufsicht	34
5.3.7	Handvorschüsse und Geldannahmestellen	35
5.3.8	Verwahrtgelass	35
5.3.9	Rechnungsstellung	35
5.4	Prüfung der Sonderkasse der Stiftungsforsten Kloster Haina	36
<b>6.</b>	<b>Prüfung von Auftragsvergaben</b>	<b>36</b>
6.1	Allgemein	36
6.2	Prüfung der Beschaffung von Spielgeräten an der Max-Kirmsse-Schule	37
<b>7.</b>	<b>Personalwesen</b>	<b>38</b>
7.1	Stellenplan und Personalkosten	38
7.2	Personalkostenentwicklung	38
7.3	Prüfung „Zahlung von Zeitzuschlägen (inkl. Zahlung von Überstunden und	

	Mehrarbeitsvergütungen) an Mitarbeitende der Zentralverwaltung des LWV Hessen“	39
7.4	Prüfung „Laufende Personalfälle von Beschäftigten und Beamten der Zentralverwaltung des LWV Hessen“	39
<b>8.</b>	<b>DV-Angelegenheiten</b>	<b>40</b>
8.1	Prüfung über die Virtualisierung der IT-Systeme	40
8.2	Prüfung über Active Directory Domain Services	40
8.3	Speicherlösungen	41
8.4	Programmprüfung über die Berechtigungsprüfung in SAP-Faktura	42
8.5	Programmprüfung über die begleitende Prüfung des ersten Teilprojekts Einführung SAP S/4 on Hana	43
<b>9.</b>	<b>Bauprüfung</b>	<b>44</b>
9.1	Prüfung der Vergabe der Rechtsberatung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule	44
9.2	Prüfung der Vergabe des Sicherheitsdienstes bei der Hermann-Herzog-Schule	44
9.3	Prüfung der Vergabe der Wandöffnung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule	45
9.4	Anbau und Sanierung des Gisbert-Lieber-Hauses: Lüftung	46
<b>10.</b>	<b>Prüfungsaktivitäten als interne Revision der Vitos Gesellschaften</b>	<b>47</b>
<b>11.</b>	<b>Betätigungs- und Beteiligungsprüfung</b>	<b>47</b>
11.1	Prüfung der Gesellschaften	48
<b>11.2</b>	<b>Prüfung des Fachbereichs 301</b>	<b>50</b>
<b>11.3</b>	<b>Prüfung des Beteiligungsberichts</b>	<b>51</b>
<b>11.4</b>	<b>Maßnahmen aus Vorjahren</b>	<b>52</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

AG	Arbeitsgruppe
ANLEI	Datenverarbeitungsverfahren Antragsannahme und Leistungsgewährung
BTHG	Bundesteilhabegesetz
DV	Datenverarbeitung
FB 102	Fachbereich Datenverarbeitung
FuB 102.3	Funktionsbereich IT-Infrastruktur und Schul-IT
FB 103	Fachbereich Zentrale Verwaltungsangelegenheiten
FB 105	Fachbereich Personal
FB 106	Fachbereich Finanzen
FuB 106.2	Funktionsbereich Abrechnung sozialer Leistungen
FB 206	Fachbereich für Menschen mit geistiger Behinderung
FB 213	Fachbereich Kriegsofferfürsorge
FB 214	Fachbereich behinderte Menschen im Beruf/Integrationsamt
FB 301	Fachbereich Beteiligungsmanagement
FB 402	Fachbereich Baumanagement
GA IKS	Geschäftsanweisung internes Kontrollsystem
GA VHK	Geschäftsanweisung für die Verbandshauptkasse
GA Vergaben	Geschäftsanweisung für Vergaben in den Zentralverwaltungen, den Schulen des LWV Hessen und den Stiftungsforsten Kloster Haina
GemKVO	Gemeindekassenverordnung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GSTH	Gesamtsteuerung-Teilhabe
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HePAS	Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HGO	Hessische Gemeindeordnung
IKS	internes Kontrollsystem
IT	Informationstechnik

LOGA	Lohn- und Gehaltsabrechnungsverfahren
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
PiT	personenzentrierter integrierter Teilhabeplan
RAID	Redundant Array of Independent Disks (mehrere physische Massenspeicher)
SGB	Sozialgesetzbuch
SOZABIS	Sozialwesen - Abrechnungs- und Informationssystem
UstG	Umsatzsteuergesetz
UVgO	Unterschwellenvergabeordnung
VOB	Vergabe- und Vertragsverordnung für Bauleistungen, Teile A, B, C
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A
ZAD	zentrale Adressdatei



Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Verwaltungsgliederungsplan -  
Stand: 01.07.2023



## **1. Allgemeines**

Im vorliegenden Teil II des Schlussberichtes für das Jahr 2023 wird über wesentliche Prüfungen, Beratungen und Projektbegleitungen berichtet, die aufgrund gesetzlicher oder übertragener Aufgaben im Rahmen der §§ 128 und 131 HGO durch die Revision des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV Hessen) als Rechnungsprüfungsamt gemäß § 16 Abs. 2 Gesetz über den LWV Hessen durchgeführt wurden. Die Prüfungsergebnisse sind in die Gesamtbeurteilung des Ergebnisses der Jahresabschlussprüfung für das Jahr 2023 eingeflossen.

Neben den Pflichtprüfungen werden Prüfungsthemen durch eine risikoorientierte Prüfungsplanung jährlich ermittelt.

Über die Prüfungen wurden im Einzelnen Prüfungsberichte erstellt und den geprüften Stellen zur Stellungnahme vorgelegt. Entsprechend dem Anspruch des partnerschaftlichen Umgangs werden Prüfungsberichte als Entwurf vorab übersandt, um in einem kurzen Verfahren offensichtliche Differenzen ausräumen zu können und die für Lösungen umsetzungsfähigen Maßnahmen abzustimmen. Im Anschluss wird die Endfassung vorgelegt.

Der vorliegende Schlussbericht – Teil II – umfasst im Wesentlichen die Prüfungen, Beratungen und Projektbegleitungen für das Haushaltsjahr 2023. Ebenfalls im Bericht eingearbeitet sind die Stellungnahmen der geprüften Stellen, die bis zum Redaktionsschluss im November 2023 vorlagen. Der aktuelle Sachstand von Umsetzungen bzw. Konsequenzen aus den Prüfungsergebnissen wird im Wesentlichen wiedergegeben.

Die Revision stimmt mit den geprüften Bereichen Maßnahmen ab. Diese sind so formuliert, dass eine Umsetzung von Korrekturen und Veränderungen zielgerichtet erfolgen kann. Die Maßnahmen werden mit "MA" gekennzeichnet und nummeriert, um den geprüften Bereichen eine direkte Zuordnung zum konkreten Prüfungsbericht zu ermöglichen. Besonders herausgehoben werden durch einen Haken (✓) Sachverhalte, die Anlass zu einer positiven Feststellung gaben.

## **1.1 Revision**

Der LWV Hessen hat ein Rechnungsprüfungsamt einzurichten (§ 16 Abs. 2 LWV-Gesetz). Nach der Geschäftsordnung führt das Rechnungsprüfungsamt die Bezeichnung Revision. Für den Prüfungszeitraum fanden die Grundsätze und Verfahren der Revision beim LWV Hessen in der von der Verbandsversammlung am 13.10.2004 beschlossenen Geschäftsordnung Revision (GO Revision) und der vom Verwaltungsausschuss am 17.02.2005 beschlossenen Dienstanweisung der Revision (DA Revision) Anwendung.

## **1.2 Zielsetzung der Tätigkeit der Revision beim LWV Hessen**

Die Zielsetzung der Tätigkeit umschreibt die Präambel der GO Revision:

„Die Revision beim LWV Hessen nimmt durch gesetzlichen und übertragenen Auftrag selbstständig und unabhängig eine Prüfungs- und Beratungsfunktion wahr. Durch zeitnahe, prozessbegleitende Prüfungen und umfassendere Systembetrachtungen soll sie der Verwaltung Informationen zur wirkungsvollen Unterstützung und Entscheidungsvorbereitung zur Verfügung stellen.

Sie unterstützt das gesamte Verwaltungshandeln mit dem Ziel, die Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung zu gewährleisten und arbeitet mit der Verwaltung partnerschaftlich zusammen.“

## **1.3 Aufbauorganisation**

Die Aufgaben der Revision werden in drei Prüfungsbereichen ausgeführt:

- Verwaltungsprozesse, Personal, Datenverarbeitung, Vergabe und Bauen,
- Finanzwesen,
- Sozialwesen.

Die Revision verfügt neben Verwaltungsangestellten, Verwaltungsbeamtinnen und -beamten mit Schwerpunktkenntnissen u. a. über weitere Qualifizierungen:

- Buchhalterin und Bilanzbuchhalter,
- IHK-Fachkraft Rechnungswesen,
- Buchhalter kommunal,
- Diplom-Ökonomin, Diplom-Ökonom,
- Dipl.-Architektin,
- staatlich geprüfter Haus- und Betriebstechniker,
- Master of Public Administration,
- Bachelor of Arts Allgemeine Verwaltung.

## **1.4 Fortbildung**

Das Ziel, die Prüfungen effizient durchzuführen und dem Anspruch an eine qualitativ hochwertige Tätigkeit in der Revision gerecht zu werden, erfordert eine stetige Weiterbildung und Qualifizierung des gesamten Personals der Revision.

In 2023 wurden Fortbildungen zur Stärkung der Fachkompetenz, der Sozialkompetenz, der Selbstkompetenz und der Methodenkompetenz wahrgenommen. Alle Kolleginnen und Kollegen nahmen an einem Workshop zum Thema „Prüfung doloser Handlungen“ teil.

Die Zusammenarbeit mit den Rechnungsprüfungsämtern der Landkreise und Städte sowie der Landschaftsverbände und höheren Kommunalverbände in Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil des Wissensmanagements.

## **1.5 Überörtliche Prüfung**

Durch das Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) vom 22.12.1993 (GVBl. I 1993 S. 708), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 07. Mai 2020 (GVBl. S. 318), ist die überörtliche Prüfung dem Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs übertragen worden. Auch der LWV Hessen unterliegt diesem Prüfungsrecht.

Die Prüfungen werden durch Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder andere geeignete Dritte sowie durch eigenes Personal durchgeführt.

### 1.5.1 Besondere Feststellungen der überörtlichen Prüfung

Im Berichtsjahr wurde der LWV Hessen mit der 241. Prüfung „Haushaltsstruktur 2023: Landeswohlfahrtsverband“ geprüft. Der Bericht wurde den Gremien des LWV Hessen zur Kenntnis gegeben (M19/2024/XVII).

Die Verbandsversammlung hat die Bewertungen und Empfehlungen der Verwaltung mit Vorlage V83/2024/XVII zugestimmt.

Die Revision hat den Kommunalbericht 2023 des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – ausgewertet und Erkenntnisse von Bedeutung für das Verwaltungshandeln des LWV Hessen an die zuständigen Entscheidungsträger und Organisationseinheiten weitergeleitet.

### 1.5.2 Allgemeine Feststellungen der überörtlichen Prüfung

Gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 4 HGO hat die Revision im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben die Umsetzung der Feststellungen der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften nach § 6 Abs. 1 Satz 3 sowie der allgemeinen Feststellungen nach § 6 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen zu berücksichtigen.

Der Kommunalbericht 2023 der überörtlichen Prüfung enthält Feststellungen von allgemeiner Bedeutung:

- Kommunen sind seit dem 29. Juli 2014 verpflichtet, bei einer Mehrheitsbeteiligung in der Satzung oder in den Gesellschaftsverträgen ihren Rechnungsprüfungsämtern und dem überörtlichen Prüfungsorgan Unterrichtsrechte nach § 54 HGrG einräumen zu lassen. Ist eine Kommune an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, besitzt aber keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 HGrG, soll sie gemäß § 123 Absatz 2 HGO darauf hinwirken, dass die Befugnisse nach § 54 HGrG eingeräumt werden. Dies gilt auch bei mittelbaren Beteiligungen von mindestens 25 Prozent, die über eine Gesellschaft gehalten werden, an der die Gebietskörperschaft allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften eine Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG innehat. Sind Unterrichts- und Prüfungsrechte unvollständig oder lückenhaft eingeräumt, steht das einem transparenten und offenen Umgang mit öffentlichen Mitteln entgegen. Die Eintragung der Prüfungsrechte in die Gesellschaftsverträge ist in den o. g. Fällen zu veranlassen beziehungsweise auf die Eintragung ist hinzuwirken.

- Nach § 4 Absatz 2 Satz 5 GemHVO sollen Kommunen für die wesentlichen Produkte Leistungsziele und Kennzahlen angeben, um so messen zu können, ob die Ziele erreicht wurden. Hierfür haben die Kommunen ihre wesentlichen Produkte zu bestimmen und für diese Ziele, Kennzahlen und Indikatoren im Produkthaushalt abzubilden.
- Eine wirksame Funktionstrennung und gezielte Kontrollen sind für zahlungsbegründende Vorgänge einzurichten (Vier-Augen-Prinzip), um das Risiko von dolosen Handlungen zu verringern. Zahlungsdaten sollen dabei so weit wie möglich über geschützte Programmierschnittstellen automatisiert übertragen werden sowie Prozesse und Überwachungsmaßnahmen im Rahmen eines internen Kontrollsystems (IKS) schriftlich dokumentiert und regelmäßig überprüft werden.
- In der Zuschussverwaltung sollten Prüfungsrechte zugunsten der örtlichen sowie der überörtlichen Prüfung eingeräumt und standardisierte Verwendungsnachweise implementiert werden. Hilfestellung bietet der von der Überörtlichen Prüfung entwickelte „Leitfaden Mindestanforderungen an Verwendungsnachweise“.

Die Leitsätze und allgemeinen Feststellungen aus dem Kommunalbericht 2023 wurden der Verwaltung des LWV Hessen zur weiteren Auswertung übersandt.

Bezüglich der Prüfungsrechte nach § 54 HGrG ist festzuhalten, dass diese dem LWV Hessen in den Gesellschaftsverträgen eingeräumt wurden.

Leistungsziele und Kennzahlen werden im Haushalt des LWV Hessen ausgewiesen.

Zu dem Sachverhalt der Funktionstrennung hat die überörtliche Prüfung im Rahmen der Haushaltsstrukturprüfung 2023 beim LWV Hessen bereits konkretisiert, dass im Lohnbuchhaltungsprogramm LOGA die Zugriffsrechte nur wenig differenziert sind und die Funktionstrennung nicht durch technische Maßnahmen unterstützt wird. Außerdem fehlt es an einer automatischen Schnittstelle für die Übertragung von Zahlungsdaten von LOGA zum Rechnungswesen. Für eine technische Änderung ist der LWV Hessen auf die Mithilfe des Softwareanbieters angewiesen.

Weiter führt die Verwaltung beim LWV Hessen aus, dass im Hinblick auf die programmbedingten fehlenden technischen Sicherungsmaßnahmen bereits bisher die möglichen und notwendigen Sicherungsmaßnahmen getroffen wurden.

Bezüglich der Prüfungsrechte in der Zuschussverwaltung ist anzumerken, dass in den Bewilligungsbescheiden des Leistungsbereichs die Prüfungsrechte der örtlichen und überörtlichen Prüfung schriftlich festgehalten sind. Die Verwendungsnachweise sind dabei standardisiert.

## **2. Beteiligung an Projekten bzw. Mitarbeit in Arbeitsgruppen**

### **2.1 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe SAP und deren Untergruppen**

Durch die AG SAP wurde im Jahr 2023 das Projekt „SAP-Hana“ initiiert. Das Projekt beinhaltet die Umstellung auf SAP-Hana in zwei Schritten bis 2026. In 2023 wurde ein Wechsel der Datenbank, von Oracle hin zu HANA, wie auch ein Wechsel des Server-Betriebssystems von IBM auf Linux-Basis vorgenommen.

Die Programmprüfung wurde im Rahmen einer begleitenden Prüfung durchgeführt. Es erfolgte eine analytische Betrachtung der im ersten Teilprojekt zur Einführung von „SAP S/4 mit SAP on Hana“ durchgeführten Änderungen an dem SAP-System, der Konzepte, der Testergebnisse der Fachbereiche und des Testvorgehens. Ergänzend erfolgten Berechtigungsprüfungen und eigene Tests. Die Teilnahme an der AG SAP, an den Arbeits-, Projekt- und Testtreffen war Bestandteil der begleitenden Prüfung von SAP (vgl. Ziffer [8.6](#)).

### **2.2 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe SOZABIS**

Durch die Mitarbeit in den turnusmäßigen Sitzungen der AG SOZABIS stellte die Revision auch in 2023 den stetigen Informationsaustausch zu unterschiedlichen DV-Einzelprojekten mit den Fachbereichen 102 und 106 bzw. den Fachbereichen Leistungen SGB, soziale Entschädigung sowie dem Integrationsamt als DV-Anwender sicher.

Die Weiterentwicklung von ANLEI und SAP, insbesondere die Umsetzung der neuen Leistungs- und Finanzierungssystematik zum 01.07.2023 in der Eingliederungshilfe stellte weiterhin einen Themenschwerpunkt dar.



### 3. Produktbereiche

#### 3.1 Produktbereich innere Verwaltung – Fraktionsmittel

Gemäß § 26 a HKO können den Fraktionen Haushaltsmittel zur Finanzierung der sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung zur Verfügung gestellt werden. Die Gewährung von Mitteln für die Fraktionen in der Verbandsversammlung des LWV Hessen ist in § 15 Abs. 3 der Hauptsatzung geregelt. Die Höhe der Haushaltsmittel muss in einem angemessenen und sinnvollen Verhältnis zur Arbeit der Fraktionen für das kommunale Vertretungsorgan stehen. Zusätzlich hat der Hauptausschuss am 28.09.2016 die Richtlinie zur Unterstützung der Arbeit der in der Verbandsversammlung des LWV Hessen vertretenen Fraktionen beschlossen.

Die Mittel werden den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen, sodass für die Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung entsprechend § 26 a Abs. 4 Satz 3 HKO Verwendungsnachweise zu erstellen sind.

Im Jahr 2023 erhielten alle Fraktionen Sachkosten und Mittel für Personalkosten.

Der Revision wurden alle Verwendungsnachweise mit den entsprechenden Angaben zur Prüfung vorgelegt. Insgesamt wurden für das Haushaltsjahr 2023 zur Selbstbewirtschaftung 612.667,56 EUR zugewiesen.

✓ ***Die bestimmungsgemäße Verwendung der Haushaltsmittel und die Einhaltung der Grundsätze einer wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Haushaltsführung können nach der Prüfung bestätigt werden.***

Dem Büro der Verbandsorgane wurden die Prüfungsergebnisse übermittelt, damit es den Fraktionen Bescheide zur Übertragung der Mittel bzw. bei Überschreitung einer Wertgrenze Bescheide zur Rückzahlung erteilen kann. Insgesamt wurden in das Jahr 2024 427.319,02 EUR vorgetragen und 78.629,96 EUR vom Haushaltsjahr 2023 zurückgefordert.



### 3.2 Produktbereich Schulträgeraufgaben

Im Rahmen des Landesprogramms zur „Förderung ganztägig arbeitender Schulen“ wurde dem LWV Hessen als Schulträger vom Hessischen Kultusministerium für das Schuljahr 2022/2023 eine Zuwendung in Höhe von 480.000 EUR gewährt. Diese Zuwendung betrifft die Freiherr-von-Schütz-Schule in Bad Camberg, die Max-Kirmsse-Schule in Idstein, die Hermann-Schafft-Schule in Homberg, die Johannes-Vatter-Schule in Friedberg und die Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt.

Der LWV Hessen erhielt außerdem für die Förderung der interdisziplinären Frühförderung sinnesgeschädigter Kinder und der Frühförderung autistischer Kinder in Hessen durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration eine Zuwendung in Höhe von 868.700 EUR. Weiterhin erhielt der LWV Hessen im Jahr 2023 für die Herstellung der WLAN-Verfügbarkeit in Unterrichts-, Pausen-, Betreuungsräumen und Lehrerzimmer über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen eine Zuwendung des Bundes in Höhe von 128.612,06 EUR.

Daneben wurden im Jahr 2023 ebenfalls über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen Zuwendungen des Bundes und des Landes für den beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern gewährt. Diese Zuwendungen betreffen die Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg in Höhe von 49.100 EUR sowie die Hermann-Schafft-Schule in Homberg mit 40.100 EUR.

✓ ***Die zweckentsprechende Verwendung der an den LWV Hessen gewährten Zuwendungen wurde bestätigt. Feststellungen ergaben sich nicht.***

### 3.3 Produktbereich Kultur und Wissenschaften

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung leistete für das Jahr 2023 eine Zuwendung, die der pädagogischen Arbeit und der Weitergabe der wissenschaftlichen Erkenntnisse an Besucher dient. Hierzu wurde dem Landeswohlfahrtsverband Hessen für die Gedenkstätte Hadamar eine Zuwendung in Höhe von 196.600 EUR gewährt.

Im Weiteren leistete die Hessische Landeszentrale für politische Bildung eine Zuwendung als Projektförderung zur Digitalisierung der Gedenkstättenarbeit. Hierzu wurde dem Landeswohlfahrtsverband Hessen für die Gedenkstätte Hadamar eine Zuwendung in Höhe von 19.650 EUR gewährt.

Daneben gewährte das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst in 2023 dem Archiv des LWV Hessen eine Zuwendung in Höhe von 76.300 EUR zur konservatorischen Bearbeitung, Reinigung und Verpackung von Patientenakten der Landesheilanstalt Hadamar.

✓ ***Die zweckentsprechende Verwendung der an den LWV Hessen gewährten Zuwendungen wurde bestätigt. Feststellungen ergaben sich nicht.***

### **3.4 Produktbereich soziale Leistungen**

#### **3.4.1 Prüfungen in den Fachbereichen „Leistungen SGB“**

Die in 2023 von der Revision in den Fachbereichen Leistungen SGB durchgeführten Prüfungen standen weiterhin im Zusammenhang mit der Umsetzung des BTHG zum 01.01.2020 bzw. der zum 01.01.2022 vollzogenen Veränderung der Aufbauorganisation in den Fachbereichen SGB. Des Weiteren waren neue gesetzliche Regelungen (z. B. die Leistungszuschläge nach § 43 c SGB XI) in der risikoorientierten Prüfungsplanung zu berücksichtigen.

Durch diese vielfachen Veränderungen waren beim LWV Hessen Verfahrensabläufe anzupassen, neue zu entwickeln und zusätzliche Leistungen zu bewilligen.

Aufgrund der damit verbundenen Risiken nicht ordnungsgemäßer Sachbearbeitung, ungeregelter und nicht zweckmäßiger Prozesse und finanzieller Auswirkungen hat die Revision in 2023 Prüfungen der von den Änderungen berührten folgenden Leistungen vorgenommen:

- Hilfe zur Pflege stationär ([3.4.1.1](#)),
- Bedarfsermittlung/Teilhabeplanung PB ([3.4.1.2](#)),
- Eingliederungshilfe, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ([3.4.1.3](#))
- Fachcontrolling ([3.4.1.4](#)).

Diese Prüfungen werden im Einzelnen in den folgenden Kapiteln dargestellt. Die Prüfungen erfolgten auch mit dem Ziel, die Sachbearbeitung, die Regionalteamleitungen und die Fachbereichsleitungen im Umgang mit neuen Leistungen zu unterstützen. Maßnahmen und Hinweise aus den Prüfungen konnte die Sachbearbeitung für die weitere Bearbeitung nutzen.

#### 3.4.1.1 Prüfung der stationären Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII

Aufgrund des nicht ausreichenden Ergebnisses der Prüfung der Leistung zur stationären Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in 2021 wurde ab September 2022 erneut eine risiko- und prozessorientierte Prüfung dieser Leistung im Fachbereich 203 durchgeführt.

Im Rahmen der Risikoorientierung der Revision war ferner die zum 01.01.2022 vollzogene Änderung der Aufbauorganisation beim LWV Hessen, womit auch Veränderungen in der bisherigen Bearbeitungsstruktur in den Einzelfällen der stationären Hilfe zur Pflege einhergingen, zu berücksichtigen.

Darüber hinaus resultierte aus dem zum 01.01.2022 in Kraft getretenen Pflegereformgesetz, für den LWV Hessen eine neue, vorrangig vor der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Anspruch zu nehmende, Einnahmemöglichkeit in Form von sog. „Leistungszuschlägen gemäß § 43c SGB XI“.

Die Prüfung konnte erst im März 2023 beendet werden. Die Revision hatte in den Schlussberichten 2021 (Kapitel 3.4.1.6) und 2022 (Kapitel 3.4.1.9) hierzu berichtet.

Zur Umsetzung der risikoorientierten Prüfungsplanung wurden die Leistungsakten von 99 Leistungsfälle einer Aktenvollprüfung unterzogen.

Das Ziel der Prüfung war die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit und der Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandels, um aufgrund der Ergebnisse ggf. auf eine Optimierung des Verwaltungshandelns hinzuwirken. Zudem war im Rahmen dieser Prüfung auch die Einhaltung von Prozessabläufen der Einzelfallsachbearbeitung – insbesondere die ordnungsgemäße und vollständige Realisierung der Leistungszuschläge nach § 43c SGB XI sowie die konsequente Umsetzung des Nettoprinzips – zu prüfen.

Im Laufe der Prüfung erhielt die Revision erstmals Kenntnis von aufgrund der dauerhaften Personalunterdeckung im Funktionsbereich 203.2 erstellten Risikoanzeigen vom 01.12.2021, 11.04.2022 und 09.11.2022 des Fachbereiches 203. Eine Anzeige nach § 11 der Geschäftsordnung der Revision wegen möglicher Finanzrisiken war bislang nicht erfolgt.

Im Rahmen der Prüfung wurden 175 Maßnahmen zu 77 leistungsberechtigten Personen mit dem Funktionsbereich 203.2 vereinbart.

Zusammenfassend war festzustellen, dass weiterhin kein zufriedenstellendes Prüfungsergebnis vorlag. Im Rahmen der risikoorientierten Prüfungsplanung hat die Revision daher zum

Jahresende 2023 eine weitere Prüfung von Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege begonnen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird im nächsten Schlussbericht dargestellt.

Bislang sind 104 Maßnahmen durch den Funktionsbereich 203.2 umgesetzt worden. Hierdurch sind Rückeinnahmen von rund 72.383 EUR realisiert.

#### 3.4.1.2 Prüfung der Bedarfsermittlung/Teilhabeplanung PB

Anlass der Prüfung war die hohe Steigerung des Finanzvolumens und der Fallzahlen im Bereich des Persönlichen Budgets. Zum 01.01.2022 wurde der PiT als neues Bedarfsermittlungsinstrument flächendeckend in Hessen eingeführt und gleichzeitig erfolgte eine Umstrukturierung der Aufbauorganisation im Bereich Leistungen SGB.

Zielsetzung war die Prüfung der Leistungen des Persönlichen Budgets der Variante I auf ordnungsgemäße und zweckmäßige Bearbeitung hinsichtlich der Bedarfsermittlung/Teilhabeplanung und Budgetverwendung. Ebenfalls Zielsetzung war die Feststellung der Zweckmäßigkeit von Bearbeitungsabläufen nach der Neustrukturierung der Aufbauorganisation in der Einzelfallbearbeitung und im Team der Bedarfsermittlung.

Prüfungsgegenstand waren die personenzentrierten individuellen Teilhabeplanungen für die Leistungsberechtigten im persönlichen Budget der Fallvariante I und die entsprechenden Einzelfallakten. Der Prüfungsschwerpunkt lag auf Neuplanungen, die im Zeitraum 01.03.2022 bis 31.10.2022 in den Leistungsbezug im Rahmen des Persönlichen Budgets aufgenommen worden sind. Die Prüfung umfasste eine Stichprobe von 50 Leistungsfälle, die vollständig untersucht wurden.

Die Bedarfsermittlung/Teilhabeplanung wurde bereits in 2019/2020 und 2021/2022 durch die Revision geprüft. Es war insgesamt festzustellen, dass sich der Prozess der Bedarfsermittlung stetig weiterentwickelt hat und die Arbeitsabläufe optimiert worden sind.

Als Ergebnis der Prüfung wurden mit den Fachbereichen 137 Maßnahmen zu Einzelfällen vereinbart. Vier Maßnahmen wurden jeweils für jeden geprüften Fachbereich zusammenfassend zur Korrektur unvollständiger oder fehlerhafter ANLEI-Daten gemäß der Organisationsverfügung DV-System SOZABIS vereinbart. Von den insgesamt 141 Maßnahmen wurden bisher 114 umgesetzt, 27 Maßnahmen sind noch nicht bzw. noch nicht vollständig bearbeitet. Aus den bisher umgesetzten Maßnahmen ergeben sich Mehreinnahmen/Minderausgaben für den LWV Hessen in Höhe von 141.822,27 EUR.

Im Rahmen der Untersuchung des Prozessablaufs zwischen Beauftragung der Bedarfsermittlung und der endgültigen Entscheidung über die Leistung durch die Sachbearbeitung konnte

festgestellt werden, dass es weiterhin einen hohen zeitlichen Verzug gibt. Dies wurde bereits in den vergangenen Prüfungen festgestellt. Im Vergleich zur vorherigen Prüfung hat sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei den geprüften Fällen zwischen der Beauftragung der Bedarfsermittlung und der Abgabe des PiT an die Sachbearbeitung von 55 auf 67 Tage erhöht. Für die Dauer der Auftragserteilung der Bedarfsermittlung ab Antragseingang wurde bei den geprüften Fällen eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 43 Tagen festgestellt.

Insgesamt wurde festgestellt, dass die tatsächlichen Bearbeitungszeiten erheblich höher waren als die geforderten Zeiten gemäß der Arbeitshilfe. Die in der Arbeitshilfe geforderte Bearbeitungszeit von jeweils 14 Tagen zwischen Beauftragung der Bedarfsermittlung und Übergabe des PiT an die Sachbearbeitung erschien aus Sicht der Revision zum Zeitpunkt der Prüfung unrealistisch.

Es wurde angemerkt, dass die ermittelten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten im Prozessablauf aus Sicht der Revision ein Risiko darstellen.

Insgesamt war die Qualität der im Rahmen der Prüfung gesichteten PiT aus Sicht der Revision als positiv anzusehen.

#### 3.4.1.3 Prüfung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Zum 01.01.2018 wurde der in der Werkstättenverordnung verankerte Fachausschuss zugunsten des Teilhabeplanverfahrens gemäß §§ 19 – 23 SGB IX abgelöst. Dazu erging in Hessen eine Rahmenvereinbarung, die zum 01.06.2019 in Kraft trat. Ferner wurde zum 01.01.2018 das „Budget für Arbeit“ gemäß § 61 SGB IX als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben neu eingeführt.

Gegenstand der Prüfung waren die Einzelfallakten und ANLEI-Daten von Leistungsfällen, für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben mit den Hilfearten Budget für Arbeit gemäß § 61 SGB IX und Budget für Ausbildung gemäß § 61a SGB IX bewilligt worden waren und bei denen das Teilhabeverfahren gemäß § 19 SGB IX anzuwenden war. Prüfungsanlass war die Umsetzung der risiko- und prozessorientierten Prüfungsplanung der Revision.

Ziel der Prüfung war zum einen die Feststellung, ob in den geprüften Einzelfällen nach Ablösung der Fachausschüsse das Teilhabeverfahren ordnungsgemäß und rechtmäßig durchgeführt und in diesem Zuge der Zugang zu den Leistungen des LWV Hessen zweckmäßig und rechtmäßig gesteuert wurde.

Zum anderen war Ziel der Prüfung die Feststellung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung im Rahmen des „Budgets für Arbeit“ und des „Budgets für Ausbildung“.

Bei der Leistungsart „Budget für Arbeit“ war noch ein weiteres Ziel die Feststellung der Einhaltung von IKS-Elementen hinsichtlich des über ANLEI gesteuerten Geldflusses an Arbeitgeber im Rahmen des Lohnkostenzuschusses.

In insgesamt 99 Leistungsfällen, für die ab dem Zeitraum 01.01.2020 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bewilligt wurden, ist eine Aktenvollprüfung vorgenommen worden.

Beim Budget für Arbeit wurden die IKS-Elemente hinsichtlich des über ANLEI gesteuerten Geldflusses an Arbeitgeber im Rahmen des Lohnkostenzuschusses eingehalten. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte für dolose Handlungen. Auch ruft die Einzelfallhilfe für alle berechtigten Personen die im hessischen Modelvorhaben vorgesehene Erstattungsleistung von 30 % des gezahlten Lohnkostenzuschusses vom Integrationsamt ordnungsgemäß ab.

Im Rahmen der Prüfung wurden insgesamt 79 Maßnahmen vereinbart. Ein Schwerpunkt der Maßnahmen lag beim Budget für Arbeit. In 13 Einzelfällen fehlten Gehaltsnachweise, sodass die Höhe des gezahlten Lohnkostenzuschusses nicht korrekt geprüft werden konnte.

Bei den 22 Maßnahmen, die die Prüfung des Teilhabeplanverfahrens betrafen, lag der Schwerpunkt auf fehlenden Unterlagen, die in vier Fällen keine Prüfung der sachlichen Zuständigkeit des LWV Hessen und in zwei Fällen der örtlichen Zuständigkeit ermöglichten.

Bislang wurden 38 vereinbarte Maßnahmen aus 2023 umgesetzt, wobei Rückeinnahmen von ca. 16.500 EUR realisiert werden konnten.

#### **3.4.1.4 Prüfung des Fachcontrolling**

Wie bereits in Kapitel 3.4.1.3 des Schlussberichtes 2022 dargestellt, wurde die Prüfung der Steuerungsformate auf das 4. Quartal 2023 verlegt, um diese nach dem Erreichen eines eingeschwungenen Zustandes der stufenweise umgesetzten neuen Aufbauorganisation im Bereich Leistungen SGB durchzuführen. Die Prüfung wurde im November 2023 angekündigt mit dem Ziel den Umsetzungsstand des Fachcontrollings analog der Vorgaben aus den entsprechenden GSTH-Konzeptionen zu erheben.

Im Rahmen eines Eröffnungsgespräches wurde mitgeteilt, dass durch die Umstellungen der Leistungs- und Finanzierungssystematik zum 01.07.2023 erhebliche ANLEI-Umstellungen erforderlich waren, die keine valide kennzahlenbasierte Steuerung ermöglicht haben. Es wurde daher für die Übergangszeit ein neues Steuerungsformat erarbeitet, das zusammen mit dem

Leitplankentool von den Regionalteams und Funktionsbereichen zu Steuerungszwecken genutzt worden ist. Der erste Steuerungsbericht nach Umstellung der Leistungs- und Finanzierungssystematik wurde mit Datenstand 30.04.2024 erstellt.

Darüber hinaus konnte die Revision den von den Fachabteilungen im Rahmen der Prüfung ausgefüllten Interviewbögen entnehmen, dass die im Rahmenkonzept Fachcontrolling aufgeführten Steuerungsformate regelmäßig stattfinden und sich als fester Bestandteil der bereichsübergreifenden Steuerung etabliert haben. Lediglich die Kennzahlenarbeit der LR 200 I wurde aus den o. a. Gründen vorübergehend ausgesetzt.

Durch die Neudefinition einiger Kennzahlen konnten bisher u. a. die Datenqualität verbessert und Arbeitsanweisungen in Confluence optimiert werden. Darüber hinaus sind Hintergründe für Finanzentwicklungen erkennbar und Benchmarking zwischen den Regionen möglich und die Zielerreichung messbar. Nach der Vergütungsumstellung waren weitere Neudefinitionen bzw. Aufbereitungen von Kennzahlen vorgesehen. Aufgrund der geschilderten Gesamtsituation erschien die Fortsetzung der Prüfung im 4. Quartal 2024 zielführend. Die Revision wird im nächsten Schlussbericht über die Ergebnisse berichten.

#### 3.4.1.5 Erledigungsstand der in Vorjahren erhobenen Prüfungsbemerkungen

Zur effizienten Bearbeitung noch nicht umgesetzter Maßnahmen nutzen die Fachbereiche des Bereiches Leistungen SGB weiterhin das Verfahren PrüfBem.

Bis zum Redaktionsschluss des vorliegenden Schlussberichtes 2023 wurden von den im Schlussbericht 2022 nicht erledigten Maßnahmen zur stationären Eingliederungshilfe/Hilfe zur Pflege 63 Maßnahmen erledigt. Dadurch ergaben sich einmalige Erträge von rund 485.057 EUR sowie eine laufende Ergebnisverbesserung von rund 21.152 EUR jährlich.

Aus den Jahren vor 2023 sind nun noch 124 der vereinbarten Maßnahmen nicht erledigt.

### 3.5 Prüfung im Fachbereich soziale Entschädigung – Fachbereich 213

Durch das bis 31.12.2023 gültige Gesetz zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge ist dem LWV Hessen die Trägerschaft für die Aufgaben der Kriegsofferfürsorge übertragen worden. Die Zuständigkeit des LWV Hessen seit dem 01.01.2024 ergibt sich aus dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Vierzehnten Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XIV).



Die Recht- und Zweckmäßigkeit der Leistungsbewilligungen sowie die Effektivität der Bearbeitungsabläufe sind zuletzt in 2022 geprüft worden. Aufgrund dessen ergab sich in 2023 in der risikoorientierten Prüfungsplanung der Revision keine Notwendigkeit einer Prüfung in diesem Prüfungsfeld.

Geprüft wurde durch die Revision in 2023 die Abrechnung zur Kostenerstattung „Hessenpass mobil“. Die Bearbeitung der Kostenerstattung durch den Fachbereich 213 war ordnungsgemäß.

### **3.6 Prüfungen im Fachbereich 214**

Die Aufgaben des Integrationsamtes nach §§ 160 ff. und 185 SGB IX sind dem LWV Hessen durch das Gesetz über den LWV Hessen zugewiesen worden.

An den Standorten Kassel, Darmstadt und Wiesbaden nehmen jeweils zwei Regionalteams die Ausführung des besonderen Kündigungsschutzes, die Bearbeitung der Einzelfall bezogenen begleitenden Hilfe im Arbeitsleben für schwerbehinderte Menschen sowie die Inanspruchnahme und Finanzierung von Integrationsfachdiensten wahr.

Zentralisierte Aufgaben, wie insbesondere die Förderung von Integrationsprojekten, Schulungen, die Erhebung der Ausgleichsabgabe, Arbeitsmarktprogramme (HePAS 2020 und 2024), die Steuerung der Integrationsfachdienste usw., werden durch drei Funktionsbereiche in Kassel ausgeführt.

#### **3.6.1 Kenntnisnahme von VA-Vorlagen durch die Revision**

Die Revision hat auch in 2023 die wesentlichen Vorlagen des Fachbereichs 214 an den Verwaltungsausschuss vorab zur Kenntnis genommen. Hierzu zählten u. a.:

- Die „Inklusionsinitiative II – AlleIMBetrieb“, Bericht zum Umsetzungsstand zum 31.12.2022,
- Bericht zur Umsetzung des Hessischen Perspektivprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen 2020 (HePAS 2020) – Stand 31.12.2022,
- der Gesamtbericht für die Zeit vom 01.01.2019 – 30.06.2022 zum betriebswirtschaftlichen Monitoring für die hessischen Inklusionsbetriebe und
- diverse Beschlussvorlagen zur Förderung von Inklusionsbetrieben.



### **3.6.2 Prüfung der Fachberatenden für Inklusion bei hessischen Handwerkskammern (HWK) und hessischen Industrie- und Handelskammern (IHK)**

Gegenstand der Prüfung waren die im Zuge des Projektes „Fachberatung für Inklusion“ mit den Handwerkskammern Kassel, Wiesbaden und Frankfurt-Rhein-Main sowie mit den Industrie- und Handelskammern Kassel-Marburg und Gießen-Friedberg jeweils abgeschlossenen Kooperationsverträge, Zielvereinbarungen, Jahresberichte, die u. a. der Dokumentation der Arbeit der Fachberatenden für Inklusion dienen sowie die Regelungen, die die Rolle der Handwerkskammer Kassel als Koordinatorin mit den anderen Kammern umfassen.

Ziel der Prüfung war es, im Rahmen der Orientierungsprüfung einen Überblick über das Tätigkeitsfeld „Fachberatung für Inklusion bei den hessischen Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern“ zu gewinnen. Zudem wurden die Geschäftsprozesse erhoben und analysiert, um aufgrund der Ergebnisse ggf. auf eine Optimierung des Verwaltungshandelns hinzuwirken.

Es wurde ferner ein Soll-Ist-Vergleich hinsichtlich der bei der geprüften Stelle vorhandenen Dokumente, Daten und des Geschäftsprozesses zur Thematik „Fachberatung für Inklusion“ und den tatsächlich vorgefundenen Verhältnissen durchgeführt.

Für den standardisierten Soll-Ist-Abgleich wurde als Hilfsmittel eine erarbeitete Excel-Checkliste angewandt. Zudem fand ein Abgleich mit den Daten im ANLEI-Geschäftsvorfall „Inklusionsberater Kammern“ statt.

### **3.6.3 Prüfung der EAA**

Durch das Teilhabestärkungsgesetz wurde den Integrationsämtern ab dem 01.01.2022 als neue Aufgabe der Begleitenden Hilfe im Arbeitsleben die flächendeckende Einrichtung von Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitsgeber (EAA) übertragen. Die Finanzierung der EAA erfolgt aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Hierzu verzichtet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialsicherung (BMAS) auf 2 % der Ausgleichsabgabe, so dass nur noch 18 % der von den Integrationsämtern erhobenen Ausgleichsabgabe abzuführen sind. Über die Aktivitäten der EAA sowie die Verwendung der Mittel, die für diesen Zweck nicht mehr an den Ausgleichsfonds abgeführt werden, ist dem BMAS daher ein jährlicher Bericht vorzulegen. Dieser basiert auf den von den EAA an die Integrationsämter übermittelten Daten.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob die ordnungsgemäße und einheitliche Umsetzung der rechtlichen Vorgaben erfolgt und ob zweckmäßige Arbeitsabläufe zur Errichtung der EAA bestehen. Darüber hinaus war die Qualität der Berichterstattung der EAA gegenüber dem Integrationsamt zu bewerten. Hierfür wurde die Qualitätssicherung bzw. Überprüfung dieser Berichte analysiert.

Im Rahmen der Prüfung erfolgte bei den fünf EAA mit den volumenreichsten Zuwendungen eine lückenlose Aktenprüfung. Nach der Aktenprüfung noch offene Fragestellungen wurden in einem Fragenkatalog zusammengefasst und vom Integrationsamt beantwortet.

Die Prüfung hat ergeben, dass die entwickelten Bearbeitungsprozesse ordnungs- und zweckmäßig sind und sich dazu eignen, qualitativ hochwertige EAA in Hessen einzurichten. Die im Integrationsamt vorgesehenen Kontrollmechanismen werden umgesetzt. Arbeitshilfen zu den für die Bearbeitung der EAA neu eingespielten Funktionen in ANLEI wurden in Confluence hinterlegt und werden entsprechend umgesetzt. Darüber hinaus ist zur Überprüfung der bewilligten Zuwendungen die Vorlage von Verwendungsnachweisen vorgesehen. Bei den fünf geprüften EAA erfolgte durch das Integrationsamt des LWV Hessen eine engmaschige Verlaufssteuerung.

Um konkrete Aussagen über den gewünschten Erfolg der Unterstützungsleistungen durch die EAA treffen zu können, ist die Überprüfung eines vorab definierten Zieles notwendig. Seitens der Revision wurde empfohlen mit allen EAA zum nächstmöglichen Zeitpunkt Zielvereinbarungen abzuschließen und bei der Überprüfung der Zielerreichung eine Wirkungsmessung durchzuführen.

Insgesamt sind im Rahmen der Prüfung neun Maßnahmen vereinbart worden, die zwischenzeitlich vollständig umgesetzt wurden.

### **3.7 Fachbereichsübergreifende Prüfungen in den Fachbereichen Leistungen SGB, soziale Entschädigung und Integrationsamt**

Im Rahmen der Umsetzung der risikoorientierten Prüfungsplanung hat die Revision in 2023 fachbereichsübergreifende Prüfungen mit dem Ziel der Prüfung der Datenqualität in ANLEI (3.7.2) sowie der Prüfung der Funktionsfähigkeit von in ANLEI implementierten IKS-Elementen zur Verhinderung doloser Handlungen (3.7.2) durchgeführt.

In einer weiteren Prüfung erfolgte eine Analyse der finanziell volumenreichsten und risikoreichsten Transferleistungsprozesse hinsichtlich des Vorhandenseins und der Wirkung der implementierten IKS-Elemente vom Antragseingang bis zur Leistungsbewilligung (3.7.3).

### **3.7.1 Prüfung der zentralen Adressdatei hinsichtlich Mehrfachanlagen von Leistungsberechtigten**

Anlass der Prüfung war die Umsetzung der risikoorientierten Prüfungsplanung. Seit der letzten Dublettenanalyse im Jahr 2020 hat sich die Zahl der leistungsberechtigten Personen im Bereich der ambulanten Hilfen der Leistungen SGB deutlich erhöht. Innerhalb der Fachbereiche 213 und 214 wurde bisher keine entsprechende Prüfung durchgeführt. Ein nicht korrekter Datenbestand führt zu fehlerhaften Abläufen in Bearbeitungsprozessen und nicht aussagekräftigen Auswertungen. Ziel der Prüfung war die Sicherstellung einer Adressdatei im Bereich der leistungsberechtigten Personen ohne aktive Dubletten.

Prüfungsgegenstand waren die Datensätze von rund 75.400 aktiven leistungsberechtigten Personen der Fachbereiche 203 bis 207 sowie 37.000 leistungsberechtigten Personen der Fachbereiche 213 und 214. Ein weiterer Prüfungsgegenstand war die Funktionalität der in den Prozess der Anlage von leistungsberechtigten Personen in ANLEI integrierten „automatisierten Dublettenprüfung“.

Im Rahmen der Auswertungen wurden 67 aktive Mehrfachanlagen im Bereich der Leistungen SGB und 101 aktive Mehrfachanlagen in den Fachbereichen 213 und 214 ermittelt.

Die Datenübereinstimmungen sind nachfolgend über ANLEI einer Plausibilitätskontrolle unterzogen worden und die Wahrscheinlichkeit einer Datendublette bewertet. Die nach der Plausibilisierung verbleibenden doppelten Datensätze wurden an die geprüften Organisationseinheiten zur Prüfung und Inaktiv-Setzung übergeben.

Ein weiteres Ergebnis der Prüfung war, dass Funktionalität der maschinell durchgeführten Dublettenprüfung bei der Anlage von leistungsberechtigten Personen nicht umfassend gegeben ist. Lediglich bei vollständiger Übereinstimmung des Vor- und Nachnamens sowie des Geburtsdatums erhält der Anwender einen Hinweis auf eine mögliche Überstimmung, der jedoch nur informativen Charakter hat. Bereits ein Tippfehler im Namen oder Zahlendreher im Geburtsdatum führt dazu, dass kein Hinweis auf eine mögliche Doppelanlage erscheint, die Speicherung des Datensatzes ist darüber hinaus trotz des Hinweises möglich.

Im Rahmen der Prüfung der Mehrfachanlagen haben sich keine Hinweise auf doppelte Leistungsbewilligungen ergeben. Die Abarbeitung der Listen durch die Fachbereiche wurde inzwischen bestätigt. Die Prüfung ist abgeschlossen.

### **3.7.2 IKS-Prüfungen Datenanalyse Bankverbindungen Leistungen SGB**

Anlass der Prüfung war die Umsetzung der risikoorientierten Prüfungsplanung der Revision. Ziel war die Prüfung der Funktion der implementierten IKS-Elemente in ANLEI sowie der organisatorischen Vorgaben bei der Anlage bzw. Änderung von Bankverbindungen im Bereich Leistungen SGB sowie der Fachbereiche 213 und 214 zur hinsichtlich der Verhinderung doloser Handlungen. Des Weiteren sollte durch die Prüfung das Entdeckungsrisiko für dolose Handlungen erhöht werden. Eine Steigerung des Entdeckungsrisikos sollte darüber hinaus eine präventive Schutzwirkung gegenüber dolosen Handlungen bewirken.

Prüfungsgegenstand waren Bankverbindungs- und Abrechnungsdaten aus dem Zeitraum 01.01.2012 bis 27.02.2023. Aus diesen Daten (insgesamt ca. 87 Millionen Datensätze) wurden durch verschiedene Analysen auffällige, auf den ersten Blick nicht plausible Datensätze extrahiert und anschließend in ANLEI einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Um die vorgenannte, von der Revision mit dieser Prüfung auch beabsichtigte präventive Schutzwirkung nicht zu gefährden, wurde auf weitere detailliertere Ausführungen zu den konkreten Auswertungs- und Prüfungsansätzen verzichtet.

Ziel der Auswertungen und Datenanalysen war es, organisatorische Vorgaben und innerhalb des LWV Hessen bestehende Regelungen sowie prüferische Erfahrungswerte in hieraus abgeleitete Auswertungsregeln zu überführen und mit deren Hilfe Abweichungen von erwarteten Werten und Sachverhalten zu ermitteln. Insgesamt wurden dabei 1.394 Fälle einer Plausibilisierung unterzogen. Die Plausibilisierung der Datensätze erfolgte durch Analyse und Bewertung der in ANLEI erfassten Daten sowie der dort vorhandenen Auswertungsmöglichkeiten und Dienstprogramme.

Bei den plausibilisierten Datensätzen ergaben sich keine Hinweise auf dolose Handlungen.

### **3.7.3 Risikoanalyse der Transferleistungsprozesse vom Antragseingang bis zur Abrechnung**

Prüfungsanlass war die Umsetzung einer risiko- und prozessorientierten Prüfungsplanung. Für den Bereich „Leistungen SGB“ war zum Zeitpunkt der Prüfung noch kein IKS in der GA Internes Kontrollsystem des LWV Hessen implementiert. Einzelne IKS-Elemente waren jedoch bereits in ANLEI und in den Prozessen über die Regelungen der ANLEI Handbücher organisatorisch umgesetzt.

Die Prozesse der finanziell volumenreichsten und risikobehaftetsten Prüfungsfelder wurden hinsichtlich des Vorhandenseins und der Wirkung der implementierten IKS-Elemente vom Antragseingang bis zur Bewilligung erhoben und analysiert. Weiterhin wurde der Prozess der Zahlbarmachung der Leistungen analysiert. Ein weiteres Ziel bestand darin, Betrugsrisiken zu definieren und zu analysieren.

Im Rahmen der Prüfung wurden verschiedene Risiken im Transferleistungsprozess identifiziert, die aus Sicht der Revision ggf. die Möglichkeit für dolose Handlungen bieten könnten, sowohl von extern als auch von intern. Diese Risiken wurden benannt und mittels Daten- und Prozessanalysen und ggf. stichprobenartiger Anforderung von Einzelfallakten untersucht und bewertet.

Ein Schwerpunkt war die Prüfung der Einhaltung von in ANLEI implementierten bzw. organisatorisch verwirklichten IKS-Instrumenten. Dabei wurde festgestellt, dass die im ANLEI-Handbuch grundsätzlich verbindlich vorgeschriebene maschinelle Abrechnung von Ausgaben durch den Funktionsbereich 106.2 bei 10 % der Leistungen nicht eingehalten wurde. Die geprüften Zahlungen insgesamt waren trotz des nicht ordnungsgemäßen Vorgehens wesentlich fachlich nachvollziehbar.

In einem Einzelfall wurden bewusst mit der Wahl des Kosten- und Periodenschlüssels sowie einer Auszahlung von 46.317,39 EUR über die Funktion Sofortzahlung IKS-Elemente umgegangen. Die Zahlung war wegen fehlender Dokumentation nicht nachvollziehbar. Die Revision hat im Juli 2023 eine zeitnahe Bearbeitung dieses Einzelfalles unter Berücksichtigung eventueller Verjährungsfristen angeregt. Die abschließende Klärung der komplexen Sachlage stand zum Redaktionsschluss dieses Schlussberichtes jedoch noch aus. Die Revision steht diesbezüglich im regelmäßigen Austausch mit dem zuständigen Fachbereich 206.

Ein weiterer Schwerpunkt der Prüfung war die Beurteilung der Wirksamkeit des innerhalb des fachlichen Benutzerservices organisierten Datenmanagements. Diesbezüglich war zusammenfassend festzuhalten, dass sich mit der Implementierung eines Datenmanagements die Datenqualität nachdrücklich verbessert hat.

Die Risiken im Fachbereich 102 im Rahmen der Weiterentwicklung von ANLEI (z. B. das wesentliche „Ausprogrammieren“ bestehender IKS-Elemente) sind aufgrund der innerhalb des LWV Hessen bereits ergriffenen Maßnahmen und Verfahrensweisen weitestgehend minimiert.

Ein weiterer Ansatz war die Prüfung von aus Sicht der Revision besonders risikobehafteten Leistungsbearbeitungen bzw. -bewilligungen. Hierunter wurden Leistungen gefasst, deren Bearbeitungsweise von den üblichen Verfahrensvorgaben abweicht. Die hier anzuwendenden Sollvorgaben wurden erhoben und Einzelfälle dahingehend geprüft, ob diese Sollvorgaben eingehalten werden.

Der Teilprozess Abrechnung „Prüfung Rechnungs- mit ANLEI-Daten“ wurde hinsichtlich Funktionalität und möglicher vorhandener Risiken analysiert. Es wurde festgestellt, dass die Schnittstellen zwischen Sachbearbeitung und Funktionsbereich 106.2 hinsichtlich der Definition von Verantwortlichkeiten für eine korrekte Abrechnung aus Sicht der Revision zu konkretisieren sind.

Insgesamt wurden 32 Maßnahmen vereinbart, davon fünf strategische und 27 Maßnahmen zu Einzelfällen. Bis zur Schlussberichterstattung waren bereits 25 Maßnahmen umgesetzt. Durch die Umsetzung der Maßnahmen ergaben sich bislang einmalige Mehrerlöse bzw. Minderausgaben von 15.208,17 EUR und jährliche Mehrerlöse bzw. Minderausgaben von 965 EUR.

#### **4. Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina**

Die Revision des LWV Hessen ist gemäß § 16 Abs. 1 LWV-Gesetz i. V. m. § 131 Abs. 1 Nr. 1 HGO für die Prüfung des Jahresabschlusses der als Regiebetrieb geführten Stiftungsforsten Kloster Haina zuständig. Die Prüfungsergebnisse sind in einem separaten Prüfungsbericht festgehalten, der mit dem Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses in die Verbandsgremien gegeben wird. Die Bestätigung wurde eingeschränkt.

## 5. Unvermutete Kassen- und Geschäftsprüfungen

### 5.1 Gesetzliche Grundlagen

Aufgaben der Revision im Bereich der Kassenprüfung sind nach § 131 Abs. 1 HGO

- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege,
- die dauernde Überwachung der Kassen sowie
- die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen.

Art und Umfang der Prüfungen sind in den Regelungen der GemKVO festgelegt. Danach sind gemäß § 27 Abs. 1 GemKVO bei der Verbandshauptkasse des LWV Hessen und bei jeder ihrer Zahlstellen grundsätzlich einmal jährlich eine unvermutete Kassenprüfung und eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme oder alternativ eine zweite unvermutete Kassenprüfung vorzunehmen. Bei den Zahlstellen des LWV Hessen wurde die jeweilige Verwaltungsleitung damit beauftragt, einmal im Jahr eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme vorzunehmen.

### 5.2 Prüfung der Verbandshauptkasse

Im Kalenderjahr 2023 wurden bei der Verbandshauptkasse in den Zeiträumen vom 14. bis 17.03. und vom 17. bis 20.10. unvermutete Kassenprüfungen durchgeführt.

Neben der Kassenbestandsaufnahme ist im Rahmen einer Kassenprüfung gemäß § 28 GemKVO festzustellen, ob

- der Zahlungsverkehr ordnungsgemäß abgewickelt wird,
- die Bücher ordnungsgemäß geführt werden,
- die erforderlichen Belege vorhanden sind und nach Form und Inhalt den Vorschriften entsprechen,
- der Bestand auf den für den Zahlungsverkehr errichteten Konten bei Kreditinstituten den notwendigen Umfang nicht überschreitet,
- die verwahrten Wertgegenstände und die anderen Gegenstände vorhanden sind,
- die Kassengeschäfte ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt werden.

Für die Bereiche des LWV Hessen und des Integrationsamtes werden in SAP buchungstechnisch zwei getrennte Buchungskreise geführt. Hieraus resultiert, dass zwei Tagesabschlüsse erstellt und die dahingehenden regelhaften Prüfungsinhalte zweifach durchgeführt werden.



### **5.2.1 Kassenbestandsaufnahmen, Vollständigkeitsprüfungen, Bewirtschaftung der Kassenmittel**

Im Rahmen der Prüfungen wurde die Übereinstimmung der vorhandenen Bestände auf den Girokonten mit den Buchhaltungsdaten im Finanzwesen festgestellt. Die aus der Buchhaltung generierten Zahlungsläufe zum Tagesabschluss wurden mit den Zahlungsausgängen im Onlinebanking-Verfahren summarisch abgestimmt.

Seit November 2022 werden beide Girokonten bei der Landeskreditkasse positiv verzinst. Hierdurch konnten in 2023 Zinsen in Höhe von 3.944.074,68 EUR erwirtschaftet werden.

Die Prüfung der Belegablage ergab, dass die den LWV Hessen digital erreichten Bankkontoauszüge fortlaufend und vollständig digital aufbewahrt werden und dass die in der Verbandshauptkasse eingescannten Belege originalgetreu, lesbar und unveränderbar sind.

Die Prüfung des Verwargelasses ergab, dass die eingelieferten Gegenstände im Tresor vorhanden waren und zu allen gemäß dem DV-Verfahren erfolgten Auslieferungen jeweils die Auslieferungsanordnung und die Verwahrbescheinigung vorlagen.

### **5.2.2 Prüfung des internen Kontrollsystems**

Die Verbandshauptkasse ist durch die ihr übertragenen Aufgaben und dem Volumen der täglichen Zahlungsströme einem erhöhten Risiko von dolosen Handlungen ausgesetzt. Daher wurden verschiedene Elemente des internen Kontrollsystems im Hinblick auf ihre wirksame Umsetzung geprüft.

Ein wichtiges Element des internen Kontrollsystems stellen aktuelle Arbeitsanweisungen dar. Grundsätzlich verfügt die Verbandshauptkasse über aktuelle Arbeitsanweisungen für die wesentlichen Prozesse.

Im Rahmen des Zahlungsverkehrs ist es Aufgabe der Verbandshauptkasse, die sogenannten Hash-Werte auf Übereinstimmung zu kontrollieren. Stimmen diese nicht überein, könnte dies ein Hinweis darauf sein, dass der Inhalt der Zahlungsdateien geändert wurde. Im Rahmen der stichprobenweisen Prüfung wurde festgestellt, dass die genannte Kontrollaufgabe von der Verbandshauptkasse wahrgenommen wurde und im Übrigen die Hash-Werte übereinstimmten.

Um das Risiko einer Auszahlung aufgrund einer von einem nicht anordnungsberechtigten Mitarbeitenden erstellten Anordnung zu minimieren, ist die Verbandshauptkasse verpflichtet, ein auf den Anträgen auf Anordnungsbefugnis basierendes Verzeichnis zu führen. Die beim Ab-



gleich der Anträge mit der Liste der Anordnungsbefugnisse aufgetretenen Abweichungen konnten nach Überarbeitung der Liste im Verlauf der Prüfung geklärt werden

Zur Prävention doloser Handlungen ist von der Verbandshauptkasse vor Übertragung der Zahlungsdateien an das Bankinstitut mittels der sogenannten Zahlungskontrollliste auszuwerten, ob Zahlungsdatensätze an VHK-Mitarbeitende enthalten sind. Das Nachvollziehen der Zahlungskontrollliste anhand der SAP-Zahlungstabellen ergab keine Anhaltspunkte für eine eingeschränkte Funktionsfähigkeit dieser Liste.

### **5.2.3 Dauernde Überwachung der Verbandshauptkasse**

Im Rahmen der dauernden Überwachung der Verbandshauptkasse wurden folgende Prüfungstätigkeiten vorgenommen:

- Überwachung der Anlage von Festgeldern zur Liquiditätssicherung im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher und verbandsinterner Vorgaben,
- Auswertung der monatlichen Berichte zur Kassenlage,
- Beobachtung der stetigen Bearbeitung der Verwahrgeld- und Akontobestände,
- Sichtung der manuellen Überweisungen,
- Einhaltung der Betragsgrenze bei der Kleinstbetragsausbuchung und
- ordnungsgemäße Durchführung des Mahn- und Vollstreckungswesens.

Die Geldanlagen des LWV Hessen erfolgten unter Beachtung der gesetzlichen und verbandsinternen Vorgaben.

Aus der Auswertung der Berichte zur Kassenlage ergaben sich keine Feststellungen.

Die Bearbeitung des Klärungsbestandes fand regelmäßig statt. Die Zuordnung erfolgter Lastschrifteinzüge wurde zeitnah vorgenommen.

Die Prüfung der manuellen Überweisungen ergaben keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten.

Bei der Kleinstbetragsausbuchung werden die gesetzlich vorgesehenen Betragsgrenzen eingehalten.

Die analytische Betrachtung der gesetzten Mahnsperren führte zu keinen Hinweisen, dass Mahnsperren unbegründet gesetzt wurden und somit die Forderungsverfolgung diesbezüglich eingeschränkt wird.

Die Auswertung der Mahnhistorie und der offenen Posten-Liste führte zu dem Ergebnis, dass regelmäßige Mahnläufe durchgeführt werden.

Im Wesentlichen wird die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung bescheinigt.

#### **5.2.4 Geldannahmestellen der Zentralverwaltungen**

Die in der Zentralverwaltung bestehenden Geldannahmestellen sind von der Revision gemäß § 131 Abs. 1 HGO i. V. m. Ziffer 3.9.2 GA VHK mindestens einmal jährlich zu prüfen.

Für das Jahr 2023 wurden die Prüfungen der Geldannahmestellen der Druckerei in Kassel, der Kantine und des Kaffeeautomats in Kassel und der Kantine, des Kaffeeautomats und des Getränkeautomats in Darmstadt dementsprechend einmal durchgeführt. Der Handvorschuss der Amtsmeisterei in Kassel wurde im Übrigen in 2023 aufgelöst.

Mit der Prüfung der Geldannahmestelle der Gedenkstätte Hadamar ist gemäß Ziffer 3.9.2 GA Verbandshauptkasse der Fachbereich 103 beauftragt. Für 2023 hat die Revision zusätzlich eine eigene Vor-Ort-Prüfung durchgeführt.

Das Ziel der unvermuteten Kassenprüfung war, das Risiko doloser Handlungen zu vermindern sowie die Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu sichern. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die getätigten Ein- und Auszahlungen rechtzeitig und vollständig abgewickelt sowie durch Belege nachgewiesen wurden.

Im Fokus der Prüfung stand ein Soll-/Ist-Abgleich der jeweiligen Handvorschüsse und Geldannahmestelle zum Prüfungszeitpunkt unter Einsichtnahme der Belege. Die Prüfung erfolgte durch Auswertung der vorgelegten Unterlagen sowie unter Zuhilfenahme der auf die Prüfungszwecke abgestellten Checklisten.

Die Geldannahmestelle der Druckerei in Kassel und die Geldannahmestelle der Gedenkstätte Hadamar zeigten eine Übereinstimmung von Kassenist- und Kassensollbestand. Bei der Prüfung der Geldannahmestellen der Kantine und des Kaffeeautomats in Kassel wurde ein geringfügiger Kassenüberschuss festgestellt. Die Prüfung der Geldannahmestellen der Kantine, des Kaffeeautomats und des Getränkeautomats in Darmstadt ergab einen geringfügigen Kassenfehlbetrag. Die Differenzen wurden erläutert und im Nachgang zur Prüfung ausgeräumt.

Die Gelder aller Geldannahmestellen wurden sicher aufbewahrt. Für die eingerichteten Geldannahmestellen lagen die entsprechenden Ermächtigungen vor. Bei der Geldannahmestelle der Gedenkstätte Hadamar wurde festgestellt, dass der verfügte Höchstbetrag mehrfach überschritten wurde. Hier wurde empfohlen, den Höchstbetrag an die aktuellen Verhältnisse anzupassen. Diese Empfehlung wurde von der Verwaltung umgesetzt.

Im Übrigen wurde im Rahmen der Prüfung der Geldannahmestellen betrachtet, ob im Fachbereich 103 die Rechnungsstellung unter Beachtung der steuerlichen Regelungen ordnungsgemäß erfolgt. Hintergrund dieser Prüfung ist, dass der LWV Hessen seit 01.01.2023 LWV Hessen Unternehmereigenschaften im Sinne des § 2b UStG aufweist, wenn ein Leistungsaustausch auf privatrechtlicher Ebene stattfindet. Im Vorfeld wurden durch den Fachbereich 106 unter Mitwirkung der betroffenen Organisationseinheiten sowie des Steuerbüros Strecker, Berger & Partner umfangreiche Arbeiten durchgeführt, um die beim LWV Hessen vorhandenen Leistungen zu erheben und umsatzsteuerlich zu bewerten. Mit Hilfe verschiedener hausinterner Verfügungen sowie der Einrichtung eines Faktura-Programms in SAP wurde den Organisationseinheiten eine Handreichung zur Rechnungsschreibung, Vertragsgestaltung und Buchung unter Anwendung der entsprechenden Steuerschlüssel zur Verfügung gestellt.

Die stichprobenweise Prüfung der vom Fachbereich 103 ausgestellten Rechnungen ergab, dass diese die nach § 14 UStG erforderlichen Pflichtangaben enthielten und die notwendige Auszeichnung mit Steuerkennzeichen in den steuerpflichtigen Sachverhalten gegeben war.

### **5.3 Prüfungen der Zahlstellen der Verbandshauptkasse**

Die Prüfung der Zahlstellen der Verbandshauptkasse umfasste die Kassen- und Geschäftsprüfung

- des Schulverwaltungsverbundes Mitte in Friedberg und
- des Schulverwaltungsverbundes Nord-Süd in Homberg.

Bestandteile dieser Prüfungen waren insbesondere

- die Feststellung des Barkassenbestandes,
- die Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs mit der Verbandshauptkasse,
- die Einhaltung der kassenrechtlichen Vorschriften,
- die Feststellung der ordnungsgemäßen Führung der Handvorschüsse und Geldannahmestellen,

- die Überwachung der delegierten unvermuteten Prüfungen der Zahlstellen, Handvorschüsse und Geldannahmestellen und
- das Verfahren zum Verwahrtgelass.

### **5.3.1 Kassenbestandsaufnahme**

Bei der Kassenbestandsaufnahme erfolgte in Zusammenarbeit mit der jeweiligen zahlstellenverwaltenden Person die Erfassung des Kassenistbestands. Dieser wurde mit dem Kassensollbestand laut den vorhandenen Aufzeichnungen abgeglichen.

Die unvermuteten Kassenbestandsaufnahmen der Barkassen der Zahlstellen führten zu keinen Feststellungen.

### **5.3.2 Tagesabschlüsse**

Mit der Verfahrensregelung zum Geschäftsablauf in den Zahlstellen wurde festgelegt, dass an jedem Tag mit Geldbewegungen ein Tagesabschluss zu erstellen ist.

Für den im Rahmen der Prüfung betrachteten Zeitraum war festzustellen, dass an allen Verwaltungsstandorten die Tagesabschlüsse vollständig erstellt worden sind.

Im Übrigen konnte anhand der bestehenden Tagesabschlüsse nachvollzogen werden, dass die Barkassenhöchstbeträge in allen Verwaltungsstandorten eingehalten wurden.

### **5.3.3 Kassenbuchführung**

Die Kassenbücher der Zahlstellen werden über das Kassenjournal in SAP geführt. Die Prüfungen ergaben, dass die Anfangs- und Endsalden sowie die Summen der Bewegungen automatisch mitgeführt und angezeigt wurden, sodass jederzeit eine Abstimmung zwischen dem Kassenistbestand und dem Kassensollbestand möglich war.

Das Kassenbuch ist mindestens einmal im Monat abzurechnen. Anhand der Auffüllungen wurde festgestellt, dass in allen Verwaltungsstandorten eine monatliche Abrechnung erfolgte.

#### **5.3.4 Belegprüfung**

Die Prüfung der Belege erfolgte stichprobenweise auf der Grundlage des Kassenjournals. Die Anordnungen wurden auf Form und Inhalt geprüft und mit den begründenden Unterlagen abgeglichen.

In allen Schulverwaltungsverbänden wurde festgestellt, dass Belege nicht vollständig eingescannt wurden. Um einen ordnungsgemäßen Scan der begründenden Unterlagen zu ermöglichen, wurde empfohlen, den Mitarbeitenden eine Handreichung zur Verfügung stellen, wie die Belege für die Anordnungen zusammenzustellen sind, und Erstattungen von Auslagen nur gegen vollständige rechnungsbegründende Unterlagen vorzunehmen. Diese Empfehlung wurde umgesetzt.

Außerdem wurde festgestellt, dass trotz Verbots in Einzelfällen Kundenbonuspunkte gesammelt worden sind. Die Schulverwaltungsverbände wurden gebeten, ihre Mitarbeitenden nochmals auf das Verbot zur Sammlung von Kundenbonuspunkten im Rahmen der dienstlichen Tätigkeit hinzuweisen und sich im Übrigen mit dem Fachbereich 105 bezüglich der weiteren Vorgehensweise zu den trotz Verbot gesammelten Kundenbonuspunkten abzustimmen. Dies wurde umgesetzt.

#### **5.3.5 Zahlungsverkehr**

Zur Durchführung des unbaren Zahlungsverkehrs sind an den jeweiligen Standorten Girokonten für den ausschließlichen Zweck des Zahlungsverkehrs mit der Verbandshauptkasse eingerichtet.

Die Führung der Girokonten erfolgte ordnungsgemäß.

#### **5.3.6 Kassenaufsicht**

Gemäß den zum Prüfungszeitpunkt geltenden Regelungen hat der für die Kassenaufsicht zuständige Bedienstete einmal monatlich eine Zahlstellenprüfung und einmal jährlich eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme durchzuführen.

Die vorgenannten Prüfungen wurden durch die Kassenaufsicht vollständig durchgeführt. Es ergaben sich keine Feststellungen.

### **5.3.7 Handvorschüsse und Geldannahmestellen**

Die Abrechnungen der Handvorschüsse und Geldannahmestellen sind monatlich, spätestens zum Jahresabschluss, vorzunehmen. Die Abrechnungen der Handvorschüsse und Geldannahmestellen erfolgten ordnungsgemäß.

Im Übrigen sind Geldannahmestellen und Handvorschüsse mindestens einmal jährlich unvermutet durch die bzw. den für die Kassenaufsicht zuständige/n Bedienstete/n zu prüfen. Die Schulverwaltungsverbünde haben die Prüfung ordnungsgemäß durchgeführt.

### **5.3.8 Verwahrgeless**

Im Zuge der Kassenprüfung ist stichprobenweise festzustellen, ob die verwahrten Wertgegenstände vorhanden sind und ob die jährliche Abstimmung zwischen verwaltender und verwahrender Stelle sowie zwischen Verbandshauptkasse und Verwaltungsstandort vorgenommen wurde. Die Verwahrung erfolgte an den Verwaltungsstandorten ordnungsgemäß.

### **5.3.9 Rechnungsstellung**

Im Rahmen der Prüfung der Zahlstellen wurde betrachtet, ob in den Schulverwaltungsverbünden die Rechnungsstellung unter Beachtung der steuerlichen Regelungen ordnungsgemäß erfolgt. Hintergrund dieser Prüfung ist, dass der LWV Hessen seit 01.01.2023 LWV Hessen Unternehmereigenschaften im Sinne des § 2b UStG aufweist, wenn ein Leistungsaustausch auf privatrechtlicher Ebene stattfindet. Mit Hilfe verschiedener hausinterner Verfügungen sowie der Einrichtung eines Faktura-Programms in SAP wurde den Organisationseinheiten eine Handreichung zur Rechnungserstellung, Vertragsgestaltung und Buchung unter Anwendung der entsprechenden Steuerschlüssel zur Verfügung gestellt.

Die stichprobenweise Prüfung der von den Schulverwaltungsverbünden ausgestellten Rechnungen ergab, dass diese die nach § 14 UStG erforderlichen Pflichtangaben enthielten und die notwendige Auszeichnung mit Steuerkennzeichen in den steuerpflichtigen Sachverhalten gegeben war.

## 5.4 Prüfung der Sonderkasse der Stiftungsforsten Kloster Haina

Die Revision des LWV Hessen ist gemäß § 16 Abs. 1 LWV-Gesetz i. V. m. § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO für die Prüfung der Sonderkasse der als Regiebetrieb geführten Stiftungsforsten Kloster Haina zuständig. Die Prüfungsergebnisse sind in dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftungsforsten Kloster Haina festgehalten, der mit dem Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses in die Verbandsgremien gegeben wird. In 2023 wurden durch die Revision zwei Kassenprüfungen durchgeführt.

## 6. Prüfung von Auftragsvergaben

### 6.1 Allgemein

Gemäß der GO Revision und des Auftrags der Landesdirektorin vom 13.12.2019 war die Prüfung von Vergaben auf die Revision übertragen. Die Vergaberichtlinie des LWV Hessen beinhaltet unter Nr. 6.1 die Regelung, dass vor Einleitung des Vergabeverfahrens bei Aufträgen ab 42.000 EUR (netto) die Revision durch den Bedarfsträger spätestens mit der Übermittlung des Beschaffungsantrages an die zentrale Vergabestelle über das Vergabeverfahren zu informieren ist. Unabhängig hiervon sind der Revision alle freihändigen Vergaben ab einem Nettoauftragswert von 5.000 EUR (netto) mitzuteilen, wenn die zentrale Vergabestelle nicht beteiligt wurde.

Auf der Grundlage dieser Regelungen wurden der Revision im Jahr 2023 insgesamt 148 Vergabevorgänge angezeigt. Zu diesen Vorgängen wurde entsprechend dem Grundsatz der risikoorientierten Prüfungsplanung eine Bewertung vorgenommen. Von den 148 Vergaben wurden in 34 Fällen (23,0 %) Dienstleistungen und Ausstattungsteile im Bereich Datenverarbeitung durch den Fachbereich 102 ausgeschrieben. Vergaben im Bereich Bauen durch den Fachbereich 402 erfolgten in 48 Fällen (32,4 %). Für den Bereich der Schulverwaltungen wurden elf Vergaben (7,4 %) der Revision zur Anzeige gebracht. Diese betrafen überwiegend die Bereiche Verpflegung, Unterhaltsreinigung und Schülerbeförderung. Die fünf (3,4%) angezeigten Vergaben der Stiftungsforsten Kloster Haina betrafen Dienstleistungen im forstwirtschaftlichen Bereich. Die restlichen 50 angezeigten Vergaben (33,8 %) betrafen u. a. die Beschaffung von Dienstwagen sowie die Durchführung von Fortbildungen und die Beschaffung von Mobiliar.

Die zentrale Vergabestelle ist grundsätzlich für die Beratung der Bedarfsträger bei Vergaben zuständig. In einzelnen Fällen wurde die Revision zusätzlich durch die Bedarfsträger um Beratung zu bevorstehenden Vergabeverfahren gebeten. Die Revision hat im Rahmen dieser Beratungen die Bedarfsträger über die zu beachtende Regelungslage informiert.

Bei einer entsprechenden Bewertung des Risikos des Vergabevorgangs werden durch die Revision begleitende oder nachgehende Prüfungen durchgeführt. Bei der nachgehenden Prüfung finden die Prüfungstätigkeiten nach Abschluss des Vergabeprozesses und -zeitraumes und damit nach Abschluss der Auftragserteilung statt.

Die Prüfung beinhaltet die Betrachtung der ordnungsgemäßen Ausfertigung der Ausschreibungsunterlagen, die Durchführung der Angebotseröffnung, die Auswertung der Angebote, die Ordnungsmäßigkeit der getroffenen Vergabeentscheidung sowie der weiteren Inhalte der Leistungsbeschreibung.

Zudem wird die Wirtschaftlichkeit der getroffenen Beschaffungsentscheidung (z. B. nach Leistungsumfang, Qualitätsstandards etc.) hinterfragt. Mögliche Hinweise werden der beschaffenden Stelle unmittelbar mitgeteilt.

## **6.2 Prüfung der Beschaffung von Spielgeräten an der Max-Kirmsse-Schule**

Gegenstand der Prüfung war die durchgeführte Vergabe zur Beschaffung von Spielgeräten bei der Max-Kirmsse-Schule. Die Schwerpunkte der Prüfung erstreckten sich auf die Einhaltung der vergaberechtlichen Regelungen, die Einhaltung der internen Prozessvorgaben und die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit bei Durchführung des Vergabeprozesses. Mit E-Mail vom 29.06.2023 wurde die Revision über die erfolgte Bestellung von Spielgeräten für die Max-Kirmsse-Schule informiert. Dort wurde geschildert, dass die vorhandenen alten Spielgeräte für einen Zeitraum von acht Jahren nicht mehr erneuert wurden und aus Sicherheitsgründen entfernt werden mussten. Eine vorherige Erneuerung erfolgte nicht, da angenommen wurde, dass im Rahmen des Neubaus am Schulstandort der Abbau und die Erneuerung der Spielgeräte erfolgen würde. Da dies nicht erfolgte, sah die Verwaltungsleitung einen dringenden Handlungsbedarf, neue Spielgeräte anzuschaffen.

Im Verlauf der Prüfung konnte festgestellt werden, dass die Beschaffung von Spielgeräten an der Max-Kirmsse-Schule entgegen der Regelungen der GA Vergabe ohne Beteiligung der zentralen Vergabestelle erfolgte. Zudem konnte die Durchführung einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb im Sinne der UVgO anhand der vorgelegten Dokumentation nicht



nachvollzogen werden.

Seitens der geprüften Stelle wurde im Rahmen der Prüfung erläutert, dass zukünftig Beschaffungen entsprechend der internen und externen Vergaberegungen vorgenommen werden.

## **7. Personalwesen**

### **7.1 Stellenplan und Personalkosten**

Das Stellenvolumen des LWV Hessen des Jahres 2023 hat sich mit 1.490 Stellen im Vergleich zum Vorjahr mit 1.470,5 Stellen um 19,5 Stellen erhöht. Bei der Gesamtzahl der Stellen ist zu berücksichtigen, dass seit 2022 die Beamtenstellen der Stiftungsforsten Haina nicht mehr im Stellenplan des LWV Hessen, sondern unmittelbar im Wirtschaftsplan der Stiftungsforsten Kloster Haina ausgewiesen werden.

Bei den Zentralverwaltungen sind im Vergleich mit 1.135 Stellen 19 Stellen mehr veranschlagt worden.

Bei den Schulen des Verbandes wurde mit 315,5 Stellen eine halbe Stelle weniger im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Unverändert sind für die Geschäftsführungen der Fraktionen im Stellenplan 2023 drei Stellen und für die ANLEI-Service GmbH eine halbe Stelle vorgesehen. Für die forensischen Kliniken sind mit 30 Stellen eine Stelle mehr für leitende Ärzte ausgewiesen. Die Anzahl der Beamtenstellen bei den Vitos Gesellschaften sind mit 26 gleichgeblieben.

### **7.2 Personalkostenentwicklung**

Für das Haushaltsjahr 2023 wurden Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von insgesamt rund 135,44 Mio. EUR veranschlagt, davon 132,51 Mio. EUR im Haushaltsplan 2023 und 2,93 Mio. EUR im Wirtschaftsplan 2023 der als Regiebetrieb geführten Stiftungsforsten Kloster Haina.

Die im Haushaltsplan 2023 veranschlagten Personal- und Versorgungsaufwendungen schließen neben den Zuführungen für Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen, Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten der Beamten der Zentralverwaltungen, den Versorgungslastenausgleich im Rahmen von Dienstherrnwechsel sowie den Rückstellungen zur Altersteilzeit in Höhe von 10,59 Mio. EUR ein. Die im Wirtschaftsplan der Stiftungsforsten Kloster Haina

veranschlagten Personalaufwendungen beinhalten auch die gesetzlichen Sozialabgaben, die Aufwendungen zur Altersversorgung, Beihilfen und Sonstiges in Höhe von 1,42 Mio. EUR.

### **7.3 Prüfung „Zahlung von Zeitzuschlägen (inkl. Zahlung von Überstunden und Mehrarbeitsvergütungen) an Mitarbeitende der Zentralverwaltung des LWV Hessen“**

Die Anspruchsvoraussetzungen für die Zahlung der Zeitzuschläge (inkl. Zahlung von Überstunden, Mehrarbeitsvergütungen) wurden in den geprüften Fällen ordnungsgemäß festgestellt, die Berechnung der Zeiten richtig durchgeführt und mit den korrekten Lohnarten ausbezahlt.

Der manuelle Arbeitsprozess bei der Bearbeitung und Zahlung der Zeitzuschläge birgt ein erhöhtes Risikopotenzial und ist mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden. Es ist zu prüfen, inwieweit durch die Nutzung des Moduls LOGA<sup>3</sup>-Zeitwirtschaft, welches Bestandteil des Personalabrechnungsverfahrens LOGA<sup>3</sup> ist, der Prozess zur Ermittlung und Berechnung der Zeitzuschläge innerhalb des Verfahrens automatisiert werden kann.

Eine Kontrolle im Rahmen des „Vier-Augen-Prinzips“ bei der Bearbeitung der Zeitzuschläge (inkl. Zahlung von Überstunden, Mehrarbeitsvergütungen) findet nicht statt. Um mögliche Über- bzw. Unterzahlungen durch fehlerhafte Eingaben zu vermeiden, ist sicherzustellen, dass geeignete Kontrollelemente in den Prozess implementiert werden.

### **7.4 Prüfung „Laufende Personalfälle von Beschäftigten und Beamten der Zentralverwaltung des LWV Hessen“**

Die Bearbeitung laufender Personalfälle erfolgte unter Beachtung der einschlägigen tariflichen und beamtenrechtlichen Regelungen. Der Bearbeitungsprozess im Rahmen der Bearbeitung laufender Personalfälle (Beschäftigte und Beamte) ist nachvollziehbar und zweckmäßig und wird in den Personalakten vollständig dokumentiert.

Die in der GA IKS für den Fachbereich 105 definierten organisatorischen Sicherungsmaßnahmen/Kontrollhandlungen wurden in den geprüften Fällen dokumentiert. Es ergaben sich keine Hinweise, dass die Kontrollen nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurden.

## **8. DV-Angelegenheiten**

Der LWV Hessen hat zur Steigerung der IT-Sicherheit die IT-Mindeststandards als verbindliche Richtlinie für sämtliche Organisationseinheiten festgeschrieben.

Ziel der IT-Sicherheit beim LWV Hessen ist es, das jeweils erforderliche Sicherheitsniveau zum Schutz der Geschäftsprozesse, Verfahren, Infrastruktur und der zugehörigen Informationen durch angemessene Maßnahmen in den Bereichen Personal, Organisation und Technik sicherzustellen.

### **8.1 Prüfung über die Virtualisierung der IT-Systeme**

Gemäß den IT-Mindeststandards ist für jedes Verfahren ein IT-Sicherheitskonzept zu erstellen. Die virtuellen Systeme sind ein Bestandteil des B-Verfahrens B14-Citrix-Infrastruktur, für welches noch kein IT-Sicherheitskonzept existiert. Gemäß der Leitlinie IT-Sicherheit können für bestehende Verfahren sukzessive die IT-Sicherheitskonzepte nacherhoben werden.

Die Anforderungen aus den IT-Mindeststandards des LWV Hessen an die Virtualisierung mit Blick auf die IT-Sicherheit sind umfangreich. Zum einen sind Anforderungen an die IT-Systeme unabhängig der technischen Plattform – physische oder virtuelle Systeme – und zum anderen an die virtuelle Infrastruktur zu berücksichtigen. Dementsprechend wurden vier Anforderungskataloge aus dem BSI-Grundschutzkatalog mit insgesamt 87 Anforderungen in Augenschein genommen.

Zu vier dieser in Augenschein genommenen Anforderungen konnte festgestellt werden, dass diese nicht oder nur teilweise umgesetzt sind.

Diese Feststellungen haben zu keiner Beeinträchtigung des IT-Sicherheitsniveaus des LWV Hessen geführt.

### **8.2 Prüfung über Active Directory Domain Services**

Der Active Directory Domain Services ist ein nach der Schutzbedarfsfeststellung des LWV-Hessen ein B-Verfahren, für welches noch kein IT-Sicherheitskonzept existiert. Gemäß der Leitlinie IT-Sicherheit können für bestehende Verfahren sukzessive die IT-Sicherheitskonzepte nacherhoben werden.

Die Anforderungen aus den IT-Mindeststandards des LWV Hessen an den Baustein des BSI APP2.2 Active Directory Domain Services wurden in Augenschein genommen. Hierbei konnte festgestellt werden, dass 56 % der Anforderungen erfüllt werden.

Die geprüfte Stelle hat das Ziel, die vollständige Umsetzung der Anforderungen und Erstellung eines IT-Sicherheitskonzepts gemäß der Leitlinie IT-Sicherheit bis Ende 2024 abzuschließen.

Diese Feststellungen haben zu keiner Beeinträchtigung des IT-Sicherheitsniveaus des LWV Hessen geführt.

### **8.3 Speicherlösungen**

Die Mindeststandards für die IT-Sicherheit des LWV Hessen beschreiben mit administrativen, organisatorischen und technischen Vorgaben verbindliche Sicherheitsmaßnahmen, um einen möglichst effizienten und wirkungsvollen Schutz beim Einsatz von Speicherlösungen sicherzustellen. Ziel ist es, die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der zentralen Speichersysteme und den darauf abgelegten Daten zu gewährleisten und vor möglichen Bedrohungen zu schützen.

Schwerpunkt der Prüfung war, auf Basis der Mindeststandards für die IT-Sicherheit des LWV Hessen und der von dem Fachbereich übermittelten Unterlagen zu prüfen, ob die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt und die vorzuhaltenden Dokumentationen existieren bzw. aktuell sind. Geprüft wurde, entsprechend der Zuständigkeit, der Funktionsbereich 102.3.

Das erforderliche IT-Sicherheitskonzept konnte zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vollständig nachgewiesen werden, war aber in Bearbeitung und wurde in Confluence dokumentiert. Mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten ist die Erforderlichkeit eines Notfallplans für die eingesetzten Speicherlösungen und die damit verbundenen Übungen und Tests sowie die Vorhaltung eines Test- und Konsolidierungssystems zu klären. Auch die zur Sicherstellung der Integrität der SAN-Fabric geforderten zusätzlichen Sicherheitsmerkmale sind mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten zu erörtern. Des Weiteren sind Art und Regelmäßigkeit der Integritätsprüfungen des RAIDs der Speichersysteme mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten abzustimmen.

Im Ergebnis werden die Sicherheitsanforderungen der IT-Mindeststandards wesentlich erfüllt.

Mit der geprüften Organisationseinheit wurden Maßnahmen zur Dokumentation und Organisation sowie Regelungen der Sicherheitsmaßnahmen für Speicherlösungen vereinbart. Die Maßnahmen wurden bisher noch nicht umgesetzt.

## **8.4 Begleitende Prüfung zur Umstellung auf Office 2021**

Aufgrund der Einstellung des Supports für Office 2010 durch Microsoft und der damit verbundenen Folge, dass keine Sicherheitsupdates mehr bereitgestellt werden und keine neuen Sicherheitslücken mehr geschlossen werden können, wurde durch den Fachbereichsleiter 102 das Projekt zur Einführung von Microsoft Office 2021 beauftragt.

Der Schwerpunkt der Prüfung lag zum einen darauf festzustellen, ob und wie die festgelegten Sicherheitsanforderungen umgesetzt wurden und in welchem Umfang die Anforderungen der Mindeststandards für die IT-Sicherheit des LWV Hessen berücksichtigt wurden. Geprüft wurde, entsprechend der Zuständigkeit, der Funktionsbereich 102.3.

Mit der Umstellung wurden die Sicherheitsvorgaben der Mindeststandards für die IT-Sicherheit des LWV Hessen beachtet und berücksichtigt. Bezüglich der Dokumentation wurde festgestellt, dass das erforderliche Betriebshandbuch sowie das IT-Sicherheitskonzept noch nicht fertiggestellt waren.

Mit der geprüften Organisationseinheit wurde eine Maßnahme zur Dokumentation des Betriebshandbuchs und der Erstellung des IT-Sicherheitskonzepts vereinbart. Sie wurde bisher noch nicht umgesetzt.

## **8.5 Programmprüfung über die Berechtigungsprüfung in SAP-Faktura**

Das Verfahren SAP-Faktura wurde im Jahr 2022 mit dem Ziel, die bisherige in Microsoft Word oder Excel erstellte Rechnungsstellung abzulösen, im Finanzwesen des LWV Hessen eingeführt.

Gegenstand und Schwerpunkt der Prüfung waren die den Anwendern zugewiesenen Berechtigungen zur Nutzung der Transaktionen des Modules „Faktura“ im SAP-System des LWV Hessen.

Die geprüfte Stelle ist für die Anwendungsentwicklung und Berechtigungsvergabe im Finanzwesen des LWV Hessen verantwortlich.

Die Prüfung hat keinen Anlass dafür gegeben, das an der grundsätzlich ordnungsgemäßen Umsetzung der für das DV-Verfahren Faktura beantragten Berechtigungen durch die geprüfte Stelle infrage zu stellen.

## **8.6 Programmprüfung über die begleitende Prüfung des ersten Teilprojekts Einführung SAP S/4 on Hana**

Die Programmprüfung wurde im Rahmen einer begleitenden Prüfung durchgeführt. Es erfolgte eine analytische Betrachtung der im ersten Teilprojekt zur Einführung von „SAP S/4 mit SAP on Hana“ durchgeführten Änderungen an dem SAP-System.

Die Planungen des Fachbereichs 102 sehen die Umstellung auf SAP in zwei Teilprojekten vor. In dem ersten Teilprojekt, worauf sich diese Ausführungen beziehen, wurde das SAP-Umfeld auf eine neue Hardware – SAP-Hana-Datenbank – migriert sowie ein Update auf SAP-NetWeaver 7.52 und EHP8 durchgeführt. Weitergehende maßgebliche Änderungen an dem grundlegenden IT-Umfeld erfolgten nicht.

Aufgrund der vorliegenden Programmfreigaben und der ausgewerteten Testergebnisse bestehen aus fachlicher Sicht keine Zweifel an der Gesetz- und Ordnungsmäßigkeit der Buchführung in den Verfahren ANLEI/SAP.

Hieraus hat sich für die Revision nicht die Notwendigkeit ergeben, das gesamte IT-Umfeld erneut einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen.

## **9. Bauprüfung**

### **9.1 Prüfung der Vergabe der Rechtsberatung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule**

Gegenstand der Prüfung war die Beauftragung der Rechtsberatung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule. Die Schwerpunkte der Prüfung erstrecken sich auf die Einhaltung der vergaberechtlichen Regelungen und die Einhaltung der internen Prozessvorgaben bei Durchführung des Vergabeprozesses.

Die Prüfung der vorgelegten Unterlagen hat ergeben, dass die erstmalige Beauftragung der Rechtsberatung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule am 22.01.2021 erfolgt ist.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren insgesamt 46.994,23 EUR brutto (39.490,94 EUR netto) für die Rechtsberatung seitens des LWV Hessen ausgezahlt worden. Da dieser Betrag den Schwellenwert für europaweite Ausschreibungen nicht überschreitet, waren als Rechtsgrundlage für diese Prüfung u. a. die Regelungen der VOL/A heranzuziehen, welche zu diesem Zeitpunkt die noch geltende Rechtsgrundlage darstellten.

Die Auswertung der vorgelegten Unterlagen hat ergeben, dass die Beauftragung der Rechtsberatung am 22.01.2021 zwischen dem LWV Hessen und der Rechtsberatung im Rahmen einer Gebührenvereinbarung direkt erfolgt ist. Ein Vergabeverfahren wurde entgegen der damals geltenden Regelungslage nicht durchgeführt. Es erfolgte keine Einbindung der zentralen Vergabestelle. Die Regelungen der Vergaberichtlinie des LWV Hessen wurden nicht beachtet. Im Verlauf der Prüfung wurde seitens des Fachbereichs 402 erläutert, dass geplant sei, für künftige Rechtsberatungsleitungen unter Beachtung der aktuell geltenden Regelungslage der UVgO bzw. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen einen Rahmenvertrag abzuschließen.

### **9.2 Prüfung der Vergabe des Sicherheitsdienstes bei der Hermann-Herzog-Schule**

Prüfungsgegenstand war die Vergabe des Sicherheitsdienstes bei der Hermann-Herzog-Schule. Der Fachbereich 402 hatte eine Firma bei der Baustelle an der Hermann-Herzog-Schule mit Sicherheitsdienstleistungen beauftragt. Bei der Beauftragung der Sicherheitsdienstleistungen wurden im Prüfungszeitraum die vergaberechtlichen Vorschriften nicht beachtet. Die Sicherheitsdienstleistungen wurden durch die geprüfte Stelle direkt beauftragt. Die Sicherheitsdienstleistungen hätten öffentlich durch die zentrale Vergabestelle ausgeschrieben werden müssen. Die Begründungen der geprüften Stelle, warum der Sicherheitsdienst beauf-

trägt wurde, waren aus Sicht der Revision nicht schlüssig.

Inwieweit die geprüfte Stelle die Leistungen des Sicherheitsdienstes im Prüfungszeitraum überwacht und kontrolliert hat und die Einhaltung der Anforderungen aus den Angeboten bzw. Aufträgen sichergestellt wurden, wurde gegenüber der Revision nicht dokumentiert.

Die Rechnungsbearbeitung durch die geprüfte Stelle erfolgte im Prüfungszeitraum nicht ordnungsgemäß. Es ist zu Überzahlungen und Abweichungen zwischen Angebot bzw. Auftrag und den Rechnungen gekommen, welche der geprüften Stelle bei einem Abgleich von Soll und Ist aus Sicht der Revision hätten auffallen können.

In der Zwischenzeit hat der Fachbereich 402 organisatorische Änderungen vorgenommen und seine Kontrollmaßnahmen intensiviert, um auf eine ordnungsgemäße Ausführung bei der Firma hinzuwirken.

### **9.3 Prüfung der Vergabe der Wandöffnung im Rahmen des Wasserschadens an der Hermann-Herzog-Schule**

Im Schulneubau der Hermann-Herzog-Schule wurde festgestellt, dass ein verhältnismäßig hoher Wasserverbrauch im Gebäude vorlag, obwohl der Neubaubereich noch nicht den Schulbetrieb aufgenommen hatte.

Nachdem mehrere Untersuchungen durchgeführt worden waren, stellte man fest, dass es sich um eine Leckage einer Sanitärleitung im Küchenbereich handelte. Es handelte sich hierbei um eine Anschlussleitung für ein Warmhaltegerät. Die undichte Pressverbindung der Sanitärleitung war in einer Trockenbauwand montiert. Unterhalb der Verbindung war die Mineralwolldämmung nass.

Prüfungsgegenstand waren die bau- und haustechnischen Vergaben im Rahmen der Wandöffnung für die Untersuchung der Leckage im Neubau der Hermann-Herzog-Schule in Frankfurt am Main. Schwerpunkt der Prüfung war die Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren und die fachgerechte Ausführung bei der Öffnung der Ständerwand. Es wurde geprüft, ob die Vorgaben der VOB, der LWV-Baurichtlinie und der LWV-Richtlinie zur Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bzw. der GA Vergaben eingehalten wurden.



Bei der Angebotseinholung wurde kein Leistungsverzeichnis erstellt, sondern es wurde nur ein Angebot von einer Firma angefordert, welche dann auch den Auftrag erhielt. Darüber hinaus wurden zwei Nachträge angeboten und beauftragt. Die Abrechnung der Aufträge erfolgte mit insgesamt sieben Abschlagszahlungen. Die 1. Abschlagszahlung hat einen Bezug zum ursprünglichen Auftrag. In dieser wurde das Herstellen der Wandöffnungen abgerechnet. In den nachfolgenden sechs Abschlagszahlungen wurde u. a. der Abbau eines Bauzaunes, der Umbau von Wasserleitungen, das Verschließen von Heizungsleitungen und die Demontage von Luftkästen abgerechnet. Die Abrechnung dieser sechs Abschlagszahlungen war nicht ordnungsgemäß in Bezug auf Zustandekommen der Aufträge und der Abrechnungen. Eine Dokumentation war nicht erfolgt.

Insgesamt waren weder der Durchführungsprozess noch der Nachtragsprozess ordnungsgemäß. Mit dem Fachbereich 402 wurde eine Maßnahme zur Qualitätssteigerung vereinbart; die Maßnahme wurde umgesetzt.

#### **9.4 Anbau und Sanierung des Gisbert-Lieber-Hauses: Lüftung**

Das Gisbert-Lieber-Haus ist eine Bildungseinrichtung für Schüler mit dem Förderschwerpunkt Hören in der Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

In den Jahren 2014 bis 2021 wurde das Gisbert-Lieber-Haus in Bad Camberg saniert. Das Haus, in dem sich das Internat und Räume der Ganztagsangebote der Freiherr-von-Schütz-Schule befanden, sollte technisch auf den neusten Stand gebracht werden. Im Innern wurde das Gebäude mit Akustikdecken und -wänden versehen, um den Schallschutz zu verbessern und die Raumsituation für die hörgeschädigten Schüler zu verbessern. Im Südwesten hat das Gebäude einen Anbau erhalten, in dem die neue Mensa beherbergt ist.

Die Projektleitung für den Anbau und Sanierung des Gisbert-Lieber-Hauses, welche in den Jahren 2014 bis 2021 durchgeführt wurde, oblag dem Fachbereich 402, wobei die Planung und Ausführung für den Bereich Heizung und Lüftung von einem externen Ingenieurbüro durchgeführt wurde.

Prüfungsgegenstand war die Sanierung des Haupt- und Anbaus des Gisbert-Lieber-Hauses in Bad Camberg. Schwerpunkt der Prüfung waren die haustechnische Ausführung und Abrechnung der Bauleistungen des Gewerks Lüftung. Die Prüfung umfasste die Kostenentwicklung und die Abrechnung des haustechnischen Gewerkes Lüftung. Durch zwei entscheidende

Begebenheiten ist der Bauablauf für die Sanierung des Gisbert-Lieber-Hauses beeinflusst wurden: Zum einen war es die F90-Verkleidung der Flure und zum anderen die Feststellung von Schadstoffen in dem Dach des Anbaues. Dadurch war es notwendig, die bestehende Planung auf die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die daraus resultierende Bauzeitenverlängerung und die geänderte Ausführungsplanung ergaben mehrere Nachträge und eine Einheitspreisanpassung. Bei der Schlussrechnung wurden erhöhte Einheitspreise für Hauptpositionen abgerechnet, die nicht in den Nachträgen vereinbart und beauftragt worden waren. Des Weiteren wurden Positionen abgerechnet, die in keinem Nachtrag beauftragt worden waren. Die Sachstandsklärung durch Fachbereich 402 dauert an.

## **10. Prüfungsaktivitäten als interne Revision der Vitos Gesellschaften**

Für das Jahr 2023 wurden der Revision des LWV Hessen seitens der Vitos GmbH und ihren Tochterunternehmen verschiedene Prüfungsaufträge erteilt. Die Prüfungen wurden entsprechend dieser Aufträge durchgeführt.

Die Prüfungsberichte wurden über die Konzernrevision an die Geschäftsführung der Vitos GmbH und der jeweiligen Tochtergesellschaften übermittelt und diverse Schlussbesprechungen geführt. Mit der Übermittlung der endgültigen Prüfungsberichte sind die Prüfungen für die Revision abgeschlossen. Die Maßnahmenüberwachung obliegt der Konzernrevision der Vitos GmbH. Die Prüfungsaufträge werden dem LWV Hessen von den Vitos Gesellschaften vergütet.

## **11. Betätigungs- und Beteiligungsprüfung**

Gemäß § 131 Abs. 2 HGO i. V. m. § 4 Abs. 2 Nr. 6 der GO Revision ist die Revision für die Prüfung der Betätigung des LWV Hessen bei Unternehmen in privater Rechtsform, an denen der LWV Hessen beteiligt ist, zuständig.

Der Schlussbericht 2023 stellt die Ergebnisse der Betätigungs- und Beteiligungsprüfung für das Geschäftsjahr 2023 dar.

Das Ziel der Prüfungen war es festzustellen, ob die Betätigungen und Beteiligungen des LWV Hessen gesetzes- und regelungskonform sind, ob der Fachbereich 301 seine Prüfungs-, Überwachungs- und Steuerungsfunktionen hinreichend erfüllt hat, der Beteiligungsbericht einen

zutreffenden Überblick über die Aufgabenerfüllung und die wirtschaftliche Situation der Beteiligungen gibt und die Umsetzung der in Vorjahren getroffenen Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen erfolgt ist.

## 11.1 Prüfung der Gesellschaften

In dem nachfolgenden Schaubild sind die Beteiligungsverhältnisse zum Stichtag 31.12.2023 abgebildet:

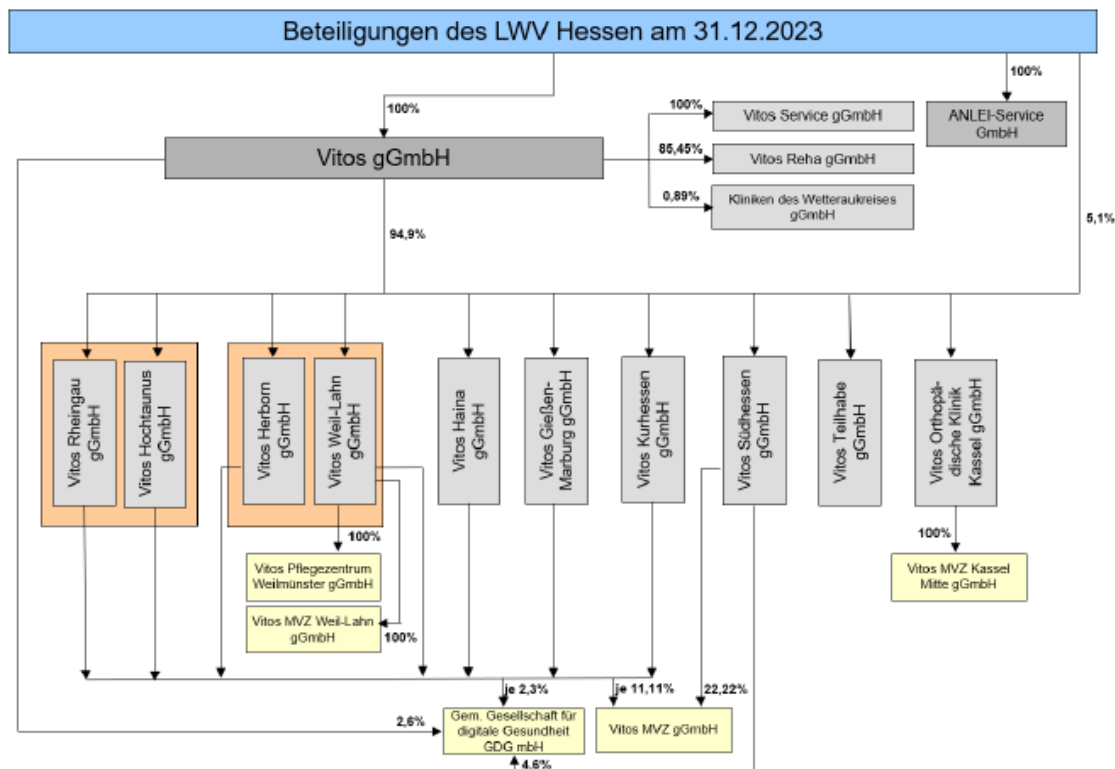


Abb. 1: Beteiligungen des LWV Hessen (Fachbereich 301)

Gegenüber dem Vorjahr gab es in der Beteiligungsstruktur keine Veränderungen. Die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung nach § 121 HGO sind weiterhin erfüllt.

✓ **Zu der Beteiligungsstruktur haben sich keine Feststellungen ergeben.**

Die Jahresabschlüsse einschließlich der Lageberichte der Vitos Gesellschaften sowie der ANLEI-Service GmbH wurden nach den Regelungen für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und von Wirtschaftsprüfenden bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft.

- ✓ **Die Berichte über die Jahresabschlussprüfungen 2023 enthielten durchgehend uneingeschränkte Bestätigungsvermerke und die Ergebnisse zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG.**

Die Vitos Service gGmbH, Vitos Hochtaunus gGmbH, Vitos Weil-Lahn gGmbH, Vitos Pflegezentrum Weilmünster gGmbH, Vitos MVZ Kassel Mitte gGmbH und die Vitos MVZ gGmbH wiesen im Jahr 2023 negative Jahresergebnisse aus. Der LWV Hessen musste keinen Ausgleich für negative Jahresergebnisse erbringen.

Im Übrigen wurde betrachtet, inwieweit sich die Gesellschaften auf die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive) vorbereitet haben. Die vorgenannte Richtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, über Nachhaltigkeitsziele und Kennzahlen im Lagebericht zu berichten. Unternehmen, die bereits unter die Richtlinie über die Angabe nicht finanzieller Informationen fallen, werden im Jahr 2025 erstmalig verpflichtet sein, nach diesen Vorgaben über das Geschäftsjahr 2024 Bericht zu erstatten. Darauffolgend wird die Berichtspflicht ausgeweitet. Es folgen alle rechtlich großen Unternehmen, die derzeit nicht der Richtlinie über die Angabe nicht finanzieller Informationen unterliegen. Sie werden ab dem Jahr 2026 erstmalig über das Geschäftsjahr 2025 Bericht erstatten müssen.

Die Vitos Gesellschaften haben die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um diesen Berichtspflichten nachzukommen. Die Berichte jeder einzelnen Tochtergesellschaft sollen auf Konzernebene zu einem Gesamtbericht zusammengefasst werden, wodurch die Berichtspflicht auf der Ebene der Tochtergesellschaften entfällt. Dieser Bericht soll als Teil des Lageberichtes der Vitos gGmbH im Konzernabschluss Einzug erhalten und auch durch den zuständigen Wirtschaftsprüfer geprüft werden.

- ✓ **Die Berichtspflichten nach der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung werden nach aktuellem Stand von den Gesellschaften planmäßig umgesetzt.**

## 11.2 Prüfung des Fachbereichs 301

Die Arbeitsgrundlage für die Aufgabenwahrnehmung des Fachbereichs 301 ist die Beteiligungsrichtlinie. Sie ist der verbindliche Rahmen für das Zusammenwirken zwischen dem Fachbereich 301, dem LWV Hessen und den Beteiligungen. Gemäß der Beteiligungsrichtlinie sind die Gesellschaften verpflichtet, dem Fachbereich 301 zwecks Wahrnehmung seiner Prüfungs-, Überwachungs- und Steuerungsfunktion Wirtschaftspläne, Quartals- und Risikoberichte vorzulegen.

- ✓ ***Die Wirtschaftspläne der Beteiligungsgesellschaften wurden ordnungsgemäß dem Haushaltsplan als Anlage beigelegt. Die Quartals- und Risikoberichte wurden rechtzeitig zugeleitet.***

Neben der Beteiligungsrichtlinie ist der Kodex für eine gute Unternehmensführung zu beachten. Der LWV Hessen verpflichtet sich, bei seinen Beteiligungsunternehmen eine gute, d. h. verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten, die sich sowohl am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens selbst als auch am Gemeinwohl orientiert. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat sich der LWV Hessen damit gleichzeitig verpflichtet sicherzustellen, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen insbesondere auch die öffentlichen Belange berücksichtigt werden.

Die stichprobenweise Prüfung der Einhaltung der Regelungen des Kodex für eine gute Unternehmensführung hat ergeben, dass im Bereich der Muss-Regelungen diese in sämtlichen Fällen eingehalten wurden. Im Bereich der Soll-Regelungen wurden zwei der Regelungen, welche die Ausweisung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführer betreffen, nicht umgesetzt. Hierbei wird sich auf die Schutzvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB berufen, wodurch eine Offenlegung der Geschäftsführergehälter in den Fällen unterbleibt, wenn dies dazu führt, dass Rückschlüsse auf die Gesamtbezüge der einzelnen Personen getroffen werden können. Ausgenommen hiervon ist die Vitos gGmbH. Dort wird der Gesamtbetrag der Geschäftsführergehälter genannt, seitdem es drei Geschäftsführer gibt.

- ✓ ***Die Regelungen des Kodex für eine gute Unternehmensführung wurden eingehalten.***

## 11.3 Prüfung des Beteiligungsberichts

Gemäß § 16 Abs. 1 des Gesetzes über den LWV Hessen i. V. m. § 123a HGO ist der Beteiligungsbericht jährlich zu erstellen.

Die Erörterung für den Beteiligungsbericht 2023 erfolgte am 02.10.2024 in öffentlicher Sitzung durch die Verbandsversammlung.

Nach § 123a Abs. 1 HGO sind im Beteiligungsbericht Angaben zu Unternehmen in der Rechtsform des Privatrechts, an denen die Gemeinde mit mindestens 20 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, vorzunehmen. Dieser gesetzlichen Vorgabe ist der LWV Hessen sowohl im Beteiligungsbericht 2023 nachgekommen.

Darüber hinaus sind nach § 123a Abs. 2 HGO in den Beteiligungsbericht aufzunehmen:

- Gegenstand des Unternehmens, Beteiligungsverhältnisse, Besetzung der Organe und Beteiligungen des Unternehmens,
- Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs, Ertragslage des Unternehmens, Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den LWV Hessen und Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, Kreditaufnahmen und vom LWV Hessen gewährte Sicherheiten,
- Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für das Unternehmen,
- Bezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung.

Die erforderlichen Angaben sind bis auf die Bezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans enthalten. In den Jahresabschlüssen der Gesellschaften (ausgenommen Vitos gGmbH) wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB auf diese Angabe verzichtet. Diese Schutzklausel wurde auch für den Beteiligungsbericht übernommen.

✓ ***Der Beteiligungsbericht für 2023 entspricht den gesetzlichen Vorgaben des § 123a HGO.***

Um die Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften im Zeitvergleich anschaulich darzustellen, werden die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen in einem Superindikator komprimiert. Dieser bildet jeweils die Entwicklung der Gesellschaften graphisch ab.

Im Beteiligungsbericht wird neben der Darstellung des Superindikators zu jeder einzelnen Gesellschaft auch ein Vergleich der Tochtergesellschaften miteinander vorgenommen. Zu diesem Zweck wird der Durchschnitt aus den Gesellschaften errechnet, die zu den Krankenhausbetrieben zählen. Der Grund, warum in den Vergleich nicht alle Gesellschaften einbezogen werden, liegt nach Auskunft des Fachbereichs 301 darin, dass der Superindikator auf den für die Krankenhausbranche existierenden Rahmenbedingungen eingestellt ist.

Im Beteiligungsbericht ist hierzu aufgeführt, dass die Berechnung des Durchschnitts ohne die Vitos gGmbH, die ANLEI Service GmbH und die Enkelgesellschaften erfolgt. An entsprechender Stelle wird ein Hinweis mit aufgeführt, der den oben dargestellten Zustand erklärt.

✓ ***Die Darstellung des Superindikators für die Gesellschaften im Beteiligungsbericht für 2023 erfolgte korrekt.***

## 11.4 Maßnahmen aus Vorjahren

Im Rahmen der Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 wurde die Maßnahme MA 2559-01 mit dem Fachbereich 301 vereinbart. Der Fachbereich 301 nimmt eine Regelung in die Beteiligungsrichtlinie auf, die die regelhafte Abgabe der Mehrjahrespläne durch die Vitos-Holding an den Fachbereich 301 beinhaltet. Die Maßnahme ist bis zum 31.12.2025 umzusetzen und demnach noch offen.

Während der Prüfung für das Geschäftsjahr 2021 wurde die Maßnahme 2831-01 mit dem Fachbereich 301 vereinbart. Der Fachbereich 301 überarbeitet den Kodex für eine gute Unternehmensführung in Hinblick auf das Thema Nachhaltigkeit und nimmt entsprechende Regelungen mit in den Kodex auf. Die Frist wurde auf den 31.12.2025 verlängert.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde die Maßnahme 2959-01 mit dem Fachbereich 301 vereinbart. Der Fachbereich 301 überarbeitet den Kodex für eine gute Unternehmensführung in Ziffer 2.4.1 und passt den Wortlaut an die Regelungen der HGO zur paritätischen Vertretung im Aufsichtsrat an. Die Frist wurde auf den 31.12.2025 verlängert.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>1</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>1 Vorbemerkungen</b>	<b>4</b>
1.1 Zuständigkeit der Revision	4
1.2 Ziel der Prüfung	4
1.3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
1.4 Prüfungsdurchführung	5
1.5 Schlussbericht	5
<b>2 Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsergebnisse</b>	<b>6</b>
<b>3 Prüfungsergebnisse</b>	<b>7</b>
3.1 Beschlussfassung über den Gesamtabschluss 2022	7
3.2 Aufstellung des Gesamtabchlusses 2023	7
3.3 Gesamtabschlussstichtag	7
3.4 Gesamtabschlussrichtlinie	8
3.5 Konsolidierungskreis	8
3.6 Konsolidierungsmethoden	8
3.7 Ordnungsmäßigkeit der einbezogenen Jahresabschlüsse	9
3.8 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses	10
3.8.1 Gesamtabschluss	10
3.8.2 Anhang zum Gesamtabschluss	11
3.8.3 Konsolidierungsbericht	11
3.9 Zusammengefasste Vermögensrechnung	12
3.9.1 Anlagevermögen	12
3.9.2 Umlaufvermögen	15
3.9.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17
3.9.4 Eigenkapital	18
3.9.5 Sonderposten	20



3.9.6	Rückstellungen	20
3.9.7	Verbindlichkeiten	21
3.9.8	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	23
3.9.9	Passive latente Steuern	24
<b>3.10</b>	<b>Zusammengefasste Ergebnisrechnung</b>	<b>24</b>
<b>3.11</b>	<b>Kapitalflussrechnung</b>	<b>26</b>
<b>4</b>	<b>Bestätigungsvermerk der Revision</b>	<b>27</b>
<b>5</b>	<b>Anlagenverzeichnis</b>	<b>29</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

ANLEI	Antragsaufnahme und Leistungsgewährung
DV	Datenverarbeitung
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HMdI	Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
mbH	mit beschränkter Haftung
Pos.	Position

## **1 Vorbemerkungen**

### **1.1 Zuständigkeit der Revision**

Die Revision des LWV Hessen ist gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 1 HGO sowie § 128 HGO i. V. m. § 16 Abs. 1 des LWV-Gesetzes für die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Konsolidierungsberichts des LWV Hessen zuständig.

### **1.2 Ziel der Prüfung**

Ziel der Prüfung war es festzustellen, ob der Gesamtabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes darstellt, die Anlagen zum Gesamtabschluss vollständig und richtig sind und der Konsolidierungsbericht eine zutreffende Vorstellung von der Lage des LWV Hessen einschließlich der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen vermittelt.

### **1.3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

Prüfungsgegenstände waren der Gesamtabschluss und der Konsolidierungsbericht des Jahres 2023.

Die Prüfung wurde auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes geplant und durchgeführt, so dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung umfasste auch die Gesetzmäßigkeit. Dabei sollte festgestellt werden, ob die Vorschriften und Grundsätze des Gemeindefinanzrechts einschließlich der LWV-internen Verfügungen und Richtlinien eingehalten worden sind.

Um die Prüfungshandlungen in einem wirtschaftlichen Verhältnis zu dem hierfür erforderlichen Ressourcenaufwand zu halten, wurde in Anlehnung an den Prüfungsstandard PS 250 des Instituts der Wirtschaftsprüfer der Grundsatz der Wesentlichkeit beachtet.

Die Prüfung konzentrierte sich auf die von der Verwaltung vorgenommene Konsolidierung bzw. die Nachweise über die nachrangige Bedeutung wegzulassender Posten.

## **1.4 Prüfungsdurchführung**

Der Gesamtabschluss und die weiteren zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden von der Revision bei der Verwaltung angefordert. Die notwendigen Unterlagen einschließlich der Vollständigkeitserklärung der Landesdirektorin sind der Revision vorgelegt worden. Die Auskunftsbereitschaft der Verwaltung zu Themen des Gesamtabchlusses war umfassend.

Die Prüfung erfolgte durch Auswertung der vorgelegten Unterlagen, unter Zuhilfenahme der zur Verfügung gestellten Auswertungen und mit Einsatz der auf die Prüfungszwecke abgestellten Checklisten.

Die Prüfungsfeststellungen und die sich daraus ergebenden Korrekturen wurden der Verwaltung mit der Aufforderung zur Stellungnahme während des Prüfungsverlaufs zugeleitet. Durch diesen prüfungsbegleitenden Kommunikationsaustausch wurde die Verwaltung laufend über die Prüfungsergebnisse zu den einzelnen Prüfungsfeldern informiert.

Die von der Verwaltung bereits umgesetzten Prüfungsfeststellungen sowie Feststellungen mit einer unwesentlichen Bedeutung für eine zutreffende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden in diesem Bericht nicht mehr dargestellt, sind jedoch in den Arbeitspapieren dokumentiert.

Ein Entwurf des Prüfungsberichtes wurde der Landesdirektorin Frau Simmler, dem Beigeordneten Herrn Schütz und dem Fachbereich 106 übersandt.

## **1.5 Schlussbericht**

Die Ergebnisse der Prüfung des Gesamtabchlusses und des Konsolidierungsberichts des LWV Hessen sind in diesem Bericht, dem Schlussbericht – Teil III, dargestellt.

Weitere Teile sind der Schlussbericht – Teil I, der die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und des Rechenschaftsberichts betrifft, und der Schlussbericht – Teil II, der die unterjährigen Prüfungen, Beratungen und Projektbegleitungen umfasst.

## **2 Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsergebnisse**

Der Gesamtabchluss 2023 wurde im Februar 2025 vom Verwaltungsausschuss aufgestellt. Die gesetzliche Aufstellungsfrist von neun Monaten nach Schluss des Haushaltsjahres wurde nicht eingehalten.

In den Gesamtabchluss wurden die Jahresabschlüsse des LWV Hessen und der Stiftungsforsten Kloster Haina sowie der Konzernabschluss der Vitos gGmbH einbezogen. Der Jahresabschluss des LWV Hessen und der Konzernabschluss der Vitos gGmbH waren mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Der Bestätigungsvermerk zu dem Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina wurde bezüglich der Ordnungsmäßigkeit des Belegwesens und dem veralteten Forsteinrichtungswerk eingeschränkt.

Der Gesamtabchluss wurde ordnungsgemäß aus den geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die Kapitalflussrechnung steht im Einklang mit der zusammengefassten Vermögens- und Ergebnisrechnung.

Der Anhang enthält die notwendigen Erläuterungen der zusammengefassten Vermögens-, der zusammengefassten Ergebnis- und der Kapitalflussrechnung, insbesondere die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Der Konsolidierungsbericht vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des LWV Hessen einschließlich der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen.

### **3 Prüfungsergebnisse**

#### **3.1 Beschlussfassung über den Gesamtabschluss 2022**

Der Gesamtabchluss 2022 wurde von der Verbandsversammlung am 26.06.2024 beschlossen und in der am 15.07.2024 erschienenen Ausgabe des Staatsanzeigers des Landes Hessen Nr. 29 sowie auf der Homepage des LWV Hessen öffentlich bekanntgemacht. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit von 16. bis 24.07.2024 in den Räumen der Hauptverwaltung in Kassel. Gemäß § 114 Abs. 2 HGO wurden der Schlussbericht 2022 – Teil I, II und III – der Revision, der Beschluss über den Jahresabschluss und Gesamtabchluss 2022 sowie die Entlastung des Verwaltungsausschusses dem HMdI mit Schreiben vom 03.07.2024 vorgelegt.

#### **3.2 Aufstellung des Gesamtabchlusses 2023**

Für die Wirtschaftsführung des LWV Hessen gelten grundsätzlich die Bestimmungen des Sechsten Teils der HGO, vgl. § 16 Abs. 1 LWV-Gesetz. Der LWV Hessen ist danach verpflichtet, für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Gesamtabchluss aufzustellen. Der Gesamtabchluss ist um eine Kapitalflussrechnung zu ergänzen und durch einen Konsolidierungsbericht zu erläutern. Der Verwaltungsausschuss soll den Gesamtabchluss nach den Bestimmungen der HGO innerhalb von neun Monaten nach Schluss des Haushaltsjahres aufstellen. Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.02.2025 den Gesamtabchluss aufgestellt. Der LWV Hessen ist der gesetzlichen Terminbestimmung zur Aufstellung des Gesamtabchlusses nicht nachgekommen.

#### **3.3 Gesamtabchlussstichtag**

Das Haushaltsjahr des Gesamtabchlusses ist das Kalenderjahr. Der Gesamtabchlussstichtag ist der 31.12.2023. Alle in den Gesamtabchluss einbezogenen Einrichtungen und Unternehmen haben den gleichen Abschlussstichtag.

### **3.4 Gesamtabchlussrichtlinie**

Für den LWV Hessen besteht eine Gesamtabchlussrichtlinie, Stand 01.07.2022. In dieser wurde die grundsätzliche Vorgehensweise zur Aufstellung des Gesamtabchlusses festgelegt.

### **3.5 Konsolidierungskreis**

Der Konsolidierungskreis der in den Gesamtabchluss einbezogenen Aufgabenträger wird in dem Anhang erläutert. Danach wurden die Stiftungsforsten Kloster Haina sowie die Vitos gGmbH und deren Tochter-/Enkelgesellschaften konsolidiert. Die ANLEI Service GmbH wurde nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, da die Gesellschaft für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LWV Hessen von untergeordneter Bedeutung ist.

Die nach den Bestimmungen der HGO erforderlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Unternehmen, die nicht in den Konsolidierungskreis mit einbezogen wurden, wurden als Anlage dem Gesamtabchluss beigelegt.

Der Konsolidierungskreis wurde zutreffend abgegrenzt.

### **3.6 Konsolidierungsmethoden**

Die Kapitalkonsolidierung wurde nach der Buchwertmethode vorgenommen. Der Beteiligungswert des LWV Hessen an dem Aufgabenträger wurde gegen dessen anteiliges Eigenkapital aufgerechnet und die Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten des Aufgabenträgers wurden in die zusammengefasste Vermögensrechnung übernommen. Die in dem Vitos Konzern ermittelten und fortgeschriebenen Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden ohne Anpassung in den Gesamtabchluss des LWV Hessen übertragen.

In den Vorjahren hat der LWV Hessen auf eine Schuldenkonsolidierung verzichtet, da die Summe aller nicht konsolidierten Ansprüche und Verpflichtungen unter 5 % der nicht konsolidierten Bilanzsumme lag. Da ab 2023 die Vitos Gesellschaften wieder Geld über den LWV anlegen, wurde die vorgenannte Grenze überschritten und somit erfolgte im Gesamtabchluss 2023 eine Schuldenkonsolidierung. Zu diesem Zweck wurden die zwischen den Konzernein-

heiten bestehenden Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen wurden dabei aufgrund des Drittschuldverhältnisses nicht konsolidiert. Aufrechnungsdifferenzen in Höhe von rd. 23,1 Mio. EUR wurden ergebniswirksam ausgebucht. Im Wesentlichen handelt es sich um die von dem LWV Hessen an die Vitos Gesellschaften geleisteten Zuschüsse sowie die Versorgungsansprüche der Beamten in den Vitos Gesellschaften, die vom LWV Hessen und den Vitos-Gesellschaften unterschiedlich bewertet werden.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurde nicht vorgenommen, da die wegzulassenden Positionen für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LWV Hessen von nachrangiger Bedeutung waren.

Die Zwischenergebniseliminierung wurde nicht vorgenommen, da keine im Hinblick auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LWV Hessen wesentlichen Sachverhalte vorlagen.

Die bestehenden Berechnungsunterlagen wurden seitens der Verwaltung vorgelegt und konnten im Rahmen der Prüfung nachvollzogen werden.

### **3.7 Ordnungsmäßigkeit der einbezogenen Jahresabschlüsse**

In den Gesamtabschluss wurden der Jahresabschluss des LWV Hessen, der Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina und der Konzernabschluss der Vitos gGmbH einbezogen.

Der Jahresabschluss des LWV Hessen und der Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina wurden von der Revision des LWV Hessen geprüft. Der Jahresabschluss des LWV Hessen wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftungsforsten Kloster Haina hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkungen zu keinen Einwendungen geführt:

- Im Zusammenhang mit den Jahresabschlussbuchungen war festzustellen, dass Belege fehlten und Belegnummernlücken vorhanden waren. Im Verlauf der Prüfung wurden fehlende begründende Unterlagen nachgereicht. Das Belegwesen war für 2023 somit nicht ordnungsgemäß.



- Die Bewertung des stehenden Holzes in der Bilanz erfolgt nach Maßgabe des Forsteinrichtungswerkes aus 2005. Forsteinrichtungswerke gelten grundsätzlich für zehn Jahre. Das Forsteinrichtungswerk ist veraltet und bedarf der Erneuerung. Ein neues Forsteinrichtungswerk könnte zu wesentlichen Veränderungen der ausgewiesenen Vermögenswerte führen.

Der Konzernabschluss der Vitos gGmbH wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

### **3.8 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses**

#### **3.8.1 Gesamtabschluss**

Der LWV Hessen verfügt über eine Gesamtabchlussrichtlinie, in der die grundsätzliche Vorgehensweise zur Aufstellung des Gesamtabchlusses festgelegt ist. Zudem sind in der Geschäftsanweisung zur Einführung eines internen Kontrollsystems für die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Gesamtabchlusses bestehenden Risiken Kontrollhandlungen definiert. Die Regelungen sehen vor, dass

- über die zwischen den Konzerneinheiten bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen der Aufstellung der Einzelabschlüsse Saldenbestätigungen vorgelegt werden,
- die in den Gesamtabchluss einbezogenen Aufgabenträger die zur Erstellung des Gesamtabchlusses erforderlichen Unterlagen innerhalb einer bestimmten Frist einzureichen und deren Vollständigkeit zu erklären haben,
- die in den geprüften Jahresabschlüssen enthaltenen Salden der Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Kapitalflussrechnung von der Verwaltung in Microsoft Excel übertragen, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften gegliedert und anschließend konsolidiert werden.

Diese Vorgehensweise wurde im Rahmen der Aufstellung des Gesamtabchlusses eingehalten. Dabei wurde der Gesamtabchluss ordnungsgemäß aus den geprüften Unterlagen abgeleitet.

### **3.8.2 Anhang zum Gesamtabschluss**

Der Anhang zum Gesamtabschluss enthält zutreffende Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Erläuterungen zu den wesentlichen Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung, der zusammengefassten Ergebnisrechnung und der Kapitalflussrechnung.

Da bei abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der einbezogenen Aufgabenträger keine Anpassung der Posten vorgenommen wurde, sind im Anhang die unterschiedlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der einbezogenen Konzerneinheiten dargestellt.

Außerdem werden die Haftungsverhältnisse und Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen/Beamten und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, die während des Haushaltsjahres zum LWV Hessen und den einbezogenen Aufgabenträgern in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen sowie die Namen der Mitglieder der Verbandsversammlung, des Verwaltungsausschusses und des Aufsichtsrats der Vitos gGmbH genannt.

Die gesetzlich erforderlichen Übersichten über die Entwicklung des Anlagevermögens, den Bestand der Forderungen, die Entwicklung des Eigenkapitals, die Entwicklung der Rückstellungen und den Bestand der Verbindlichkeiten wurden dem Anhang beigelegt.

### **3.8.3 Konsolidierungsbericht**

Nach dem Ergebnis der Prüfung enthält der Konsolidierungsbericht einen Gesamtüberblick, bestehend aus einer Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Verbandes, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild unter dem Gesichtspunkt der stetigen Erfüllung der Aufgaben vermittelt wird. Die Informationen zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises und zu den angewandten Konsolidierungsmethoden sowie die Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Gesamtabchlusses sind bereits im Anhang zum Gesamtabschluss enthalten.

Im Weiteren gibt der Konsolidierungsbericht einen Ausblick auf die künftige Entwicklung, Angaben über die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere über die finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und einzelnen Risiken sowie Angaben über die wesentlichen Ziele und Strategien.

Im Zusammenhang mit den Stiftungsforsten Kloster Haina wird dabei verdeutlicht, dass das aus dem Jahr 2005 stammende Forsteinrichtungswerk für aktuelle Fragestellungen keine belastbare Grundlage mehr darstellt. Der Prozess der Neueinrichtung wurde angestoßen und wird sich bis zur Fertigstellung über mehrere Jahre hinziehen. Es wird darauf eingegangen, dass die Buchhaltung künftig über den LWV Hessen in SAP erfolgen wird, womit eine Vereinfachung der Prozesse angestrebt wird.

Bezogen auf die Vitos Gesellschaften wird thematisiert, dass von einem zunehmenden Behandlungsbedarf sowohl in der Erwachsenen- als auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszugehen ist. Als Risiken werden wie im Vorjahr der Fachkräftemangel und die zu erwartenden Tarifsteigerungen für die Folgejahre genannt. Wesentliche Liquiditätsrisiken werden aber nicht erwartet.

Im Zusammenhang mit dem LWV Hessen wird dargestellt, dass dieser mit weiterhin steigenden Kosten in der Sozial- und Eingliederungshilfe konfrontiert ist. Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des LWV Hessen wird es daher als erforderlich gesehen, dass die Resolution der Verbandsversammlung in Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden beim Land Hessen entsprechende Resonanz erfährt und dazu führt, dass auch auf Bundesebene Änderungen im Leistungsrecht der Sozial- und Eingliederungshilfe erfolgen, die zur Begrenzung des Kostenanstiegs führen.

### 3.9 Zusammengefasste Vermögensrechnung

#### 3.9.1 Anlagevermögen

##### 3.9.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	4.054.382,91	5.034.622,45	980.239,54
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	30.120.604,24	24.508.999,65	-5.611.604,59
1.1.3	Geschäfts- oder Firmenwert	277.498,56	474.701,00	197.202,44
<b>1.1</b>	<b>immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>34.452.485,71</b>	<b>30.018.323,10</b>	<b>-4.434.162,61</b>

Die Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte beinhalten vorwiegend Softwarelizenzen.

Bei den geleisteten Zuschüssen handelt es sich um die Zuwendungen des LWV Hessen für Investitionsmaßnahmen. Die geleisteten Zuschüsse an die Vitos Gesellschaften wurden von der Verwaltung im Rahmen der Schuldenkonsolidierung für 2023 herausgerechnet.

Die Geschäfts-/Firmenwerte stammen aus der Konzernbilanz der Vitos gGmbH.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter den vorstehenden Positionen ausgewiesenen Werten.

### 3.9.1.2 Sachanlagen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	633.330.590,13	627.030.903,37	-6.299.686,76
1.2.2	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	38.564.912,45	38.294.326,04	-270.586,41
1.2.3	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	10.279.557,67	10.943.067,70	663.510,03
1.2.4	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.808.104,44	41.738.729,98	930.625,54
1.2.5	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	42.486.163,04	105.954.322,19	63.468.159,15
<b>1.2</b>	<b>Sachanlagen</b>	<b>765.469.327,73</b>	<b>823.961.349,28</b>	<b>58.492.021,55</b>

Die Bilanzansätze resultieren aus der Summe der in den Einzelabschlüssen enthaltenen Posten für das Sachanlagevermögen.

Das Sachanlagevermögen ist im Wesentlichen durch die Grundstücke und Bauten der Vitos Gesellschaften (rd. 463,1 Mio. EUR), des LWV Hessen (rd. 125,3 Mio. EUR) und der Stiftungsforsten Kloster Haina (rd. 38,6 Mio. EUR) geprägt. Darüber hinaus enthält das Sachanlagevermögen auch den Wert des Holzbestandes der Stiftungsforsten Kloster Haina (rd. 37,2 Mio. EUR). Hierzu ist festzuhalten, dass das Forsteinrichtungswerk, welches die Bewertungsgrundlage für das Waldvermögen der Stiftungsforsten Kloster Haina darstellt, noch aus 2005 stammt. Ein neues Forsteinrichtungswerk könnte zu Veränderungen der Vermögenswerte führen und somit auch die Werthaltigkeit des Bilanzansatzes beeinflussen. Die Anlagen im Bau sind angestiegen aufgrund der Baumaßnahmen in den Vitos Gesellschaften.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter den vorstehenden Positionen ausgewiesenen Werten.

### 3.9.1.3 Finanzanlagevermögen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	675.364,50	675.364,50	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	2.000.961,34	2.521.387,84	520.426,50
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	47.728.314,26	0,00	-47.728.314,26
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1,00	1,00	0,00
1.3.6	sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	25.351.925,50	18.375.897,14	-6.976.028,36
<b>1.3</b>	<b>Finanzanlagen</b>	<b>75.756.566,60</b>	<b>21.572.650,48</b>	<b>-54.183.916,12</b>

Der unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesene Betrag bezieht sich auf die vom LWV Hessen gehaltenen Anteile an der ANLEI Service GmbH. Diese wurden nicht in den Konsolidierungskreis miteinbezogen.

Der Wert für die Beteiligungen wurde aus der Konzernbilanz der Vitos gGmbH übernommen. Es handelt sich um die Anteile von Vitos an der Gesellschaft für digitale Gesundheit GDG mbH. Alle weiteren Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung eliminiert.

Im Übrigen wurden die zwischen den Konzerneinheiten bestehenden Ausleihungen (Pos. 1.3.4) im Rahmen der Schuldenkonsolidierung für 2023 herausgerechnet.

Bei den Wertpapieren handelt es sich um die aus Nachlässen erhaltenen Wertpapiere, für die der LWV Hessen einen Erinnerungswert angesetzt hat.

Die sonstigen Ausleihungen betreffen geleistete Darlehen an Leistungsberechtigte.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### **3.9.2 Umlaufvermögen**

#### **3.9.2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

<b>Pos.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>31.12.2022 EUR</b>	<b>31.12.2023 EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.041.224,10	2.051.542,68	10.318,58

Unter den Vorräten einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden die beim LWV Hessen bestehenden Lager für Büro- und DV-Material in Höhe von 43.362,33 EUR (Festwert), die Material- und Hackschnitzelvorräte der Stiftungsforsten Kloster Haina in Höhe von 129.900,34 EUR sowie die Materialvorräte der Vitos Gesellschaften in Höhe von 1.878.280,01 EUR ausgewiesen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### **3.9.2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**

<b>Pos.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>31.12.2022 EUR</b>	<b>31.12.2023 EUR</b>	<b>Veränderung in EUR</b>
2.2	fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	3.656.889,38	2.628.738,40	-1.028.150,98

Unter den fertigen und unfertigen Erzeugnissen werden mit einem Betrag in Höhe von 501.359,72 EUR die Holzvorräte und noch nicht abgerechnete Dienstleistungen der Stiftungsforsten Kloster Haina bilanziert. Darüber hinaus sind hier mit einem Betrag in Höhe von 2.127.378,68 EUR die Leistungen für die sogenannten „Überliegerpatienten“ (Patienten, die sich über den Jahreswechsel hinaus in Behandlung befinden) erfasst.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

## 3.9.2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen	128.771.770,76	226.705.193,04	97.933.422,28
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	207,00	0,00	-207,00
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	111.358.645,03	119.786.856,54	8.428.211,51
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	30.110.774,79	232.756,99	-29.878.017,80
2.3.5	sonstige Vermögensgegenstände	90.668.918,39	27.200.317,16	-63.468.601,23
<b>2.3</b>	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>360.910.315,97</b>	<b>373.925.123,73</b>	<b>13.014.807,76</b>

Die Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen beinhalten die Forderungen aus den Bereichen der Eingliederungshilfe, der Ausgleichsabgabe und dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Dabei stammt ein Großteil der Forderungen in Höhe von rd. 197 Mio. EUR aus dem Vitos Konzernabschluss. Der Vitos Konzern weist seit dem Jahr 2023 die Forderungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens nicht mehr als sonstige Vermögensgegenstände, sondern als Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht aus, wodurch sich gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Betragsveränderung zwischen den Bilanzpositionen 2.3.1 und 2.3.5 ergeben hat.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen überwiegend aus den Vitos Gesellschaften.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen wurden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung für 2023 grundsätzlich herausgerechnet. Die verbliebenen Forderungen betreffen die ANLEI Service GmbH, die nicht in den Konsolidierungskreis des LWV Hessen einbezogen wurde, sowie die im Vitos Konzernabschluss ausgewiesenen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und die nicht in den Konsolidierungskreis des Vitos Konzerns einbezogen wurden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen u. a. Forderungen aus Zinserträgen, Versorgungsrücklage und Steuern sowie Forderungen gegenüber Mitarbeitenden.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### 3.9.2.4 Flüssige Mittel

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
2.5	flüssige Mittel	729.981.073,87	720.694.716,36	-9.286.357,51

Die flüssigen Mittel beinhalten die Liquiditätsbestände des LWV Hessen, der Ausgleichsabgabe und der Stiftungen Landeshospital Hofheim und Nassauischer Zentralwaisenfonds in Höhe von 482.356.549,89 EUR, der Vitos Gesellschaften in Höhe von 219.531.472,81 EUR und der Stiftungsforsten Kloster Haina in Höhe von 18.806.693,66 EUR. Bei der Angabe zu den flüssigen Mitteln der Vitos und der Stiftungsforsten Kloster Haina sind auch die über den LWV Hessen angelegten Finanzmittel berücksichtigt.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### 3.9.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
3.	Rechnungsabgrenzungsposten	24.419.344,45	20.295.384,04	-4.123.960,41

In dieser Position werden u. a. die gezahlten Ansparraten und Sonderbeiträge für Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds, die bereits im Dezember 2023 für Januar 2024 gezahlten Beamten- und Versorgungsbezüge sowie die abgegrenzten Transferleistungen ausgewiesen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.



### 3.9.4 Eigenkapital

#### 3.9.4.1 Netto-Position

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.1	Netto-Position	4.722.960,11	4.722.960,11	0,00

Die Nettosition stammt aus dem Einzelabschluss des LWV Hessen. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurden die Nettositionen aus dem Konzernabschluss der Vitos gGmbH und der Stiftungsforsten Kloster Haina eliminiert.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.4.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.2.1	Kapitalrücklagen	21.800.191,16	22.234.399,43	434.208,27
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	219.580.733,35	159.284.840,55	-60.295.892,80
1.2.3	zweckgebundene Rücklagen	7.034.729,33	6.784.391,72	-250.337,61
1.2.4	Sonderrücklagen	2.267.603,85	2.310.042,63	42.438,78
1.2.5	Stiftungskapital	324.164,16	330.792,17	6.628,01
1.2.6	Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	10.031,12	0,00	-10.031,12
<b>1.2</b>	<b>Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital</b>	<b>251.017.452,97</b>	<b>190.944.466,50</b>	<b>-60.072.986,47</b>

In den Kapitalrücklagen wird im Wesentlichen mit einem Gesamtvolumen von 20,3 Mio. EUR das Vermögen der Stiftungen Hospitalfonds Hofheim und Nassauischer Zentralwaisenfonds ausgewiesen.

Die Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses umfassen die Kapital- und Gewinnrücklagen des Vitos Konzerns, die Wald-, Risiko- und verwendeten Rücklagen der Stiftungsforsten Kloster Haina sowie die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses des LWV Hessen. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurden bei dieser Position Verrechnungen vorgenommen. Im Wesentlichen ist die Abnahme dieser Position gegen-

über dem Vorjahr durch den in 2023 erzielten Jahresfehlbetrag des LWV Hessen begründet, welcher den Rücklagen entnommen wurde.

Die zweckgebundenen Rücklagen beinhalten die im Einzelabschluss des LWV Hessen ausgewiesenen Überschüsse der ehemaligen Gutsbetriebe sowie die für Investitionen verwendeten Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

Als Sonderrücklagen werden die erhaltenen Vermächtnisse ausgewiesen.

Unter der Position Stiftungskapital wird das Vermögen der Von-Stockhausen-Mettingh-Stiftung, der Wimschult-Stiftung und der Schwarz'schen Stiftung bilanziert.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.4.3 Ergebnisverwendung

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.3.1	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	262.419.808,15	335.005.159,57	72.585.351,42

Die zusammengefasste Ergebnisrechnung (siehe Kapitel [3.10](#)) schließt mit einem Gesamtbilanzgewinn in Höhe von 335.005.159,57 EUR. Da der LWV Hessen im Einzelabschluss aufgrund der vorgezogenen Rücklagenverwendung ein ausgeglichenes Bilanzergebnis ausweist, ist der entstandene Gesamtbilanzgewinn im Wesentlichen auf die Vitos Gesellschaften zurückzuführen. Außerdem beinhaltet der Gesamtbilanzgewinn die Aufrechnungsdifferenz aus der für 2023 vorgenommenen Schuldenkonsolidierung in Höhe von rd. 23,1 Mio. EUR.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.4.4 Anteile Dritter am Eigenkapital

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
1.4	Anteile Dritter am Eigenkapital	5.705.556,97	5.727.223,13	21.666,16

Die vorgenannte Bilanzposition betrifft die Anteile Dritter an der Vitos Reha GmbH. Diese wurden aus dem Konzernabschluss der Vitos gGmbH übernommen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### 3.9.5 Sonderposten

#### 3.9.5.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
2.1	Sonderposten für erhaltene Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionsbeiträge	401.856.007,74	403.146.045,93	1.290.038,19

Unter den Sonderposten werden insbesondere die für Investitionen verwendeten Mittel der allgemeinen Investitions- und der Schulbaupauschale, der allgemeinen Finanzzuweisung, des Sonderinvestitionsprogramms und der Ausgleichsabgabe sowie die verwendeten Fördermittel der Einrichtungen ausgewiesen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### 3.9.6 Rückstellungen

#### 3.9.6.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	232.639.868,71	244.361.271,17	11.721.402,46

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen mit einem Betrag in Höhe von 240.389.459,17 EUR die Rückstellungen des LWV Hessen und mit einem Betrag in Höhe von 3.971.812,00 EUR die Rückstellungen der Stiftungsforsten Kloster Haina.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

### 3.9.6.2 Sonstige Rückstellungen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
3.5	sonstige Rückstellungen	234.362.230,30	253.488.423,06	19.126.192,76

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit 166.141.242,07 EUR den LWV Hessen, mit 85.187.675,17 EUR die Vitos Gesellschaften und mit 2.159.505,82 EUR die Stiftungsforsten Kloster Haina. Es handelt sich im Wesentlichen um Rückstellungen für ausstehende Transferleistungen für die Eingliederungshilfe und Ausgleichsabgabe, für Aufwendungen aus der Forsteinrichtung sowie für unterlassene Instandhaltungen aus den Gesellschaften.

Die beim Vitos Konzern unter der Position „sonstige Rückstellungen“ ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen wurden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung herausgerechnet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Summe gegenüber dem Vorjahr gestiegen, da insbesondere die Rückstellungen für ausstehende Transferleistungen für die Eingliederungshilfe beim LWV Hessen zugenommen haben.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

## 3.9.7 Verbindlichkeiten

### 3.9.7.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	72.920.154,77	67.860.372,26	-5.059.782,51

Von den Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen entfallen 14.187.638,64 EUR auf den LWV Hessen und 53.672.733,62 EUR auf die Vitos Gesellschaften. Kreditaufnahmen bestehen gegenüber Kreditinstituten, öffentlichen und sonstigen Kreditgebern. Im Vitos Konzern wurden derivative Finanzinstrumente (Zinsswap) eingesetzt. Die entsprechenden Erläuterungen sind im Anhang zum Gesamtabschluss dargestellt.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.7.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen, -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen	247.793.812,91	209.692.074,40	-38.101.738,51

Unter dieser Position werden insbesondere die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht, die noch nicht verwendeten Zuwendungen für Investitionen und die Verbindlichkeiten für die Eingliederungshilfe und Ausgleichsabgabe ausgewiesen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.7.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.837.744,28	36.176.827,00	18.339.082,72

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Wesentlichen den Vitos Gesellschaften zuzurechnen.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.7.4 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	73.398.704,41	5.636.012,16	-67.762.692,25

Die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen wurden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung für 2023 grundsätzlich herausgerechnet. Die

verbliebenen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber den Vitos Gesellschaften, die aufgrund des Drittschuldverhältnisses nicht konsolidiert wurden.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.7.5 Sonstige Verbindlichkeiten

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
4.9	sonstige Verbindlichkeiten	179.789.790,44	230.095.772,38	50.305.981,94

Diese Position beinhaltet mit rd. 164,4 Mio. EUR die Differenz aus dem Vermögen und den Schulden der Ausgleichsabgabe. Nach einem Erlass des Landes Hessen wird diese Differenz als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen, damit die Ausgleichsabgabe das Eigenkapital des LWV Hessen nicht berührt. Im Weiteren werden als sonstige Verbindlichkeiten ungeklärte Zahlungseingänge, noch nicht verwendete Spenden sowie Verbindlichkeiten aus Umsatz- und Lohnsteuer bilanziert. Im Wesentlichen ist die Zunahme dieser Position auf die sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Vitos Konzernabschluss zurückzuführen. Im Konzernabschluss der Vitos wird hierzu erläutert, dass der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten durch Zuwendungen des Landes Hessens bedingt ist.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

#### 3.9.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	12.219.112,05	8.287.196,40	-3.931.915,65

Die passive Rechnungsabgrenzung entsteht, wenn ein Ertrag des folgenden Jahres bereits im aktuellen Jahr eine Einzahlung darstellt. Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Renten-, Miet- und Pachteinzahlungen ausgewiesen. Diese stammen im Wesentlichen aus dem Vitos Konzernabschluss.

Es ergaben sich keine Feststellungen.

**3.9.9 Passive latente Steuern**

Pos.	Bezeichnung	31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR	Veränderung in EUR
6.	passive latente Steuern	4.024,00	4.024,00	0,00

Passive latente Steuern entstehen, wenn der Steueraufwand in der Handelsbilanz höher ist als der Steueraufwand in der Steuerbilanz. Die ausgewiesenen passiven latenten Steuern stammen aus der Bilanz des Vitos Konzerns.

Es ergaben sich keine Feststellungen zu den unter der vorstehenden Position ausgewiesenen Werten.

**3.10 Zusammengefasste Ergebnisrechnung**

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2022 in EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 in EUR
Verwaltungsergebnis	-90.855.230,30	-296.903,99
Finanzergebnis	519.733,65	-12.357.938,75
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>-90.335.496,65</b>	<b>-12.654.842,74</b>
außerordentliches Ergebnis	-48.227,20	5.780,51
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-90.383.723,85</b>	<b>-12.649.062,23</b>
anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	12.008,68	21.666,16
<b>Ergebnisverwendung</b>		
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	-254.746.545,20	-262.419.808,15
Entnahmen/Zuführungen zu den Rücklagen	82.698.452,22	-59.957.955,35
<b>Gesamtbilanzgewinn/-verlust</b>	<b>-262.419.808,15</b>	<b>-335.005.159,57</b>

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung steht ein negativer Betrag für Ertrag/Überschuss und ein positiver Betrag für Aufwand/Fehlbetrag.

Der Aufbau der zusammengefassten Ergebnisrechnung entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurde nicht vorgenommen, da die wegzulassenden Positionen für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LWV Hessen von nachrangiger Bedeutung waren.

Die Zwischenergebniseliminierung wurde nicht vorgenommen, da keine im Hinblick auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LWV Hessen wesentlichen Sachverhalte vorlagen.

Das Verwaltungsergebnis beinhaltet sämtliche Erträge und Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des LWV Hessen, der Vitos Gesellschaften und den Stiftungsforsten Kloster Haina. Im Wesentlichen gehören hierzu die Erträge aus der Verbandsumlage in Höhe von rd. 1.625,1 Mio. EUR, die Aufwendungen für Transferleistungen in Höhe von rd. 1.911,2 Mio. EUR, die Umsatzerlöse der Vitos Gesellschaften in Höhe von rd. 792,7 Mio. EUR und der Stiftungsforsten Kloster Haina in Höhe von rd. 6,1 Mio. EUR sowie die Personalaufwendungen aus der Verwaltung und den Gesellschaften in Höhe von rd. 587,1 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis betrifft die Zinserträge aus gegebenen Darlehen und der Bewirtschaftung der Kassenbestände, die Zinsaufwendungen für Investitions- und Kassenkredite sowie die Abzinsungsbeträge für Ausleihungen und Rückstellungen.

Das außerordentliche Ergebnis begründet sich durch die Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen des LWV Hessen. Im Konzernabschluss der Vitos gGmbH und im Einzelabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina wird kein außerordentliches Ergebnis ausgewiesen.

Da der LWV Hessen im Einzelabschluss nach Rücklagenverwendung ein ausgeglichenes Bilanzergebnis ausweist, ist der Gesamtbilanzgewinn in Höhe von 335.005.159,57 EUR im Wesentlichen auf die Vitos Gesellschaften zurückzuführen.



### 3.11 Kapitalflussrechnung

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2022 in Tausend EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 in Tausend EUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-67.262	-41.043
Cashflow aus Investitionstätigkeit	75.550	83.989
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-49.690	-33.659
<b>zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>-41.402</b>	<b>9.287</b>
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	7.252	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-695.831	-729.981
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>-729.981</b>	<b>-720.694</b>

In der Kapitalflussrechnung steht ein negativer Betrag für Einzahlung/Überschuss und ein positiver Betrag für Auszahlung/Fehlbetrag. Die Beträge sind in Tausend Euro angegeben.

Der Aufbau der Kapitalflussrechnung entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt im Gesamtabchluss des LWV Hessen nach der indirekten Methode, d. h. das Periodenergebnis wurde um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge korrigiert.

Der in der Kapitalflussrechnung enthaltene Finanzmittelfonds am Ende der Periode stimmt mit der Position "flüssige Mittel" der zusammengefassten Vermögensrechnung überein (siehe Kapitel [3.9.2.4](#)).

## **4 Bestätigungsvermerk der Revision**

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Revision dem Gesamtabchluss des LWV Hessen zum 31.12.2023 den folgenden Bestätigungsvermerk:

Wir haben den vom Verband aufgestellten Gesamtabchluss und Konsolidierungsbericht für das Haushaltsjahr 2023 geprüft. Die Aufstellung des Gesamtabchlusses nach den gemeinwirtschaftlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Verwaltungsausschusses. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Gesamtabchluss abzugeben.

Wir haben unsere Gesamtabchlussprüfung nach § 128 HGO vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Verbandes sowie die Erwartungen möglicher Fehler berücksichtigt.

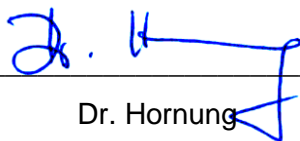
Die Prüfung umfasst die Beurteilung der in den Gesamtabchluss einbezogenen Sondervermögen, Unternehmen, Zweckverbände, Stiftungen und Aufgabenträger, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Verwaltungsausschusses sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabchlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Im Hinblick auf die in den Gesamtabchluss einbezogenen Jahresabschlüsse wird darauf hingewiesen, dass der Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss der Stiftungsforsten Kloster Haina bezüglich der Ordnungsmäßigkeit des Belegwesens und dem veralteten Forsteinrichtungswerk eingeschränkt wurde. Bei den übrigen einbezogenen Jahresabschlüssen lagen uneingeschränkte Bestätigungsvermerke vor.

Unter Berücksichtigung der Prüfungsergebnisse entspricht der Gesamtabschluss nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen des LWV Hessen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes. Der Konsolidierungsbericht steht in Einklang mit dem Gesamtabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des LWV Hessen einschließlich der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen und stellt einzelne Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung dar.

Kassel, 14.04.2025

Die Leiterin der Revision des  
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

  
Dr. Hornung

Der Leiter des  
Prüfungsbereiches Finanzwesen

  
Peter

## **5 Anlagenverzeichnis**

Anlage I: geprüfte zusammengefasste Vermögensrechnung

Anlage II: geprüfte zusammengefasste Ergebnisrechnung

Anlage III: geprüfte Kapitalflussrechnung

## geprüfte zusammengefasste Vermögensrechnung

## Anlage I

Pos.	Bezeichnung	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR	Pos.	Bezeichnung	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	<b>Aktiva</b>				<b>Passiva</b>		
1.	<b>Anlagevermögen</b>	875.552.322,86	875.678.380,04	1.	<b>Eigenkapital</b>	536.399.809,31	523.865.778,20
1.1	<b>immaterielle Vermögensgegenstände</b>	30.018.323,10	34.452.485,71	1.1	<b>Netto-Position</b>	4.722.960,11	4.722.960,11
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5.034.622,45	4.054.382,91	1.2	<b>Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital</b>	190.944.466,50	251.017.452,97
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	24.508.999,65	30.120.604,24	1.2.1	Kapitalrücklagen	22.234.399,43	21.800.191,16
1.1.3	Geschäfts- oder Firmenwert	474.701,00	277.498,56	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	159.284.840,55	219.580.733,35
1.2	<b>Sachanlagen</b>	823.961.349,28	765.469.327,73	1.2.3	zweckgebundene Rücklagen	6.784.391,72	7.034.729,33
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	627.030.903,37	633.330.590,13	1.2.4	Sonderrücklagen	2.310.042,63	2.267.603,85
1.2.2	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	38.294.326,04	38.564.912,45	1.2.5	Stiftungskapital	330.792,17	324.164,16
1.2.3	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	10.943.067,70	10.279.557,67	1.2.6	Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0,00	10.031,12
1.2.4	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.738.729,98	40.808.104,44	1.3	<b>Ergebnisverwendung</b>	335.005.159,57	262.419.808,15
1.2.5	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	105.954.322,19	42.486.163,04	1.3.1	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	335.005.159,57	262.419.808,15
1.3	<b>Finanzanlagen</b>	21.572.650,48	75.756.566,60	1.4	<b>Anteile Dritter am Eigenkapital</b>	5.727.223,13	5.705.556,97
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	675.364,50	675.364,50	2.	<b>Sonderposten</b>	403.146.045,93	401.856.007,74
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2.1	<b>Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge</b>	403.146.045,93	401.856.007,74
1.3.3	Beteiligungen	2.521.387,84	2.000.961,34	2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	383.992.013,93	385.062.539,03
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	47.728.314,26	2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	32.112,18	36.562,07
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1,00	1,00	2.1.3	Investitionsbeiträge	19.121.919,82	16.756.906,64
1.3.6	sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	18.375.897,14	25.351.925,50	2.2	<b>sonstige Sonderposten</b>	0,00	0,00
1.4	<b>Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	0,00	0,00	3.	<b>Rückstellungen</b>	497.849.694,23	467.002.099,01
2.	<b>Umlaufvermögen</b>	1.099.300.121,17	1.096.589.503,32	3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	244.361.271,17	232.639.868,71
2.1	<b>Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	2.051.542,68	2.041.224,10	3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	0,00	0,00
2.2	<b>fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren</b>	2.628.738,40	3.656.889,38	3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
2.3	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	373.925.123,73	360.910.315,97	3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	226.705.193,04	128.771.770,76	3.5	<b>sonstige Rückstellungen</b>	253.488.423,06	234.362.230,30
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	0,00	207,00	4.	<b>Verbindlichkeiten</b>	549.461.058,20	591.740.206,81
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119.786.856,54	111.358.645,03	4.1	<b>Anleihen</b>		
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	232.756,99	30.110.774,79	4.2	<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>	67.860.372,26	72.920.154,77
2.3.5	sonstige Vermögensgegenstände	27.200.317,16	90.668.918,39	4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.093.534,83	66.352.140,05
2.4	<b>Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	0,00	0,00		davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr rd.	5.223.000,00	4.701.000,00
2.5	<b>flüssige Mittel</b>	720.694.716,36	729.981.073,87	4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	2.464.653,85	2.793.233,78
3.	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	20.295.384,04	24.419.344,45		davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr rd.	308.000,00	330.000,00
4.	<b>aktive latente Steuern</b>	0,00	0,00	4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	3.302.183,58	3.774.780,94
5.	<b>nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	0,00	0,00		davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr rd.	257.000,00	625.000,00
				4.3	<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung</b>	0,00	0,00
				4.4	<b>Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</b>	0,00	0,00
				4.5	<b>Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen</b>	209.692.074,40	247.793.812,91
				4.6	<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	36.176.827,00	17.837.744,28
				4.7	<b>Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnliche Abgaben</b>	0,00	0,00
				4.8	<b>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen</b>	5.636.012,16	73.398.704,41
				4.9	<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	230.095.772,38	179.789.790,44
				5.	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	8.287.196,40	12.219.112,05
				6.	<b>passive latente Steuern</b>	4.024,00	4.024,00
	<b>Summe AKTIVA</b>	1.995.147.828,07	1.996.687.227,81		<b>Summe PASSIVA</b>	1.995.147.828,07	1.996.687.227,81

## Schlussbericht 2023

– Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2023 und des Konsolidierungsberichts 2023 des LWV Hessen –

## geprüfte zusammengefasste Ergebnisrechnung

## Anlage II

Pos.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2022 EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 EUR
1	2	3	4	5
1	50	privatrechtliche Leistungsentgelte	-760.066.441,48	-798.859.914,77
2	51	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	-150,00
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-22.910.476,17	-19.957.890,88
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-228.187,07	620.452,20
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-1.569.103.908,00	-1.625.140.863,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	-259.535.512,52	-259.145.299,45
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-163.097.563,37	-171.372.113,34
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-11.805.846,07	-12.731.570,22
9	53	sonstige ordentliche Erträge	-217.956.762,85	-198.905.852,63
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)</b>	<b>-3.004.704.697,53</b>	<b>-3.085.493.202,09</b>
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	548.389.986,65	587.061.641,64
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	154.113.871,96	164.132.946,87
13	60, 61, 67-69 (697)	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen davon: Einstellung in den Sonderposten	140.068.297,02 0,00	134.407.757,00 0,00
14	66	Abschreibungen	43.343.535,26	43.860.528,84
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	80.408.702,99	86.680.025,68
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	395.264,33	453.467,08
17	72	Transferaufwendungen	1.770.660.403,67	1.911.213.362,91
18	70, 74, 76	sonstige ordentliche Aufwendungen	176.469.405,35	157.386.568,08
19		<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 bis 18)</b>	<b>2.913.849.467,23</b>	<b>3.085.196.298,10</b>
20		<b>Verwaltungsergebnis (Position 10 ./. Position 19)</b>	<b>-90.855.230,30</b>	<b>-296.903,99</b>
21	56, 57	Finanzerträge	-1.987.261,65	-16.351.817,96
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.506.995,30	3.993.879,21
23		<b>Finanzergebnis (Position 21 ./. Position 22)</b>	<b>519.733,65</b>	<b>-12.357.938,75</b>
24		<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Position 10 und 21)</b>	<b>-3.006.691.959,18</b>	<b>-3.101.845.020,05</b>
25		<b>Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Position 19 und 22)</b>	<b>2.916.356.462,53</b>	<b>3.089.190.177,31</b>
26		<b>ordentliches Ergebnis (Positionen 24 ./. 25)</b>	<b>-90.335.496,65</b>	<b>-12.654.842,74</b>
27	59	außerordentliche Erträge	-140.930,06	-122.690,14
28	79	außerordentliche Aufwendungen	92.702,86	128.470,65
29		<b>außerordentliches Ergebnis (Position 27 ./. Position 28)</b>	<b>-48.227,20</b>	<b>5.780,51</b>
30		<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Positionen 26 und 29)</b>	<b>-90.383.723,85</b>	<b>-12.649.062,23</b>
31		anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	12.008,68	21.666,16
<b>Ergebnisverwendung</b>				
32		Ergebnisvortrag aus Vorjahren	-254.746.545,20	-262.419.808,15
33		Entnahmen/Zuführungen zu den Rücklagen	82.698.452,22	-59.957.955,35
34		<b>Gesamtbilanzgewinn/-verlust</b>	<b>-262.419.808,15</b>	<b>-335.005.159,57</b>

## geprüfte Kapitalflussrechnung

## Anlage III

Pos.	Veränderung	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2022 Tausend EUR	Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 Tausend EUR
1		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	-90.384	-12.649
2	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-42.094	-42.566
3	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	13.128	-53.869
4	+/-	sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	31.593	51.990
5	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.	133.932	120.886
6	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.	-111.023	-114.368
7	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.149	-225
8	+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	-1.265	9.238
9	-	sonstige Beteiligungserträge	0	520
10	+/-	Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0	0
11	+/-	Ertragssteueraufwand/-ertrag	0	0
12	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
13	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
14	+/-	Ertragssteuerzahlungen	0	0
15	=	<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)</b>	<b>-67.262</b>	<b>-41.043</b>
16	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	-25	-10
17	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	7.127	9.062
18	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	-1.925	-2.575
19	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	56.529	95.222
20	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-5.965	-5.328
21	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	20.977	18
22	+	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0	0
23	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0	0
24	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
25	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
26	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
27	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
28	+	erhaltene Zinsen	-1.168	-12.820
29	+	erhaltene Dividenden	0	420
30	=	<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29)</b>	<b>75.550</b>	<b>83.989</b>
31	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	0
32	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0	0
33	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen an Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	0
34	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0	0
35	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-25.245	-3.242
36	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	12.263	11.054
37	+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-39.141	-44.954
38	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
39	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
40	-	gezahlte Zinsen	2.433	3.483
41	-	gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
42	-	gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0	0
43	=	<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42)</b>	<b>-49.690</b>	<b>-33.659</b>
44	=	<b>zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43)</b>	<b>-41.402</b>	<b>9.287</b>
45	+/-	wechsellkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
46	+/-	konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	7.252	0
47	+	<b>Finanzmittelfonds am Anfang der Periode</b>	<b>-695.831</b>	<b>-729.981</b>
48	=	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47)</b>	<b>-729.981</b>	<b>-720.694</b>